



BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS



Schon ihr zweites Spendenprojekt startete die Belegschaft des Landratsamts Donau-Ries. Bereits 2019 finanzierten die Kolleginnen und Kollegen einen Schulbau in Namibia. Seinerzeit galt es, die Bildungschancen für Nomadenkinder zu verbessern. Nun wird der Bau einer Unterkunft finanziert, weil die Schulwege für die Ovahimba-Kinder oftmals zu weit und zu gefährlich sind. 48.000 Euro will die Belegschaft dafür aufbringen. Unser Bild zeigt (v.l.): Alexander Im (Personalratsvorsitzender), Landrat Stefan Rößle und Carina Rösch (Koordinatorin für kommunale Entwicklungspolitik) vor der Ausstellung. www.donaurries.bayern/region/entwicklungszusammenarbeit/1000-schulen-fuer-unsere-welt/

Foto: Kapfer/Landratsamt

„Wir brauchen Vorkämpfer!“

In einem leidenschaftlichen Appell hat sich Bundesentwicklungsminister Dr. Gerd Müller im Rahmen der Videokonferenz des Landesvorstandes der Kommunalpolitischen Vereinigung der CSU (KPV) an die Teilnehmer gewandt und für Engagement in der Kommunalen Entwicklungszusammenarbeit geworben.

„Wir können auf kommunaler Ebene nicht die Welt retten, aber jeder kann seinen Beitrag dazu leisten, dass die Welt ein Stück gerechter wird.“ Mit diesen Worten eröffnete Landrat Stefan Rößle die Videokonferenz des KPV-Landesvorstandes

und Hauptausschusses und leitete damit zum Thema „Kommunale Entwicklungszusammenarbeit“ über. Darüber referierte Dr. Gerd Müller, der als Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung deutschlandweit in den Kommunen für die Vorteile des Engagements im Globalen Süden und

GemeindeZeitung unterstützt Schule

Auch die Bayerische GemeindeZeitung engagiert sich mit einem Schulbauprojekt in Togo. Dort wird ein Gymnasium aufgebaut, in dem mehrheitlich Mädchen unterrichtet werden. Unsere Partner waren inzwischen vor Ort. Voraussichtlich bis zum Jahresende können wir mehr berichten.

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische GemeindeZeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker



Dr. Gerd Müller.

das Knüpfen von Partnerschaften wirbt. In diesem Zusammenhang dankte der Bundesminister seinen Mitstreitern – unter ihnen die sogenannten „Botschafter für Kommunale Entwicklungspolitik“ zu denen auch Rößle zählt, aber auch engagierte Politikerinnen wie Landrätin Maria Rita Zinnecker.

Krisenregionen stabilisieren

Die aktuelle Entwicklung in Afghanistan nahm Müller zum Anlaß um zu verdeutlichen, wie wichtig Stabilisierung in Krisenregionen ist. „Ich habe bereits vor acht Jahren gesagt: Wenn



Wasser. Kraft. Bayern.

8. Bayerisches WasserkraftForum 2021 am 16. September 2021 in Passau

Für das Gelingen der angestrebten Energiewende ist die Wasserkraft in Bayern unverzichtbar. Beim 8. Bayerischen WasserkraftForum der Bayerischen GemeindeZeitung am 16. September 2021 in der Redoute Passau werden Potenziale und Grenzen der Wasserkraft erläutert.

Angesprochen werden u. a. Ausbaumöglichkeiten und ökologische Werthaltigkeit dieser grundlastfähigen, CO2-freien und im Höchstmaß nachhaltigen Energiequelle. Daneben werden die Themen Natur-, Klima-, Umweltschutz erörtert.

Erneut präsentieren Partner und Aussteller ihre Innovationen und Angebote. Fachliche Unterstützung bieten das Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie, das Bayerische Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz und der Verband der Bayerischen Energie und Wasserwirtschaft e.V. – VBEW. Premium-Partner sind VERBUND In-Kraftwerke GmbH und die Lechwerke AG – LEW.

Informationen und Anmeldung:

www.bayerisches-wasserkraftforum.de

wir in Syrien nichts unternehmen, werden tausende syrische Flüchtlinge zu uns kommen – daraus sind im Jahr 2015 dann nicht nur Tausende, sondern Millionen Flüchtlinge geworden“, erinnerte Müller.

Praxisbeispiele

Um Krisenregionen zu stabilisieren seien vor allem Struktu-

ren vor Ort wichtig, zu denen UN-Organisationen, aber auch Institutionen wie die Diakonie oder die Welthungerhilfe beitragen können. „Fluchtursachen mindern heißt in Entwicklung investieren. Dazu braucht es mutige Menschen, die sensibel und klar vorgehen“, sagte Müller.

Der Minister warb dafür, dass der Einstieg im Rahmen von (Fortsetzung auf Seite 4)

Diskussionspapier der kommunalen Spitzenverbände und des VKU:

Konsequenzen aus der Flutkatastrophe

Mit den Konsequenzen aus der Flutkatastrophe befasst sich ein aktuelles Diskussionspapier der kommunalen Spitzenverbände und des VKU mit dem Titel „Schnelle Wiederaufbauhilfe für die Infrastruktur und Vorsorge für künftige Schadenslagen“. Es ist als Angebot der kommunalen Familie zu verstehen, die Politik in Bund und Ländern bei den jetzt anstehenden politischen Entscheidungen und der sich daran anschließenden Umsetzung im Rahmen des Wiederaufbaus mit der kommunalen Expertise zu unterstützen.

In der Sache enthält das Papier den Vorschlag, rechtliche Erleichterungen für den raschen Wiederaufbau in einem „Wiederaufbaubeschleunigungsgesetz“ zu bündeln. Hierzu zählen befristete Erleichterungen im Bau- und Planungsrecht sowie im Vergaberecht, die zu einer schnelleren Realisierung von Ersatz- und Neubauten beitragen können.

Vereinfachte Genehmigungen

Mit Blick auf die Neuerrichtung von Ersatzbauten und auch auf die Neuerrichtung von baulichen Anlagen der Infrastruktur (öffentliche Gebäude, Straßen und Brückenbauwerke, Wasser- und Abwasserentsorgung, Wärme und Energie sowie Telekommunikation) sollte nach den Landesbauordnungen im vereinfachten Genehmigungsverfahren entschieden werden, sofern nicht gänzlich von einem Genehmigungsverfahren abgesehen werden kann, weil die bisherige Genehmigungsgrundlage (Planfeststellungsbeschluss, Baugenehmigung) herangezogen werden kann, heißt es in dem Papier.

Es sei sicherzustellen, dass die Kommunen in einem von einer Katastrophe bzw. außergewöhnlichen Ereignis betroffenen Gebiet unkompliziert vom Instrument der Städtebaulichen Sanierungsmaßnahme Gebrauch machen können. Für Baumaßnahmen im Wasser- und Abwasserbereich, die mit dem Ziel des Seuchenschutzes unmittelbar nötig sind und keinerlei Aufschub dulden, müsse die Genehmigungspflicht entfallen können, da die zu ersetzenden Anlagen bereits genehmigt waren.

Ersatztrassen oder Ersatzbauten sollten nicht wie vollständig neue Vorhaben behandelt werden, so dass im Falle von Planfeststellungsverfahren auch nicht alle Verfahrensstufen erneut durchlaufen werden müssen. Im Hinblick auf erforderliche Beteiligungsverfahren, etwa im Rahmen der Pflichtenbindung von Trägern öffentlicher Belange, seien mit Blick auf dringend erforderliche Wiederaufbaumaßnahmen verkürzte Beteiligungs- und ggf. auch Fiktionsfristen vorzusehen.

Zudem sollte bestimmt werden, dass bei Neuerrichtung von

Deutscher Städtetag:

Appelle an nächste Bundesregierung

Der Deutsche Städtetag fordert von der nächsten Bundesregierung viel mehr Engagement gegen Kinderarmut und eine neue Kindergrundsicherung. Es müsse gelingen, Kinderarmut zu vermeiden und gleiche Chancen für alle Kinder zu ermöglichen.

Wie Helmut Dedy, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, gegenüber dem Redaktionsnetzwerk Deutschland darlegte, „leiden Kinder und Jugendliche unter den Einschränkungen der Pandemie besonders. Die Corona-Krise hat uns allen vor Augen geführt, wie sehr Bildungserfolge immer noch vom Geldbeutel der Eltern abhängen.“

Verlässliche und wirksame Kindergrundsicherung

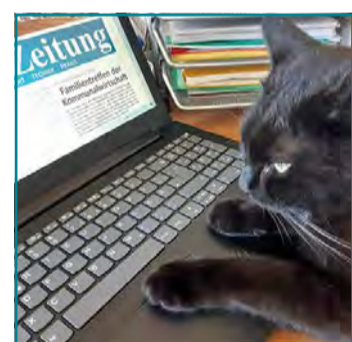
Die Städte fordern den Bund auf, in der neuen Legislaturperiode eine verlässliche und wirksame Kindergrundsicherung zu schaffen. Sie soll Kinderarmut vermeiden und gleiche Chancen für alle Kinder ermöglichen. Etwa jedes fünfte Kind lebe in Fa-

milien mit Armutsrisiko und sei von sozialen Transferleistungen abhängig. Besonders Familien von Alleinerziehenden und Langzeitarbeitslosen seien betroffen.

Für gleiche Chancen von allen Kindern und Jugendlichen reicht es aus Dedy's Sicht nicht, das bloße Existenzminimum zu sichern. Für alle Kinder sollte es normal sein, mit Gleichaltrigen gemeinsam aufzuwachsen, sportlich aktiv zu sein, Theater zu spielen oder ein Musikinstrument erlernen zu können. Sie bräuchten Anerkennung auf Augenhöhe und Unterstützung ohne bürokratische Hürden. Deshalb werde eine Kindergrundsicherung aus einer Hand benötigt.

Verwaltungen entlasten

Die Bundesleistung sollte unbürokratisch Kindergeld, Kinderzuschlag und Regelleistungen nach dem Sozialgesetzbuch II und XII zusammenfassen. So könnten auch aufwändige Doppelstrukturen aufgelöst und die Verwaltungen entlastet werden. (Fortsetzung auf Seite 4)



Ein Kanzlerkandidat sieht Helmut Schmidt als Rollenmodell? Ernsthaft? Unser Rathauskater versteht die Menschheit nicht mehr und verweist in dieser Beziehung auf sein Recht auf freie Meinungsäußerung – auch auf die Gefahr hin selbst als Schwadronneur abgestempelt zu werden. Seite 15

Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
Zunahme des digitalen Extremismus.	2
Bayerischer Klimaschutzpreis	2
Bayerischer Landtag darf im „Bündnis für Toleranz“ bleiben	2
GZ-Kolumne Stefan Rößle zur Bundestagswahl 2021: Kommunen als Orte der Heimat stärken!	
KOMMUNALE 2021: Startklar für das kommunale Familientreffen 3 Veranstaltungsreihe „Mitdenken. Vordenken. Umdenken“	4
Kommunale Finanzthemen	5-8
Kommunales Verkehrswesen • ÖPNV	8-9
Umwelt • Abfall • Kommunalfahrzeuge • Grünflächen	10-13
Aus den bayerischen Kommunen.	14-16

Verfassungsschutzbericht / Erstes Halbjahr 2021:

Zunahme des digitalen Extremismus

Vor einer wachsenden Spirale extremistischer Eskalation in sozialen Netzwerken hat Bayerns Innenminister Joachim Herrmann gewarnt. „Wir beobachten eine steigende Enthemmung und Bereitschaft zu Gewalt und Eskalation auf allen Ebenen. Insbesondere auf Online-Plattformen fehlt jegliche soziale Kontrolle, die in der realen Welt als Korrektiv dient“, stellte Herrmann bei der Vorstellung des Verfassungsschutzberichts für das erste Halbjahr 2021 gemeinsam mit dem Präsidenten des Landesamtes für Verfassungsschutz Dr. Burkhard Körner fest. Der Minister machte deutlich, „dass wir diesen Entwicklungen mit den Mitteln eines modernen Verfassungsschutzes entschieden entgegengetreten“.

Herrmann zufolge liegt die Keimzelle des sich immer weiter ausbreitenden „digitalen Extremismus“ im Beginn der Lockdown-Maßnahmen, als die Kanäle Rechtsextremer und Verschwörungstheoretiker förmlich explodierten. Das Virus wurde zur Verschwörung erklärt, der Lockdown zur „Corona-Diktatur“.

Grenzenlose Möglichkeiten

Laut Verfassungsschutzbericht sind Extremisten im Gegensatz zum analogen bzw. Offline-Raum in der Lage, über virtuelle Instrumente, Video-Plattformen und Messenger-Dienste regionale (und sprachliche) Grenzen und damit auch pandemiebedingte geografische Beschränkungsmaßnahmen zu überwinden und sich über realweltliche Grenzen hinweg auszutauschen bzw. den eigenen Zuhörerkreis beinahe grenzenlos zu erweitern. Über virtuelle Vernetzungen können grenzüberschreitend oder gar global agierende extremistische Gruppierungen, Kooperationen und Weltbilder in einem Umfang und Tempo entstehen und gestreut werden, wie es in der Realwelt allein aus logistischen Gründen nie möglich wäre.

Exemplarisch angeführt wird der Argwohn neuseeländischer Rechtsextremisten, die um die Abschaffung des zweiten Verfassungsartikels fürchteten, der ihnen vermeintlich das Recht zum Tragen von Waffen zusteht – obwohl dieser Verfassungsartikel in Neuseeland nie bestand und die Angst lediglich über virtuelle Kanäle aus den USA importiert wurde.

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Karl-Heinz Kandler
96166 Kirchlauter
am 10.9.

Oberbürgermeister
Andreas Starke
96047 Bamberg
am 17.9.

Bürgermeister Michael Berninger
63906 Erlenbach a. Main
am 22.9.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Xaver Gmach
93480 Hohenwart
am 9.9.

Landrat Franz Löffler
93413 Cham
am 10.9.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeisterin Andrea Mickel
85080 Gaimersheim
am 13.9.

Bürgermeister Horst Reuther
97320 Albertshofen
am 20.9.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Rainer Rewitzer
92714 Pleystein
am 14.9.

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

den sogenannten Echokammer-effekt könne sich eine Radikalisierungsspirale bis hin zur Gewaltbereitschaft in Gang setzen. Sorgen bereitet dem Minister auch das breite Angebot an unterschiedlichen radikalen Botschaften, die zu eigenen Extremismus-Ideen verleiten. „Dieses Mosaik erschwert zunehmend die Grenzziehung zwischen zulässiger Meinungsäußerung und Extremismus.“

Bereitschaft zur gewalttätigen Konfrontation

Nach Herrmanns Worten sind auch die einzelnen Phänomenebereiche stark in Bewegung geraten: „Durch die Verbreitung von Verschwörungstheorien versuchen Rechtsextremisten nach wie vor, neue Anhänger zu gewinnen.“ Indem juden- und israelfeindliche Stereotype verbreitet werden, versuche die Szene, Personen anzusprechen, die für sonstige rechtsextremistische Inhalte nicht erreichbar seien. Darüber hinaus steige die Bereitschaft zur gewalttätigen Konfrontation mit Linksextremisten. Mit Blick auf Teile der gewaltorientierten linksextremistischen Szene warnte der Minister vor einem steigenden Radikalisierungspotenzial und der Bildung gewaltbereiter Kleingruppen. „Mit Anschlägen auf politische Gegner, die Immobilien- und Logistikbranchen sowie Infrastruktureinrichtungen verfolgen sie eine regelrechte Einschüchterungsstrategie.“ Herrmann erinnerte dabei an den Anschlag im Frühjahr auf die Münchner Energieversorgung. Aktivisten hatten in einer Baugrube Feuer gelegt, 20.000 Haushalte waren anschließend ohne Strom. Dazu bekannt hatte sich eine Gruppe Linksradikaler.

Echokammereffekt

Innenminister Herrmann konkretisierte die vielfältigen Gefahren, die mit der Reichweitenerhöhung verbunden sind: „Extremistische Ideologien, sicherheitsgefährdende Demokratiefeinde und nicht-extremistische Verschwörungstheoretiker treffen im virtuellen Raum ungebrems aufeinander. Ideen können so leichter ausgetauscht, Anhänger schneller rekrutiert und wichtige gesellschaftliche Diskussionen beeinflusst werden.“ Aufgrund der vermeintlichen Anonymität des Netzes geschehe dies oftmals „unter falscher Flagge“. Durch

Brandbeschleuniger Corona

Laut Verfassungsschutzbericht betrachten Linksextremisten die Corona-Pandemie als „Brandbeschleuniger“ in einem ohnehin schon kriselnden kapitalistischen System. Die Pandemie bringe das „kaputtgesparte“ Gesundheitssystem an seine Grenzen. Dabei werde deutlich, dass der Politik mehr an der

Rettung der Wirtschaft, als an den Menschen gelegen sei. „Vor diesem Hintergrund begreift die linksextremistische Szene die aktuelle Situation nicht bloß als Krise, sondern auch als Chance, gegen das System mobil zu machen und einen Systemwechsel herbeizuführen.“

Nach wie vor keine kohärente, einheitliche Ideologie weise dagegen die Szene der Corona-Leugner auf, fuhr Herrmann fort. Auch ihre Anhänger seien offen für Verschwörungstheorien. „Mit diesen rechtfertigten einzelne Aktivisten beim neuen Sammelbeobachtungsobjekt ‚Sicherheitsgefährdende demokratiereifende Bestrebungen‘ ihre Aufrufe zu Blockadeaktionen oder zum Sturm auf staatliche Einrichtungen.“

Seit März 2021 werden auch

Teile der Querdenker-Szene vom Verfassungsschutz beobachtet. Der Präsident des Landesamtes für Verfassungsschutz, Burkhard Körner, machte darauf aufmerksam, dass es in der Szene Esoteriker, Impfgegner und Verschwörungstheoretiker genauso gebe wie Rechtsextremisten und Reichsbürger.

Islamistischer Terrorismus

Zur Vorsicht rief Joachim Herrmann schließlich auch beim islamistischen Terrorismus auf: „Die Gefahr, insbesondere durch radikalisierte, allein handelnde Täter, ist noch lange nicht gebannt. Wir haben es mit einem modernen islamistischen Terrorismus zu tun, der an jedem beliebigen Ort mit einfach verfügbaren Waffen zuschlagen kann.“ DK

Glauber: Herausragende Klimaschutz-Initiativen gesucht:

Bayerischer Klimaschutzpreis wird erstmals vergeben

Für besondere Verdienste um den Klimaschutz vergibt die Bayerische Staatsregierung in diesem Jahr erstmals einen Preis. Vorschläge für den Bayerischen Klimaschutzpreis können noch bis Mitte September eingereicht werden.

Bayerns Umweltminister Thorsten Glauber betonte dazu in München: „Klimawandel meistern ist eine der wichtigsten Aufgaben unserer Zeit. Wir gehen mit großen Schritten den Weg in ein klimaneutrales Bayern. Als Umweltminister freue ich mich über jede gute Maßnahme für mehr Klimaschutz. Den Klimawandel meistern wir nur gemeinsam. Klimaschutz ist ein Mitmach-Projekt. Wir wollen den Klimaschutz in der Mitte der Gesellschaft verankern. Herausragende Leistungen beim Klimaschutz wollen wir würdigen und bekannt machen. Dafür haben wir den Bayerischen Klimaschutzpreis ins Leben gerufen. Jeder kann engagierte Personen, Vereine, Betriebe oder Kommunen vorschlagen.“ Mit dem Bayerischen Klimaschutzpreis ehrt die Staatsregierung besondere Verdienste um den Schutz des Klimas oder die Anpassung an die Auswirkungen des Klimawandels.

Zwei Kategorien

Der mit insgesamt 10.000 Euro dotierte Preis wird in zwei Kategorien vergeben: In der ersten Kategorie sollen Menschen ausgezeichnet werden, die sich privat um den Schutz des Klimas oder die Anpassung an die Auswirkungen des Klimawandels besonders verdient gemacht haben. Die

zweite Kategorie ist für juristische Personen mit herausragendem Engagement vorgesehen, also etwa eingetragene Vereine, Kommunen oder Betriebe. Die Gewinner beider Kategorien erhalten ein Preisgeld in Höhe von je 5.000 Euro. Außerdem wird ein Imagefilm über die ausgezeichnete Initiative gedreht, den die Preisträger für sich nutzen können.

Bezug zu Bayern

Ausgezeichnet werden Personen mit Bezug zu Bayern: Entweder haben die Teilnehmer ihren dauerhaften Hauptwohnsitz oder Firmensitz im Freistaat, oder sie engagieren sich in Bayern für den Klimaschutz oder die Klimaanpassung. Die Initiative sollte bereits laufen und sichtbare Ergebnisse zeigen oder – wenn sie bereits abgeschlossen ist – in die Gegenwart wirken. Geehrt werden Projekte, die durch ein stimmiges Gesamtkonzept überzeugen. Bei der Auswahl wird u. a. auf die Kriterien Originalität, Innovation, Übertragbarkeit auf Dritte, Nachhaltigkeit, Kontinuität sowie Transparenz bezüglich der Projektentwicklung und ihrer Umsetzung geachtet. Eine unabhängige Jury ermittelt die Preisträger des Wettbewerbs.

GZ Akademie

Unser Online-Seminar-Angebot wird stetig ausgebaut. Unsere nächsten Termine stehen fest. Buchen Sie Ihr Ticket und seien Sie online live dabei!

Social Media Nutzung in Kommunen

21. Sept. 2021, 14:00 - 16:30 Uhr
Über die Nutzung von Sozialen Netzwerken wird viel diskutiert. Was ist für Bürgermeister*innen sinnvoll zu nutzen? Wovon hängt es ab, wie Informationen an die Öffentlichkeit getragen werden? Und wie sollen Politiker und Verwaltungsgeschäftler agieren? Der Vortrag öffnet Gedanken und Wege der Social Media-Nutzung und der sinnvollen Alternativen. Diskutieren Sie mit!

ReferentIn: Gisela Goblirsch, PR-Competence
Anmeldung unter veranstaltungen@gemeindezeitung.de
Teilnahmegebühr: 145,- € zzgl. MwSt.

Bildrechte & DSGVO Teil 1:

25. Nov. 2021, 14:00 - 16:30 Uhr

Bildrechte & DSGVO Teil 2:

7. Dez. 2021, 14:00 - 16:30 Uhr
Die Menschen lieben Bilder. Bilder können besser verstanden werden als Texte. Deshalb können weder Politik noch Verwaltung auf Bilder verzichten. Doch was muss man wissen, um nicht die Fallen der Betrüger und die Mühlen der Justiz zu geraten. Das Ganze ist nicht so einfach, wie man glaubt – aber auch nicht so schwierig, wie befürchtet. Aber es braucht Zeit, um Sicherheit zu gewinnen. Deshalb wird dieser Vortrag zweigeteilt. Ihre Fragen dazu sind herzlich willkommen.

ReferentIn: Gisela Goblirsch, PR-Competence
Anmeldung unter veranstaltungen@gemeindezeitung.de
Teilnahmegebühr: je 145,- € zzgl. MwSt. (290,- € zzgl. MwSt. für beide Termine) □

werbs „Bayerischer Klimaschutzpreis 2021“. Die Preise werden Ende des Jahres von Umweltminister Glauber überreicht. Die Landesagentur für Energie und Klimaschutz (LENK) im Landesamt für Umwelt (LfU) organisiert den Wettbewerb.
Bewerbungsunterlagen unter www.lenk.bayern.de

Bessere Förderbedingungen in der NKI des BMU

Förderaufruf für investive Kommunale Klimaschutz-Modellprojekte mit Förderquote bis 80 Prozent

Das Bundesumweltministerium unterstützt Kommunen bei der Umsetzung modellhafter und wegweisender Klimaschutzprojekte. Im Zuge des Klimaschutz-Sofortprogrammes 2022 der Bundesregierung werden die verbesserten Förderbedingungen des Corona-Konjunkturpaketes bis Ende nächsten Jahres fortgeschrieben und die Gültigkeit des Förderaufrufes bis in das Jahr 2024 verlängert. Der neue Förderaufruf sieht für Anträge, die zwischen dem 1. September 2021 und dem 31. Dezember 2022 gestellt werden, eine Förderquote von bis zu 80 Prozent der zuwendungsfähigen Gesamtausgaben vor. Nachweislich finanzschwache Kommunen können in diesem Zeitraum eine Vollfinanzierung beantragen.

Bundesumweltministerin Svenja Schulze: „Um zu vermeiden, dass in Zeiten knapper kommunaler Kassen notwendige Zukunftsinvestitionen ausbleiben, behalten wir die erhöhten Förderquoten des Corona-Konjunkturpaketes bis Ende 2022 bei und ermöglichen weiterhin eine Vollfinanzierung für nachweislich finanzschwache Kommunen. Noch bis 2024 können innovative Projektskizzen eingereicht werden. Damit ermöglichen wir ausreichend zeitlichen Vorlauf und Planungssicherheit, um kommunale Modellprojekte effektiv vorzubereiten.“

Aktuell werden in diesem Förderaufruf 37 Modellprojekte mit einem Gesamtvolumen von rund 111 Millionen Euro

durch das BMU gefördert. Bereits geförderte Projekte u. a. in den Bereichen der nachhaltigen Energie- und Wärmever-sorgung, innovativer Abfall- und Wasseraufbereitung oder einer zukunftsorientierten Mobilität zeigen das hohe Treibhausgas-Minderungspotenzial kommunaler Investitionsvorhaben und vor allem deren Übertragbarkeit auf das gesamte Bundesgebiet. Finanzschwache Kommunen werden besonders unterstützt und können eine Vollfinanzierung beantragen.

Projektskizzen können bis 31. Oktober eingereicht werden. Beratung: 030 20199 3510 oder E-Mail an: ptj-ksi@fz-juelich.de <https://www.klimaschutz.de/modellprojekte> □

Entscheidung des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs:

Bayerischer Landtag darf im „Bündnis für Toleranz“ bleiben

Bayerischer Verfassungsgerichtshof lehnt Antrag der AfD-Fraktion als unzulässig ab

Der Bayerische Verfassungsgerichtshof hat den Antrag der AfD-Fraktion in der Verfassungsstreitigkeit mit der Präsidentin des Bayerischen Landtags über die Frage, ob die Mitgliedschaft des Bayerischen Landtags im „Bündnis für Toleranz“ verfassungsmäßige Rechte der Antragsteller verletzt, als unzulässig abgewiesen.

In seiner Entscheidung bestätigte das Gericht die Auffassung des Bayerischen Landtags, dass durch die Mitgliedschaft im „Bündnis für Toleranz“ weder das freie Mandat noch Oppositionsrechte verletzt werden. Landtagspräsidentin Ilse Aigner kommentierte das Urteil: „Es freut mich außerordentlich, dass wir erneut ein Verfahren gewonnen haben. Denn der Bayerische Landtag setzt sich für die unabänderlichen Grundwerte der Bayerischen Verfassung ein – also Demokratie und Menschenwürde. Und das kann kein Verstoß gegen die staatliche Neutralitätspflicht sein.“ Dass sich der Bayerische Landtag für Demokratie und Menschenwürde stark macht, könne eben kein Verstoß gegen die staatliche Neutralitätspflicht sein.

Die Entscheidung des Bayerischen Verfassungsgerichtshofes reiht sich damit ein in frühere Verfahren gegen den Bayerischen Land-

tag und/oder die Präsidentin. Ilse Aigner: „Dass wir erneut ein Verfahren gewonnen haben, freut mich außerordentlich. Bislang war keines der Verfahren, das gegen mich als Präsidentin oder den Bayerischen Landtag angestrebt wurde, erfolgreich.“

Der Bayerische Verfassungsgerichtshof hatte in seiner Begründung ausgeführt, dass es nicht ersichtlich sei, wie durch die Unterstützung einer Vereinigung, die sich für das Demokratieprinzip und die Menschenwürde einsetze und die als Grundwerte der Bayerischen Verfassung jeder parteipolitischen Disposition entzogen seien, das freie Mandat von Abgeordneten oder Oppositionsrechte verletzt werden könnten.

Damit ist sowohl der Beitritt in das „Bündnis für Toleranz“ im Jahr 2009 durch die vormalige Landtagspräsidentin als auch die weiter bestehende Mitgliedschaft rechtlich abgesichert. Dem Bündnis gehören zahlreiche Institutionen und Organisationen aus Politik, Wirtschaft, Bildung und anderen gesellschaftlichen Bereichen an. Ziel ist es, Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus zu bekämpfen und die Erziehung zu Demokratie und Achtung der Menschenwürde zu stärken. □

KOMMUNALE 2021:

Startklar für das Familientreffen des kommunalen Bereichs

Das Messezentrum in Nürnberg wird am 20. und 21. Oktober 2021 wieder zum Treffpunkt für Entscheidungsträger und Experten aus Städten und Gemeinden. Dann öffnet turnusgemäß die 12. Ausgabe der KOMMUNALE, Deutschlands größte Fachmesse für kommunalen Bedarf, ihre Tore. Aktuell laufen die Messenvorbereitungen auf Hochtouren. Neben vielfältigen Produkten, Dienstleistungen und Neuheiten der Aussteller dürfen sich die Fachbesucher auf Höhepunkte wie den Kongress des Bayerischen Gemeindetags freuen. Ein umfassendes Hygienekonzept ermöglicht einen sicheren Messebesuch.

„Die vergangenen Monate waren intensive Zeiten. Neben Bund und Ländern tragen vor allem Kommunen, Städte und Gemeinden in der Corona-Pandemie große Verantwortung. Umso wichtiger ist es, sich zu diesen Herausforderungen auszutauschen, zu vernetzen und voneinander zu lernen. Als bundesweite Heimat für Entscheidungsträger und Experten aus dem kommunalen Bereich ist die KOMMUNALE idealer Ort für diesen Austausch. Aktuell stecken wir mitten in den Vorbereitungen, um im Oktober gemeinsam den Blick nach vorne zu richten und zum Familientreffen des kommunalen Bereichs in Nürnberg persönlich zusammenzukommen“, so Claudia Reindl, Projektleiterin KOMMUNALE bei der NürnbergMesse.

Gemeindezeitung auf der KOMMUNALE

Selbstverständlich wird die Bayerische Gemeindezeitung auf der KOMMUNALE vertreten sein. Besuchen Sie unseren Stand: [Halle 9/9-240](#). □

Und die 12. Ausgabe der Fachmesse wird vielfältig: Über 270 Aussteller haben sich bereits dafür entschieden, live auszustellen und Geschäftsbeziehungen im persönlichen Gespräch wieder mit Leben zu füllen. „Das

umfassende Angebotsspektrum, das alle relevanten Themenfelder des Kommunalbedarfs abdeckt, ist seit jeher eine Besonderheit der KOMMUNALE. Auffällig in diesem Jahr ist, dass wir zahlreiche Aussteller an Bord haben, die Neuheiten, Produkte oder Dienstleistungen präsentieren, die starke Kommunen aktuell dringend benötigen – von Digitalisierung über Klima- und Umweltschutz bis hin zu Energie, Wasserversorgung oder Verkehr“, gibt Reindl einen Ausblick.

Kongress des Bayerischen Gemeindetags und Ausstellerfachforen

Parallel zur Fachmesse findet auch in diesem Jahr der Kongress des Bayerischen Gemeindetags (BayGT) im NCC Mitte statt. Der Kongress greift bundesweit relevante kommunalpolitische Themen aus bayerischer Perspektive auf. Themen, die Kommunen gegenwärtig bewegen. Nach den massiven Einnahmeausfällen bedingt durch die Corona-Pandemie stehen 2021 unter anderem kommunale Finanzen im Mittelpunkt. Wie soll es hier weitergehen? Antworten dürfen sich die Kongressbesucher vom bayerischen Staatsminister der Finanzen und für Heimat, Albert Füracker, MdL, erwarten, der seine Teilnahme bereits zugesagt hat. Aber auch Megathemen wie Klimaschutz,

Digitalisierung oder Fachkräftegewinnung im öffentlichen Dienst werden aus kommunaler Sicht behandelt. Fachwissen und praktische Anwender-Tipps liefern im 30-Minuten-Takt die beliebten Ausstellerfachforen in beiden Messehallen.

Hygienekonzept ermöglicht persönliches Networking

Gemeinsam mit der Bayerischen Staatsregierung und den bayerischen Messengesellschaften hat die NürnbergMesse ein tragfähiges Hygienekonzept entwickelt, das einen sicheren Messebesuch der KOMMUNALE ermöglicht. Basis dafür ist das in Bayern gültige inzidenzwert-unabhängige Rahmenhygienekonzept für Messen und Ausstellungen.

Konkrete Maßnahmen zum Schutz der Messteilnehmer sind unter anderem der regelmäßige Luftaustausch und ein hochmodernes Belüftungskonzept, Abstandswahrung durch Flächen- und Kapazitätsmanagement, Maskenpflicht in Innenbereichen, Hygienevorkehrungen vor Ort, digitale Registrierungs- und Zutrittsysteme und damit einhergehend die Möglichkeit zur Kontaktnachverfolgung. Ein weiterer wesentlicher Eckpfeiler ist das 3G-Konzept, das einen Besuchszutritt nur für Geimpfte, Genesene oder Getestete vorsieht. Aktuelle Informationen zum Hygienekonzept und den Schutzmaßnahmen unter: kommunale.de/schutzmassnahmen

Interessierte Besucher können sich ab sofort ihr Ticket sichern. Der Ticketverkauf findet in diesem Jahr ausschließlich online statt. Weitere Informationen hierzu gibt es unter: kommunale.de/tickets □

Serie „Kommunale Entwicklungszusammenarbeit anders denken“, Teil 3:

„Das ist eine Reise für's Leben“

Unsere Autorin Anja Schuchardt behandelte im Rahmen ihrer Masterarbeit das Thema „Kommunale Entwicklungszusammenarbeit“ und sprach dazu mit Pia Schmitz-Formes von der Stiftung Fly & Help. Seit sechs Jahren verantwortet diese als Projektmanagerin der Stiftung FLY&HELP und als Ansprechpartnerin für die Kommunen deren Schulbauprojekte im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative „1000 Schulen für unsere Welt“ und ist im direkten Kontakt mit den Partnerorganisationen in den Ländern des Globalen Südens. Im Interview erklärt Schmitz-Formes, worauf es in der Zusammenarbeit mit den Partnern in den Entwicklungsländern ankommt und warum sie ihr Herz an Afrika verloren hat.

GZ: Ursprünglich plante die Stiftung Fly & Help 100 Schulbauprojekte in Entwicklungsländern bis zum Jahr 2025 umzusetzen – inzwischen wurde bereits die 500. Schule gebaut, die meisten auf dem afrikanischen Kontinent. Wie haben Sie es geschafft, das Ziel so weit zu übertreffen?

Schmitz-Formes: Das liegt insbesondere an unserem Stiftungsgründer Reiner Meutsch, der Fly & Help ein Gesicht gibt. Durch sein enormes Engagement, sein breites Netzwerk, seine vielen Reisen sowie seine vielseitigen Aktivitäten im Rahmen der Stiftung haben wir in den vergangenen 11 Jahren seit Stiftungsgründung so viele Förderer gewonnen, die uns aktiv begleiten und unterstützen. Im Rahmen z.B. von Vortragsreihen erzählt er von den Schulbauprojekten, geht offen auf die Menschen zu und begeistert sie von seiner Idee – so wie auch im Jahr 2015 Landrat Stefan Rößle. Dem besonderen Einsatz von Landrat Rößle ist es zu danken, dass wir den Kontakt zu den Kommunen in ganz Deutschland massiv intensivieren konnten. Rößle und Meutsch teilen die Überzeugung, dass Kindern durch Bildung zu

einem selbstbestimmten Leben in ihren eigenen Heimatländern verholfen wird. Die Authentizität, die beide verkörpern, begeistert Freunde, öffentliche und private Partner, Unternehmer und auch das Publikum bei den vielseitigen Auftritten von Reiner Meutsch.

100 Prozent der Spenden gehen in die Projekte

100 % der Spendengelder, die Fly & Help erreichen, fließen ohne Abzüge von Verwaltungskosten in die Schulbauprojekte. Die Organisation und Umsetzung jedes einzelnen Schulprojektes erfolgt nach klar definierten Standards. So arbeiten wir mit verschiedenen Partnerorganisationen und Einheimischen direkt vor Ort zusammen, die spezielle Kriterien erfüllen müssen. Zum Beispiel sollten die Schulen möglichst staatlich organisiert sein, damit die Lehrergehälter und die Bereitstellung von Personal nachhaltig sichergestellt sind.

GZ: Wenn Sie zusammen mit einer Kommune den Startschuss zu einem Schulbauprojekt gegeben haben – wie begleiten Sie das Projekt?

Schmitz-Formes: Uns geht es

darum, „Hilfe zur Selbsthilfe“ zu leisten. Wir möchten die Schule mit den Partnern und der Gemeinschaft vor Ort in den Entwicklungsländern zusammen aufbauen, sodass die Menschen sie eigenständig weiterführen können. Die Gemeinde vor Ort von Beginn an aktiv in den Schulbau und Entscheidungsprozesse einzubeziehen, ihnen auf Augenhöhe zu begegnen und Eigenverantwortung zu übergeben, ist elementar wichtig. Unser Ziel ist es, nachhaltig den Kin-



GZ KOLUMNE
Stefan Rößle

Liebe Leserinnen und Leser,

Die Bundestagswahl steht vor der Tür und zahlreiche wichtige Themen werden aktuell diskutiert: regionaler Wohnungsbau, innere Sicherheit, lokaler Klimaschutz, und die zukünftige Mobilität. All diese Themenfelder haben einen starken Bezug zur Kommunalpolitik bzw. einen entscheidenden Einfluss auf die kommunalpolitische Arbeit vor Ort. Daher lohnt sich ein Blick auf die kommunalrelevanten Punkte zur Bundestagswahl und das Wahlprogramm der Union.

Erklärtes Ziel der Union ist die Schaffung einer sehr guten Lebensqualität für unsere Bürgerinnen und Bürger in ganz Deutschland. So sind insbesondere gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land die Basis für ein lebenswertes Deutschland.

Kommunen und die Bundestagswahl 2021: Ort der Heimat stärken

Die örtliche Infrastruktur, die entscheidend durch die lokale Kommunalpolitik beeinflusst wird, ist so für die Wahl der Heimat von großer Bedeutung. Die verschiedenen Mobilitätsangebote, ob mit dem Auto, dem Zug oder anderen Mobilitätskonzepten wie modernen Rufbusssystemen oder Carsharing sind essentiell um besonders ländlichere Regionen attraktiv zu halten. Hier müssen wir innovativ denken und auch handeln, damit wir die Attraktivität der ländlichen Regionen besonders für junge Menschen und Familien erhalten und stärken.

Wohnen und Bauen ist ein weiteres Zukunftsthema sowie ein wertvolles und knappes Gut. Das gilt nicht nur in den Ballungszonen

hier als positives Beispiel dienen.

Wir wollen unsere Kommunen auch zu Orten der Begegnung und der Vielfalt machen. So sind es doch gerade unsere lebendigen Fußgängerzonen und Marktplätze sowie die Gastronomie vor Ort, die unsere bayerischen Kommunen so lebenswert und liebenswert machen. Auch unsere Einzelhändler müssen wir stärker unterstützen, damit diese unsere Innenstädte weiter beleben und stärken. Leerstand darf nicht schlicht hingenommen werden. Die KPV setzt sich für eine verstärkte Förderung der Innenstädte ein.

Mit Liebe zur Heimat möchte sich die KPV nach der Bundestagswahl für eine noch höhere Lebensqualität in unseren Kommunen einsetzen. Sie sind Orte der Heimat und des Lebens. Hier zu investieren und innovative Ideen zu realisieren ist nicht allein die Aufgabe der Kommunen selbst. Hier ist insbesondere der Bund, aber auch die Bayerische Staatsregierung gefragt, um unsere Dörfer und Städte noch lebenswerter zu machen.

Die KPV freut sich auf eine enge Zusammenarbeit mit den wieder- und neugewählten Bundestagsabgeordneten, die alle eine enge kommunalpolitische Bindung haben.

Ihr Stefan Rößle
Landesvorsitzender der KPV Bayern
Landrat des Landkreises Donau-Ries

den Bildung zu schenken, das heißt, auch nach 20 Jahren soll die Schule den Kindern ein sicherer Lernort sein. Um das zu erreichen, muss sich die Community vor Ort mit dem Schulbau identifizieren und das gleiche Ziel verfolgen. Das geht nur, wenn alle Seiten sich miteinander eng und vertrauensvoll austauschen und gemeinschaftlich arbeiten.

Arbeit mit Einheimischen

Auch arbeiten wir ausschließlich mit einheimischen Arbeitskräften und Materialien, um gleichzeitig wirtschaftlich die Menschen vor Ort zu unterstützen und Jobs zu schaffen bzw. zu erhalten. Unsere Partner vor Ort haben ein breites Netzwerk und kennen die politische, wirtschaftliche und v.a. bildungspolitische Lage und insbesondere die Wünsche und Bedürfnisse der Menschen. Ihnen ist wichtig, dass sie nicht be-

vormundet werden. In den Bauprozess sind wir aktiv eingebunden, der Baufortschritt wird durch Bild- und Videonachweise dokumentiert und es erfolgt durch Fachkräfte die engmaschige Kontrolle des Baus vor Ort. Auch unsere Spender informieren wir durch regelmäßige Berichterstattungen. Und wenn man dann sieht, unter welchen Bedingungen die Kinder vorher zur Schule gegangen sind – oft waren das völlig marode Strohhütten ohne Türeingang, Fenster und Sitzgelegenheiten – und welche Lernatmosphäre nach dem Bau dort ermöglicht wird, dann sind die Spender sehr begeistert. Zu manchen Schuleröffnungen bieten wir Delegationsreisen an.

GZ: Was lernen die Menschen voneinander, wenn sie im Rahmen der Schulbauprojekte miteinander in Kontakt kommen?

Schmitz-Formes: Das ist eine Reise fürs Leben. Diese Reisen

sind einzigartig. Man trägt sie ein Leben lang im Herzen. Wenn man mit den Einheimischen zusammen ist, ihre Kulturen und Werte kennenlernt, die Kinder an den neu gebauten Schulen erlebt, deren Freude und Dankbarkeit, bekommt man eine innere Zufriedenheit und spürt ganz tiefe Demut. Man lernt sich selbst zurückzustellen und empfindet das Leben mal ganz neu. Aber gleichzeitig entstehen natürlich auch viele Ideen, wie man die Menschen unterstützen möchte. Und da ist es ganz wichtig, dass wir die Menschen vor Ort zu 100 % in alle Ideen miteinbeziehen, uns gemeinsam darüber austauschen und auf Augenhöhe behandeln.

GZ: Was bedeutet das konkret? Wie muss die Zusammenarbeit auf Augenhöhe gestaltet sein?

Schmitz-Formes: So, wie ich behandelt werden möchte, be- (Fortsetzung auf Seite 4)

Ich lese die **GZ**

» ... weil die Kommunen bei meinen Themen Wohnen, Bau und Verkehr unsere wichtigsten Partner sind. «

Kerstin Schreyer

Bayerische Staatsministerin für Wohnen, Bau und Verkehr



Halbjahresbilanz bayerischer Volks- und Raiffeisenbanken:

Wachsender Druck trotz solider Geschäftslage

Obwohl sie auf einen soliden Geschäftsverlauf in den ersten sechs Monaten des Jahres 2021 verweisen können, macht den bayerischen Volks- und Raiffeisenbanken weiterhin der steigende politische und regulatorische Druck auf die Banken und die Negativzinspolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) zu schaffen. „Das Ergebnisniveau des Vorjahres wird wohl nicht erreicht“, erklärte der Präsident des Genossenschaftsverbands Bayern (GVB), Jürgen Gros, in München.

In den ersten sechs Monaten konnten laut Gros die 222 bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken die Kreditvergabe im Vergleich zum Vorjahr weiter ausbauen. Insgesamt haben sie Kredite in Höhe von 121,3 Milliarden Euro ausgereicht, 3,7 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum. Während im Privatkundenbereich die Kredite um 3,6 Prozent auf 53,5 Milliarden Euro stiegen, legten sie bei den Firmenkunden um 4,1 Prozent auf 64,4 Milliarden Euro zu. Gerade bei den Handwerkern und beim verarbeitenden Gewerbe, den wichtigsten Kunden der Volks- und Raiffeisenbanken, liefen die Geschäfte gut, betonte der Präsident.

Förderkredite wurden an Firmenkunden im Gesamtvolumen von knapp 2,5 Milliarden Euro vergeben. 85 Prozent davon entfielen auf KfW-, 15 Prozent auf LfA-Angebote. Corona-Förderkredite machten 281 Millionen Euro vom Gesamtvolumen aus. Im Vergleichszeitraum des Vorjahres betrug das Gesamtvolumen an Förderkrediten von KfW und LfA rund 3 Milliarden Euro, wobei 1,4 Milliarden Euro davon Corona-Förderkredite betrafen.

Weiter hoch im Kurs stehen die Immobilienkredite. Vor allem de-

ren Steigerung sei für das Kreditwachstum verantwortlich, berichtete Jürgen Gros. An Privatpersonen vergaben die Banken 4,3 Prozent mehr an Immobilienkrediten. Das Volumen wuchs von 46,1 Milliarden Euro auf 48,1 Milliarden Euro. Die Immobilienkredite für Firmenkunden nahmen um 5,4 Prozent von 20,0 Milliarden Euro auf knapp über 21,1 Milliarden Euro zu. Die Kredite für den Wohnungsbau legten insgesamt um 4,6 Prozent zu und wuchsen von 66,1 Milliarden Euro auf 69,2 Milliarden Euro.

Immobilien als sicherer Hafen

Gros zufolge bleiben Immobilien ein sicherer Hafen für Geldanlage und Altersvorsorge. Die Pandemie samt Lockdowns habe den Trend verstärkt, dass zunehmend mehr Menschen aus der Stadt ins Umland ziehen und dort Wohnungseigentum erwerben.

Weiter gewachsen sind die Kundengelder: Sie stiegen um 1,4 Prozent von 145,5 Milliarden Euro auf knapp 147,2 Milliarden Euro. Die Sparquote bleibt weiterhin hoch. Da die Konsummöglichkeiten durch Lockerungen der Pandemieauflagen in Gastronomie, Einzelhandel und bei Reisen wie-

der vielfältiger sind, nehmen die Einlagen allerdings weniger stark als noch 2020 zu.

Für Banken belastend bleibe das Wachstum der Einlagen, informierte Gros. Durch die anhaltende Negativzinspolitik der EZB gebe es für die Institute kaum rentierliche Anlagemöglichkeiten für die Kundengelder. „Die Negativzinspolitik der EZB zwingt die Banken dazu, Negativzinsen an ihre Kunden weiterzureichen, beziehungsweise Verwahrtgelte zu erheben.“

Verfassungswidrige EZB-Negativzinspolitik

Diesen Zusammenhang belege auch eine aktuelle Studie des ehemaligen Bundesverfassungsrichters Paul Kirchhof, die dieser in Zusammenarbeit mit dem Verband der Sparda-Banken anfertigte. Kirchhof komme dabei zu dem eindeutigen Ergebnis, dass die Negativzinspolitik der EZB verfassungswidrig ist, weil sie Sparer enteignet. Nach Auffassung des GVB-Präsidenten überschreitet die EZB klar ihr Mandat: „Wer Negativzinsen auf Einlagen verhindern will, der muss dafür sorgen, dass die EZB damit aufhört, außerhalb ihres Mandats zu agieren.“

Infolge der Negativzinspolitik der EZB erodiere die Zinsspanne der Kreditinstitute. „Für die Banken bedeutet das, dass sich mit jedem zusätzlichen Euro an Kundeneinlagen die Situation verschärft, rentierliche Anlagemöglichkeiten für die Kundengelder zu finden“, machte Gros deutlich.

Die Banken fühlten sich zudem von Teilen der Politik im Stich gelassen. „Populistische Forderungen nach einem Verbot von Negativzinsen auf Guthaben, wie sie beispielsweise die Verbraucherschutzministerkonferenz der Länder bei ihrer Sitzung im Mai erhoben hat, setzen an der falschen Stelle an. Sie schieben den Banken den Schwarzen Peter für eine Entwicklung zu, die diese nicht zu verantworten haben.“

Unter steigenden Druck gerate auch das Provisionsgeschäft der Institute, fuhr Gros fort. Hier komme der Druck von politischer Seite. So schlugen beispielsweise die Grünen und die Linke in den Wahlprogrammen zur Bundestagswahl vor, die provisionsbasierte Beratung abzuschaffen. Auch im Wahlprogramm der SPD finde sich ein ähnlicher Ansatz.

„Überlegungen zum Verbot von abschlussbasierter Provisionierung sollen vermeintlich dem Verbraucherschutz dienen. Wer so einem Systemwechsel zur Honorarberatung das Wort redet, treibt jedoch in Wahrheit die Kunden von den beratenden Banken hin zu digitalen Anbietern, die keine Beratungsleistung erbringen. Nicht jeder kann sich, gerade bei niedrigen Anlagebeträgen, Honorarberatung leisten und ist in der Folge sich selbst und den Angeboten im Internet überlassen. Viele Kundengruppen werden dann von Beratungsleistungen abgehängt. Das schadet dem Verbraucherschutz“, stellte der GVB-Chef fest.

Hinzu kämen höchst richterliche Entscheidungen wie das Urteil des Bundesgerichtshofs zu AGB-Änderungen und politische Überlegungen wie ein Deckel für Dispozinsen oder für Gebühren an Geldautomaten. Die Folge könnte sein, dass Banken man-

che Leistungen künftig nicht mehr anbieten, so Gros. „Ich bezweifle, dass sich manche, die derzeit einen Gebührendeckel nach dem anderen für Bankleistungen fordern, darüber im Klaren sind, was das bedeuten kann.“

Gros wies darauf hin, dass die Genossenschaftsbanken nun auch flächendeckend Negativzinsen einführen. Bei den Privatkunden, sofern sie als Bestandskunden gelten, seien in der Regel lediglich Guthaben in Höhe von über 20.000 Euro betroffen. Neukunden müssten allerdings damit rechnen, ab dem ersten Euro auf ihrem Konto „Verwahrgeld“ zu bezahlen.

Insgesamt ist die Einseitigkeit, mit der Banken ohne jede Differenzierung und ohne Berücksichtigung der möglichen Folgen zunehmend der Handlungsspielraum genommen werde, aus Gros' Sicht fatal. Verlässlichen und soliden Heimatbanken werde durch populistische Forderungen zunehmend das Leben schwer gemacht. „Es wird dringend Zeit, sich des Wertes von Regionalbanken wieder bewusst zu werden, deren Leistung für Gesellschaft und Verbraucher anzuerkennen und politisch entsprechend zu handeln“, unterstrich der GVB-Präsident. **DK**

Neuer Heimatindex des GVB:

Stimmungstief überwunden

Nach einem Tiefpunkt im vergangenen Winter hat sich der Heimatindex der bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken wieder deutlich erholt. Das im Winter 2020/21 vom Meinungsforschungsinstitut GMS Dr. Jung ermittelte Stimmungstief im Freistaat mit einem Index von 56 Punkten ist mit nunmehr 63 Punkten überwunden, liegt aber noch unter dem Höchstwert von 71 Punkten im Sommer 2018. „Die Bayern atmen durch“, kommentiert GVB-Präsident Jürgen Gros die aktuellen Zahlen.

Nach Gros' Worten „haben Lockerungen im Alltag und der Impffortschritt das Gemüt der Bayern offensichtlich aufgehellt“. Trotz der Erholung des Index zeige sich bei einem genaueren Blick auf die Zahlen gleichwohl, dass die Bayern weiter abwarten. „Die Pandemie ist noch nicht vorüber und eine mögliche vierte Welle könnte den zaghaften Stimmungsaufschwung schnell wieder zunichtemachen“, mahnte Gros.

Gering fallen in der aktuellen Erhebung die regionalen Unterschiede in Bayern aus. In fünf der sieben Regierungsbezirke liegt der Heimatindex wie im gesamten Freistaat bei 63 Punkten. Lediglich Niederbayern und Oberfran-

ken weisen mit 62 Punkten einen geringfügig niedrigeren Index aus.

Deutlich zugelegt hat der Teilindex „Vernetzung mit Freunden und Familie“. Er stieg um 14 Zähler von 58 (Winter 2020/21) auf nun 72 Punkte. Die Erleichterungen im Alltag haben hier offenbar zu einer Entspannung geführt. Während in der Lockdown-Phase das soziale Leben auf die eigene Familie und wenige weitere Kontakte reduziert war, genießen die Bayern jetzt wieder die Begegnungen mit Freunden und Bekannten. Von seinem Höchststand von 85 Punkten (zuletzt im Winter 2018/2019) ist dieser Teilindex jedoch noch weit entfernt.

(Fortsetzung auf Seite 6)

Zuversicht in Zahlen:

bayern.vr.de



Als mittelständische Bank mit lokaler Verwurzelung verstehen wir das mittelständische Geschäftsmodell vor Ort. Das macht uns zu einem starken Partner, auf den sich der regionale Mittelstand auch morgen noch verlassen kann.

9.000
Filialen

18.000
Geldautomaten

Mit 9.000 Filialen und rund 18.000 Geldautomaten deutschlandweit sind wir dort, wo Sie sind. Und immer an Ihrer Seite bei der Realisierung Ihrer Ziele und Wünsche.

30 Mio.
Kunden

18,4 Mio.
Mitglieder

Die genossenschaftliche Idee beruht auf Werten wie Fairness, Transparenz und Vertrauen. In Deutschland zählen wir über 30 Mio. Kunden und 18,4 Mio. Mitglieder.



150 Mio. €

Die Genossenschaftliche FinanzGruppe Volksbanken Raiffeisenbanken fördert soziales und kulturelles Engagement mit jährlich über 150 Mio. Euro durch Spenden, Sponsoring und Stiftungserträge.

8.000
Auszubildende

140.000
Mitarbeiter

Wir bieten 140.000 Mitarbeitern und 8.000 Auszubildenden deutschlandweit die Möglichkeit auf eine Zukunft mit vielfältigen Entwicklungschancen in der Finanzbranche.



Die Finanzberatung, die erst zuhört und dann berät: mit der Genossenschaftlichen Beratung machen wir genau das – ehrlich, verständlich und glaubwürdig. Damit Sie immer zuversichtlich nach vorne schauen können.



Das Erfolgskonzept der Zukunft: Wir sind regional verankert, aber überregional vernetzt. Und haben so ständigen Zugriff auf die Expertise und Leistungen unserer Partner in der Genossenschaftlichen FinanzGruppe Volksbanken Raiffeisenbanken.

Statistisch gesehen ist jeder fünfte Deutsche Mitglied einer Genossenschaftsbank. Und bestimmt so den zukünftigen Kurs seiner Bank demokratisch mit.

Morgen kann kommen.
Wir machen den Weg frei.

Volksbanken Raiffeisenbanken

Beseitigung von Hochwasserschäden:

BayernLabo bietet Kommunen Sonderprogramm

Durch Hochwasserereignisse im weiteren Sinne wurden im Juli dieses Jahres auch in Bayern enorme Schäden verursacht. Als Beitrag zur Schadensbeseitigung bietet die BayernLabo, das Förderinstitut der BayernLB, im Rahmen des bestehenden „Investkredit Kommunal Bayern“ betroffenen bayerischen Kommunen in Zusammenarbeit mit der KfW ergänzend das Sonderprogramm „Beseitigung von Hochwasserschäden 2021“ mit einem begrenzten Förderkontingent an.

Für Investitionen zur Beseitigung von Schäden an der kommunalen Infrastruktur können die Kommunen dieses Sonderprogramm günstiger als das zugrundeliegende KfW-Sonderprogramm und damit zu nochmals günstigeren Konditionen als den „Investkredit Kommunal Bayern“ in Anspruch nehmen.

Es gelten die bekannten Förderbedingungen des „Investkredit Kommunal Bayern“ mit folgenden Sonderregelungen:

- Es werden alle Investitionen zur Beseitigung von Schäden an und zur Wiederherstellung der kommunalen Infrastruktur in den ab dem 12.07.2021 von Hochwasser und Starkregen im weiteren Sinne (bspw. auch durch Murenabgänge in Folge des Starkregens) betroffenen Gebieten mit bis zu 100 % finanziert
- BayernLabo und LfA bieten dieses Sonderprogramm komplementär im Rahmen der Förderkreditprogramme „Investkredit Kommunal Bayern“ und „Infrastruktur Kommunal“ für die jeweiligen Verwendungszwecke an
- Für das Sonderprogramm ist nur eine Kreditlaufzeit von 20 Jahren bei 1-3 Tilgungsfreijahren (20/3) möglich
- Die Zinsfestschreibung erfolgt unverändert für die ersten 10 Jahre der Kreditlaufzeit
- Der von der KfW in ihrem Programm 208 (IKK-Investitionskredit Kommunen Sonderprogramm „Beseitigung von Hochwasserschäden 2021“) vorgesehene Zinssatz wird durch die BayernLabo nochmals weiter verbilligt und beträgt bis auf Weiteres -1,05 % p. a. nom.; der bei Abruf des Kredits geltende Programmzinssatz wird tagesaktuell auf der Web-Site der BayernLabo veröffentlicht unter <https://bayernlabo.de/bayerische-kommunkunden/foerderkredite/investkredit-kommunal-bayern/>
- Die Antragstellung für diese Sonderförderung kann nur direkt bei der BayernLabo und zunächst nur bis 31.12.2021 erfolgen
- Im Antragsformular „Investkredit Kommunal Bayern“ ist unter dem Punkt „Vorhabensbeschreibung“ die Angabe „Hochwasser 2021“ sowie eine kurze Beschreibung der Maßnahmen anzugeben. □

BayernLabo in Grafenau:

Alles Gute zum 5. Geburtstag!

Vor fünf Jahren hat der heutige Ministerpräsident Dr. Markus Söder den neuen Förderstützpunkt der BayernLabo im niederbayerischen Grafenau eröffnet. Das Büro unter der Leitung von Norbert Kellermann bearbeitet seither Anträge zur Förderung von Eigenwohnraum in Niederbayern und der Oberpfalz sowie mittlerweile auch in Oberfranken.

„Die BayernLabo ist ein Musterbeispiel für unsere Behördenverlagerung und hat sich schnell als verlässlicher Partner in der Region etabliert. Mit ihr bieten wir kompetente Ansprechpartner – auch fernab der großen Metropolen! Von Grafenau aus unterstützt die BayernLabo Bürgerinnen und Bürger in Ostbayern und Oberfranken bei der Verwirklichung eines nachhaltigen Eigenheims.

Gleichzeitig stärkt sie die Region mit zehn hochwertigen, zukunftsfähigen und heimatnahen Arbeitsplätzen. Seit der Gründung konnten von hier aus mehr als 12.000 Häuser und Wohnungen mit einem Darlehensvolumen von rund 237 Mio. Euro und einem Zuschussvolumen von rund 22 Mio.

Euro gefördert werden“, freute sich Finanz- und Heimatminister Albert Füracker anlässlich des fünften Geburtstags des Förderstützpunkts der Münchner Förderbank.

„New York, London, Paris, Mailand, München – und Grafenau. Die BayernLB finanziert Fortschritt nicht nur national und international, sondern stärkt über die BayernLabo auch die regionalen Wurzeln“, ergänzt Gero Bergmann, Mitglied des Vorstands der BayernLB. „Mit ihren Darlehen und Zuschüssen ermöglicht die BayernLabo vielen Familien und Menschen mit geringem oder mittlerem Einkommen den Traum von den eigenen vier Wänden oder eine nachhaltige Modernisierung.“ □

Aktiv im Kampf gegen den Klimawandel:

BayernLB und DKB werden Mitglieder bei PCAF

Die BayernLB und ihr Tochterunternehmen Deutsche Kreditbank AG (DKB) sind seit Juni 2021 Mitglied bei der Partnership for Carbon Accounting Financials (PCAF). Damit tragen die beiden Institute aktiv zum Kampf gegen den Klimawandel bei.

PCAF ist eine global tätige Brancheninitiative zur Standardisierung der Messung und Offenlegung von Treibhausgasemissionen für den Finanzsektor. Mit mehr als 130 Banken und Investoren aus fünf Kontinenten wächst die Initiative kontinuierlich in Nordamerika, Latein-

amerika, Europa, Afrika und im asiatisch-pazifischen Raum.

Für die Berechnung der Treibhausgasemissionen, die ein Finanzunternehmen durch den Bürobetrieb (Strom, Heizung, Dienstleistungen etc.) verursacht, gibt es schon lange einheitliche Leitplanken. Die Berechnung der Treibhausgasemissionen, die mit der Kreditvergabe verknüpft sind, ist wesentlich komplexer. PCAF bietet eine standardisierte Methodik, mit der BayernLB und DKB zukünftig die Emissionen im Produkt- und Kreditportfolio berechnen werden. Die Berechnung der Treibhausgasemissionen ist ein essenzieller Schritt, um das Produktportfolio unter Risiko- und Nachhaltigkeitsaspekten zu steuern und schrittweise zu dekarbonisieren.

Beide Banken sind nun Mitglieder der PCAF-VFU Koalition, welche das Ziel hat, Finanzinstitute in Deutschland, Österreich und der Schweiz (DACH) bei der Messung und Offenlegung der finanzierten Emissionen ihrer Portfolios zu unterstützen. Mit der Mitgliedschaft bei PCAF verpflichten sich die beiden Häuser, innerhalb der nächsten drei Jahre mit Finanzierungen verbundene Emissionen zu messen und zu veröffentlichen.

„Als Institut arbeiten wir bereits seit 2015 an allen Standorten klimaneutral. Zusätzlich unterstützen wir unsere Kunden als Fortschrittsfinanzierer bei der Dekarbonisierung und Erreichung der Klimaziele. Wir haben uns dabei vorgenommen, den Anteil ESG-konformer Finanzierungen nennenswert zu erhöhen – wesentlich ist hierbei die Steuerung anhand von Nachhaltigkeitsdaten. Die Erkenntnisse aus PCAF helfen dabei unseren Kunden und uns bei der Bestandsaufnahme und einem transparenten Fortschrittsbericht“, erklärt Stephan Winkelmeier, Vorstandsvorsitzender der BayernLB.

Stefan Unterlandstätter, Vorstandsvorsitzender der DKB: „Der Klimawandel ist eine der größten Herausforderungen unserer Zeit. Unser Ziel ist es, das gesamte DKB-Produktportfolio in Einklang mit dem Pariser Klimaschutzziel zu bringen. Die Berechnung der Emissionen nach der PCAF-Methodik ist dafür ein wichtiger Baustein.“

Das wesentliche Messinstrument für die nachhaltige Transformation der Wirtschaft sind Nachhaltigkeitsdaten. Eine solide Datengrundlage ist für den langfristigen



Zahlreiche Sparkassenmitarbeiter machten auf die Müllproblematik aufmerksam. Bild: Stadtparkasse Augsburg

Für einen verantwortungsvollen Umgang mit Ressourcen:

Stadtparkasse Augsburg sammelt Müll im Siebentischwald

Ein Signal an die Stadtgesellschaft wollen sie senden: Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtparkasse Augsburg haben in Kooperation mit dem DAV im Siebentischwald weiträumig Abfälle gesammelt, um auf die Problematik von Müll und Ressourcenverschwendung aufmerksam zu machen.

Unter dem Motto „Ramadama-zama“ trafen sich zahlreiche Engagierte auf dem Parkplatz des DAV in Haunstetten. Ausgerüstet mit grünen T-Shirts, Müllbeuteln und Zangen schwärmten sie in Kleingruppen in den Stadtwald aus und durchkämmten das Gelände nach Unrat.

Ganze 40 Eimer konnten die fleißigen Teams mit ihren Funden füllen. Darunter Zigarettenschachteln, Fast-Food-Verpackungen, leere Plastikflaschen und vieles mehr. Besonders entsorgte Hundekotbeutel lösten Kopfschütteln aus: „Verpackungen in der Natur zu entsorgen, die eigentlich dazu dienen, die Natur sauber zu halten, ist an Absurdität nicht zu überbieten“, wundert sich Kundenberater David Ahn.

Im Jahr 2019 waren es stolze 227 Kilogramm Verpackungsmüll, die in Deutschland pro Kopf angefallen waren. Im Pandemiejahr 2020 ist dieser Wert noch gestiegen. Zwar erreicht Deutschland hohe Verwertungsquoten – die bayerische Abfallwirtschaft beispielsweise verwertet 67 % aller Abfälle. Angesichts steigender Gesamt mengen aber erreicht auch die Summe der nicht mehr verwertbaren Abfälle exorbitante Ausmaße.

„Eine intakte Umwelt ist Basis allen Wirtschaftens und als solche von essentieller Bedeutung. Werterhalt war schon immer ein zentrales Anliegen der Stadtparkasse Augsburg. Deshalb haben wir uns in unseren Umweltleitlinien verpflichtet, sparsam mit Ressourcen umzugehen und uns für einen schonenden Umgang mit der Umwelt einzusetzen“, so Rolf Sattelmeyer, Vorstandsvorsitzender der Stadtparkasse Augsburg. Das bereits weitgehend digital arbeitende Unternehmen vermeidet im Geschäft Verpackungen und achtet auf die Verwendung nachhaltiger Produkte, wie zum Beispiel recyceltes Druckerpapier. Auf [sska.de](https://www.sska.de) sind die Umweltleitlinien und der aktuelle Nachhaltigkeitsbericht der Stadtparkasse einsehbar.

Die Müllsammelaktion ist Teil

Erfolg entscheidend. Die benötigten Daten für die Berechnung und Steuerung der Emissionen der Kreditvergabe stehen derzeit allerdings oftmals nicht zur Verfügung. Ein Beispiel ist der Gebäudeenergieausweis in der Wohnungswirtschaft: Anders als in anderen Ländern gibt es in Deutschland bislang kein bundeseinheitliches Kataster für Gebäudeenergieausweise. Das wäre aber notwendig, um die Emissionen bei Wohnimmobilien nachhaltig zu optimieren. Je mehr Daten zur Verfügung stehen, desto präziser kann die Klimawirkung des Kreditportfolios gemanagt werden. Bei der Verfügbarkeit und Erhebung der Daten sind Wirtschaft und Politik gleichermaßen gefragt. □

der großen Nachhaltigkeitskampagne, mit der die Stadtparkasse Augsburg in den kommenden Wochen unter anderem auf die Bedeutung von Klima- und Umweltschutz aufmerksam machen will. Aktuelle Infos finden Interessierte unter www.sska.de/stadt-gewaechs. □

Stimmungstief ...

(Fortsetzung von Seite 5)
In Niederbayern und Oberfranken fällt die Bewertung mit 70 bzw. 69 Punkten etwas schlechter aus als im bayernweiten Durchschnitt.

Die Lockerungen und Alltagserleichterungen erklären auch die Erholung des Index in der Kategorie „Freizeit, Kultur, Bildung“. Dieser Teilindex legte um 17 Zähler auf nun 57 Punkte zu. Seinen bisher höchsten Stand verzeichnete er im Sommer 2019 mit 73 Punkten. Den mit Abstand höchsten Zugewinn um 32 Zähler auf 54 Punkte verbucht die Unterkategorie „kulturelle Angebote“. Trotz der Erholung liegt diese Unterkategorie jedoch noch weit unter dem Höchststand von 73 Punkten im Sommer 2019. In der aktuellen Umfrage bewerten die Oberpfälzer diese Kategorie mit 59 Punkten am besten.

Von 56 auf nun 63 Punkte nahm die Zufriedenheit mit dem Schul- und Bildungsangebot zu. Damit ist sie freilich noch nicht auf dem Stand des vergangenen Sommers (65 Punkte) angekommen. Die Unsicherheit darüber, wie es im neuen Schuljahr weitergeht, ob die Schulen geöffnet bleiben oder nicht, belastet die Familien offenbar weiterhin. Den bisher höchsten Stand erreichte diese Unterkategorie im Winter 2017/2018 mit 75 Punkten.

Den Wert der Erhebung von Winter 2020/21 übertroffen hat der Teilindex „Arbeitsplatz und persönliche finanzielle Situation“. Dieser legte um vier Zähler auf 62 Punkte zu. Die Unterkategorie „Zufriedenheit mit dem Arbeitsplatz“ gewann drei Zähler auf nun 64 Punkte. Viele Unternehmen haben sich trotz Krise als widerstandsfähig erwiesen und die Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt blieben bisher überschaubar.

Bei der Erhebung des Heimatindex wird auch die allgemeine Lebenszufriedenheit in Bayern und im Rest der Bundesrepublik abgefragt. In Bayern legte dieser Wert um sechs Zähler auf 69 Punkte zu. Die Erholung fiel im Rest der Republik deutlich höher aus, hier stieg der Wert um zwölf Zähler auf 67 Punkte. Allerdings war auch der Tiefstand im Corona-Winter 2020/2021 bundesweit mit 55 Punkten deutlich niedriger gewesen als in Bayern (63 Punkte). Aktuell ist der Abstand bei der Lebenszufriedenheit mit zwei Punkten wieder ähnlich gering wie vor der Corona-Krise. **DK**



VER SICHER KAMMER UNGENS
BAYERN

Ein Stück Sicherheit.

Beschützen ist unsere Leidenschaft.

Seit König Max 1811 die Versicherung zum Schutz der Menschen gegründet hat.

Halbjahres-Bilanz der bayerischen Sparkassen:

Zinssituation belastet Ertragslage

Konsequent weiterverfolgt haben die bayerischen Sparkassen ihren Wachstumskurs im ersten Halbjahr 2021. Sie konnten ihr Kreditvolumen um 2,8 Prozent auf 154,7 Mrd. Euro ausweiten. Nochmals stärker als im Jahresvergleich nahmen die Einlagen zu: Die Kunden vertrauten den bayerischen Sparkassen um 1,7 Prozent mehr Mittel an, vornehmlich in täglich fälligen Geldern. Doch kein Licht ohne Schatten: Wie Prof. Dr. Ulrich Reuter, Präsident des Sparkassenverbandes Bayern, bei der virtuellen Vorlage der Halbjahres-Bilanz 2021 betonte, „arbeiten die Sparkassen gut und ihre Kunden honorieren das, machen immer mehr Geschäft mit ihnen – doch die Ergebnisse werden immer stärker durch die Zinssituation belastet.“

In den vergangenen sechs Monaten konnten die 64 bayerischen Sparkassen ihr Kreditvolumen um insgesamt 4,2 Mrd. Euro ausweiten. Mehr als die Hälfte davon sind mit 83,5 Mrd. Euro Finanzierungen für Unternehmen und Selbstständige. Das Kreditneugeschäft mit Firmenkunden liegt dabei nach einem Corona-bedingten Rekordjahr unter dem Vorjahresniveau (-10 Prozent).

Die zugesagte Darlehenssumme an Firmenkunden lag erneut bei insgesamt 9,4 Mrd. Euro, das sind knapp 90 Prozent des Vorjahreswerts für das erste Halbjahr und somit annähernd auf gleichem Rekordniveau. Davon stammten lediglich 419,6 Mio. Euro aus staatlichen Förderprogrammen zur Corona-Hilfe, die Nachfrage der berechtigten Unternehmer nimmt somit inzwischen deutlich ab (2020 insgesamt 2,1 Mrd. Förderkredite, Antragstellung noch bis Ende 2021 möglich), während die Finanzierung aus Mitteln der Sparkassen ungebrochen angenommen wird. Insgesamt sind derzeit nur noch 25 Prozent der Förderkredite aus Corona-Hilfsprogrammen, alles andere geht bereits in die Bereiche Nachhaltigkeit, Digitalisierung, Wachstum und Stabilisierung. Der Gesamtbestand an Corona-Förderdarlehen belief sich am Ende des zweiten Quartals 2021 auf 12.765 Darlehen mit einem Gesamtvolumen von 2.523 Mio. Euro.

Insgesamt beobachten die Sparkassen aber derzeit bei ihren mittleren und größeren Unternehmenskunden so wenig Konkurse wie seit Jahren nicht mehr. Staatshilfen und die hohe Liquidität verhindern eine Pleitewelle auch in den bayerischen Regionen, obwohl inzwischen wieder die regulären Antragspflichten für Insolvenzen gelten. Lediglich bei kleineren Unternehmen müssen auch die Sparkassen eine Zunahme von Unternehmensaufgaben verzeichnen. „Das Hausbank-Prinzip hat sich also in der

Krise bewährt“, stellte Verbandspräsident Reuter fest.

Ebenfalls wieder großes Vertrauen zu ihren Sparkassen bewiesen die Privatkunden. Sie nahmen nochmals mehr Kredite in Anspruch als im entsprechenden Zeitraum 2020, in dem die Nachfrage trotz Pandemie bereits über dem Vorjahr gelegen hatte: Der Kreditbestand von Privatpersonen wuchs um 3,0 Prozent auf 63,9 Mrd. Euro. Auch die neuen Darlehenszusagen an Private lagen deutlich über denen des Vorjahreszeitraums (+18 Prozent), in dem trotz Lockdown auch bereits ein klares Wachstum zu verzeichnen gewesen war. Treiber dieses Wachstums 2021 sind Finanzierungen rund um den Kauf oder die Sanierung von Wohneigentum.

Kritik an EZB-Geldpolitik

Daneben vertrauten die privaten Kunden den bayerischen Sparkassen in den ersten sechs Monaten 2021 4,1 Mrd. Euro als neue Einlagen an (+2,8 Prozent), vornehmlich in täglich fälligen Geldern. Dieser Zuwachs auf nunmehr insgesamt 151,5 Mrd. Euro liegt noch einmal höher als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Der gesamte Einlagenbestand der bayerischen Sparkassen lag zur Jahresmitte bei 191 Mrd. Euro.

Der Einlagenüberhang der Sparkassen dürfte sich kaum nennenswert verändern, doch die Kosten für die Verwahrung dieser Einlagen belasteten die Sparkassen weiterhin zunehmend, bemerkte Roland Schmautz, Vizepräsident des Sparkassenverbandes Bayern. Sie müssten jetzt häufiger als Verwahrtgelte an die Kunden weitergegeben werden. „Kein Sparkassenvorstand macht das gerne, denn es läuft unserem eigentlichen Verständnis von Sparen krass zuwider. Doch die Geldpolitik der EZB hat den Markt nun einmal so geformt und jetzt müssen Kreditinstitute und ihre Kunden damit umgehen. Wir haben

einige Jahre ausgesessen, doch jetzt müssen wir der Realität ins Auge blicken.“

Die Geldpolitik und die Negativzinsen der EZB hätten das Vermögen der Menschen bereits über mehrere Jahre im Verborgenen geschmälert, denn eine Rendite nahe Null in Verbindung mit einer Preissteigerung zwischen ein und zwei Prozent lässt das so angelegte Geld jeden Monat an Wert verlieren, erläuterte Schmautz. Nach neuesten Studien haben die deutschen Sparer seit Ende 2010 bereits rund 150 Mrd. Euro durch Niedrigzins und Inflation verloren – rechnerisch 1.850 Euro pro Bundesbürger.

Höherer Wertpapierumsatz

Positiv bewertete Schmautz, dass in der Phase von der zweiten bis in die dritte Pandemiewelle hinein nicht nur mehr gespart wurde, sondern auch die Wertpapieranlage in Fahrt blieb: „Das weiter zunehmende Engagement am Kapitalmarkt zeigt, dass immer mehr Kunden ein ausgeprägtes Renditebewusstsein entwickeln und eine einträgliche Alternative zur derzeit wenig attraktiven Sichteinlage wählen.“ Der Wertpapierumsatz der bayerischen Sparkassen ist seit Jahresbeginn um weitere 15 Prozent gestiegen, im Vorjahresvergleichszeitraum hatte das Wachstum bei 51,9 Prozent gelegen.

Auch für 2021 erwarten die bayerischen Sparkassen einen neuerlichen deutlichen Rückgang des Zinsüberschusses sowohl absolut als auch in Prozent der DBS (-0,14 % Pkt. der DBS). Zwar sinkt laut Prognose der Zinsaufwand, doch dem stehen ebenfalls abnehmende Zinserträge gegenüber, da profitable Engagements und Anlagen auslaufen. Laut Präsident Reuter „sehen wir in der langfristigen Betrachtung, wie erfolgreich die Sparkassen ihr Geschäft ausbauen, die Bilanzsumme wächst weiter stetig – zuletzt auf 247 Mrd. Euro. Doch das findet keinen entsprechenden Niederschlag mehr im Ertrag, weil der Zinsüberschuss durch die EZB geschrumpft wird. Er sinkt seit zehn Jahren deutlich und ein Ende ist nach den jüngsten Ankündigungen nicht in Sicht.“

Da der Zinsüberschuss die klassische Hauptertragsquelle der Sparkassen ist, wird die Ertragslage der bayerischen Sparkas-

sen in allen Regierungsbezirken auch 2021 leiden, die Prognosen für Cost-Income-Ratio und Betriebsergebnis lassen die Fortsetzung des Abwärtstrends der vergangenen Jahre erwarten.

Zwar sind die kommunalen Sparkassen vor Ort auf Projekte mit kleinen und mittelständischen Unternehmen und Privatkunden aus ihrem regionalen Geschäftsgebiet ausgerichtet, jedoch ordnen sie sich gleichzeitig in den größeren deutschen und europäischen Kontext ein. Sie unterliegen der Finanzmarktregulierung, die auf ganz Europa und auf alle Marktteilnehmer zielt – weitgehend unabhängig von unterschiedlichen Geschäftsmodellen und Betriebsgrößen. Erneut mahnte Reuter: „Die Sparkassen brauchen als Regionalbanken einen anderen Rahmen als etwa Großbanken in Frankreich. Denn sie arbeiten anders und sie bergen weniger Risiken. Der ‚Regulierungsüberhang‘ muss daher weiter abgebaut und in neuen Themen unbedingt vermieden werden.“ Dazu zähle auch die Einbindung der Kreditinstitute in den „Green Deal“ der EU.

Einlagensicherung

Höchste Zeit sei es auch für ein Ende der Diskussion um die Europäische Einlagensicherung, die für das Jahr 2021 als letztes Element der Bankenunion auf der Brüsseler Agenda steht: „Es wird schon zum ceterum censeo der Sparkassen: Der Plan der Vergemeinschaftung muss beendet werden. Risiko und Haftung müssen zusammenbleiben, eine Vergemeinschaftung der Mittel würde dieses Prinzip zulasten unserer Kunden aufweichen“, unterstrich Reuter.

Mit Umsetzung der Einlagensi-

cherungsrichtlinie in 2015 ist die von Europa geforderte Harmonisierung der nationalen Systeme 2015 abgeschlossen und damit die Bankenunion faktisch vollendet worden. Das präventive freiwillige Institutssicherungssystem der Sparkassen war dazu angepasst und um die neu von Europa geforderte Einlagensicherungsfunktion erweitert worden. Allein die bayerischen Sparkassen haben seitdem rund 600 Mio. Euro zur zusätzlichen Sicherung der Kundengelder zurückgelegt.

Wie Reuter erläuterte, „gehen von 100 Euro, die bayerische Kunden bei uns anlegen, sofort 80 Cent zu ihrem Schutz in die Einlagensicherung und wir arbeiten nur noch mit 99,20 Euro. Und weil die Sparkassen bekanntlich besonders einlagenstark sind, häuft sich da ein guter Betrag an.“ Im Falle einer Vergemeinschaftung ginge dieser direkt in einen gemeinsamen Topf nach Brüssel, aus dem dann etwa die Rettung einer Bank mit Sicht aufs Mittelmeer finanziert würde. „So wird allenfalls das Misstrauen in Europa gefördert, nicht aber der Bankenmarkt stabilisiert!“, machte der Präsident deutlich.

Er formulierte den dringenden Appell, nicht wieder und weiter alle Kreditinstitute über den gleichen Kamm zu scheren: „Die Kunden der bayerischen kommunalen Sparkassen brauchen für die Sicherung ihrer Einlagen keine europaweite Absicherung. Sinnvoll kann eine Zusammenlegung allenfalls für Banken mit internationalen Geschäftsmodellen sein. Die Kommission muss zumindest subsidiär ausgleichende Institutssicherungssysteme von der Zentralisierung ausklammern.“

Reuter bekräftigte auch, dass die Sparkassen immer öfter daran denken müssen, gewohnte Frei-

heitsgrade aufzugeben und sich zusammenzuschließen. „Im Moment denken erst einmal einige Häuser über Fusionen nach, doch perspektivisch ist es im Verbund sicherlich sinnvoll, immer nur einen Anbieter für ein Produkt oder eine Dienstleistung anzustreben.“ Exemplarisch steht hierfür die nun auf den Weg gebrachte Fusion der Sparkassen Garmisch-Partenkirchen und Oberland. Mit der Unterzeichnung des Fusionsvertrags ist ein entscheidender Schritt in die gemeinsame Zukunft ab dem 1. Juni 2022 erfolgt. Nachdem im Vorfeld alle Gremien einstimmig für den Zusammenschluss gestimmt hatten, kann jetzt der Fahrplan für die Fusion erstellt werden.

Abschließend gedachte Reuter der Opfer der Flutkatastrophe Mitte Juli, die in Teilen auch die Geschäftsgebiete bayerischer Sparkassen betraf. Diese seien jetzt solidarisch mit allen, die von der dramatischen Lage betroffen sind und „helfen jetzt dabei, die Folgen zu bewältigen“. Neben schnellen und unkomplizierten Kredithilfen einiger Sparkassen für betroffene Kunden wurde die breite Spendenaktion „Jetzt helfen.“ (wirwunder.de/fluthilfe) aufgesetzt, mit denen bundesweit Hilfwillige zur Unterstützung beitragen können.

Wie der Präsident hervorhob, stehe die Sparkassen-Finanzgruppe nicht nur in guten Zeiten eng an der Seite der Gesellschaft: „Sparkassen wurden erfunden, um eine stabile finanzielle Basis für die Menschen zu schaffen. Und sie sind auch da, wenn diese Basis durch Naturkatastrophen attackiert wird.“ Um die Hilfen auch von außen weiter zu stärken, warb Reuter um die Fortsetzung der bisher gezeigten Solidarität und Spendenbereitschaft. **DK**

Sparkasse Memmingen-Lindau-Mindelheim und Kreissparkasse Augsburg:

Genehmigung für die Fusion liegt vor

Die Sparkasse Schwaben-Bodensee kommt: Die Sparkassenaufsicht der Regierung von Schwaben hat den Zusammenschluss der Sparkasse Memmingen-Lindau-Mindelheim und der Kreissparkasse Augsburg zum 31. Dezember 2021 genehmigt. Die technische Fusion, d. h. die Zusammenlegung der Datenbestände der beiden Sparkassen, erfolgt im April 2022.

„Wir freuen uns, dass die Sparkassenaufsicht mit der Genehmigung der Fusion diese zukunftsweisende Entscheidung bestätigt hat“, betont Thomas Munding, derzeit Vorstandsvorsitzender der Sparkasse Memmingen-Lindau-Mindelheim und künftiger Vorsitzender des Vorstands der Sparkasse Schwaben-Bodensee.

Sein zukünftiger Stellvertreter Horst Schönfeld, aktuell Vorstandsvorsitzender der Kreissparkasse Augsburg, erklärt: „Die intensive Projektarbeit hat bereits begonnen. Wir arbeiten mit voller Kraft daran, für unsere Kunden ein zukunftsfähiges Haus auf den Weg zu bringen.“

Die Sparkasse Schwaben-Bodensee, die aus der Fusion der beiden Institute hervorgeht, belegt künftig – gemessen an ihrer Bilanzsumme von rund

9,3 Milliarden Euro – Rang 5 unter den bayerischen Sparkassen. Auf die Strukturen im Kundengeschäft und auf die Entwicklung der Sparkassenfilialen hat die Fusion keinen Einfluss. Langfristig sichert sie die Arbeitsplätze im Geschäftsgebiet der Sparkasse Schwaben-Bodensee.

Kunden profitieren von leistungsstarker Sparkasse

Bereits Ende Juli hatte sich der neue Verwaltungsrat der Sparkasse Schwaben-Bodensee zum ersten Mal getroffen. Die Mitglieder der derzeitigen Verwaltungsräte der Kreissparkasse Augsburg und der Sparkasse Memmingen-Lindau-Mindelheim nutzten die Gelegenheit zum Kennenlernen und zu einem ersten intensiven Austausch.

Alex Eder, Landrat des Landkreises Unterallgäu, bestätigte anlässlich des Treffens, dass die Fusion auf ein breites positives Echo stößt: „Wir erfahren sehr viel Zustimmung – aus der Politik ebenso wie aus Wirtschaft und Gesellschaft.“ Sein Kollege Martin Sailer, Landrat des Landkreises Augsburg, teilt diese Zustimmung „Von der leistungsstarken Sparkasse, die hier in der Region entsteht, werden vor allem die Kunden profitieren.“

Wesentliche Kennzahlen der neuen Sparkasse Schwaben-Bodensee:

Rang 5 in Bayern, bezogen auf die Bilanzsumme (durchschnittlich) 113 Geschäftsstellen, davon 58 Mitarbeiterbesetzte Geschäftsstellen; 9.293 Millionen Euro Bilanzsumme; 12.679 Millionen Euro bilanzielles Kundengeschäftsvolumen 5.883 Millionen Euro Kundenkredite; 6.796 Millionen Euro Kundeneinlagen; 1107 aktive Beschäftigte - Alle Werte: Stand 30.06.2021. **□**



sparkasse.de

Verbundenheit ist einfach.

Die Sparkasse ist und bleibt der wichtigste Finanzdienstleister in der Region.

Mit 35.813 Mitarbeitern und 2.009 Filialen sind die bayerischen Sparkassen für ihre Kundinnen und Kunden da. Davon profitieren neben den Menschen auch die Unternehmen in der Region. Wir unterstützen sie mit Krediten von 151 Milliarden Euro. Auch wenn andere sich zurückziehen, bleiben wir in Ihrer Nähe. Heute und auch in Zukunft ist uns dies wichtig. Und das ist gut für Bayern.



DStGB-Kernforderung:

Konzessionsabgabenverordnung reformieren!

Der Deutsche Städte- und Gemeindebund fordert eine Modernisierung des Konzessionsabgabenrechts, die endlich die Entwicklungen auf dem Energiemarkt der vergangenen rund 30 Jahre berücksichtigt, aber auch für die sich abzeichnenden Änderungen der Energiewirtschaft gerüstet ist. Außerdem brauche es Entlastungen für kleine Kommunen bei dem Konzessionsvergabeverfahren.

Der Kommunalverband bekräftigt zudem die Bedeutung der Konzessionsabgaben für die kommunalen Haushalte. Gerade in herausfordernden Zeiten wie der Corona-Pandemie, in der wichtige Steuereinnahmen der Gemeinden wegbrechen bzw. sich erheblich vermindern, seien verlässliche Einnahmen wie die Konzessionsabgabe für kommunale Investitionen unabdingbar.

Hinzu kommt, dass bereits vor der Corona-Pandemie jede fünfte Kommune verschuldet gewesen sei und die Konzessionsabgabe vielerorts eine wichtige Einnahmequelle für kommunale Haushalte darstelle, indem sie den Städten und Gemeinden ungeschmälert, also ohne Abzüge zugunsten der Finanzausgleichssysteme der Länder, zur Verfügung steht. Die 3,2 Milliarden Euro, die die Kommunen im Jahr 2019 durch die Konzessionsabgabe eingenommen haben, seien außerdem für zahlreiche dringende Investitionen in Klimaschutz, Schulen, Kin-

dergärten, Straßen, Glasfaserausbau sowie zur Schuldentilgung verwendet worden, um die Kommunen für die Einwohner langfristig lebenswert zu gestalten.

Aus Sicht des DStGB sind deshalb folgende Forderungen umzusetzen:

1. Kommunale Einnahmen sichern

Die Beanspruchung der kommunalen Wege durch Verlegung, Wartung und Sanierung von Leitungen eines Energieversorgungsnetzes, das der allgemeinen Versorgung von Letztverbrauchern dient, besteht unabhängig von den durchgeleiteten Energiemengen. Daher muss das klimapolitische Ziel zu mehr Energieeffizienz stärker mit dem Wunsch der Gemeinden nach stabileren Konzessionsabgaben in Ausgleich gebracht werden. Hierzu ist die Konzessionsabgabenverordnung (KAV) grundlegend zu reformieren, um das Aufkommen an Konzessionsabgaben dauerhaft und nachhaltig zu sichern.

2. Konzessionsverfahren vereinfachen – kleine Kommunen entlasten

In kleinen Gemeinden sind die Einnahmen aus der Konzessionsabgabe gering und decken immer weniger den Aufwand für die Durchführung des Konzessionsvergabeverfahrens ab. Dieses Verfahren ist rechtlich kompliziert, bürokratisch und führt vielfach zu langjährigen gerichtlichen Auseinandersetzungen sowie hohen Kosten für die rechtliche Beratung. Eine ehrliche Betrachtung des Aufwandes für die Konzessionsvergabe gegenüber dem kommunalen Nutzen ist dringend notwendig.

Vor diesem Hintergrund ist es diskussionswürdig, Gemeinden und Städten unter 25.000 Einwohnern im Rahmen einer geringfügigkeitsregelung eine Ermessensentscheidung zu ermöglichen, auf ein Vergabeverfahren für Strom- und Gasnetze nach Ablauf der gesetzlichen Fristen zu verzichten und dem bisherigen Inhaber des Wegenutzungsrechts weiterhin die Konzession einräumen zu können.

3. Konzessionsabgabe Strom modernisieren

Zusammen mit den Kommunen und der Energiewirtschaft

muss eine verbrauchsunabhängige Bemessungsgrundlage gefunden werden, die den Anforderungen der sich ändernden Energiewelt entspricht und einfach administrierbar ist. Dabei wird darauf zu achten sein, dass es nicht zu wesentlichen Belastungsverschiebungen bei den Kleinverbrauchern bzw. zu interkommunalen Verteilungswirkungen bei den Gemeinden kommt. Als Anknüpfungspunkte kommt neben der Wegenutzung der Aufwand im Verteilnetz in Betracht, wie er beispielsweise durch die Leitungslänge, die Anzahl der Hausanschlüsse, Anzahl der Zählpunkte, versorgte Fläche, mögliche maximale installierte Anschlussleistung etc. abgebildet wird.

4. Abgabe für Gaslieferungen angemessen erhöhen – Rechtsrahmen für Wasserstofflieferungen schaffen

Auch für Gaslieferungen sollen die Gemeinden eine angemessene Konzessionsabgabe zum Ausgleich der Belastungen der Straßen erhalten. Würde die für Stromlieferungen geltende Regelung in § 2 Abs. 7 KAV auf den Gasbereich übertragen, könnten Lieferungen bis zu einem bestimmten Verbrauch mit der für die tarifversorgten Kunden geltenden höheren Konzessionsabgabe belegt werden. Diese Anpassungen müssen auch bei künftigen Wasserstofflieferungen Berücksichtigung finden, ohne den Markthochlauf der Wasserstoffwirtschaft in Deutschland zu gefährden. Daher fordert der DStGB, dass § 46 Abs. 1 EnWG auch für den Neubau von Wasserstoffnetzen anwendbar ist. Die §§ 46, 48 EnWG sowie alle weiteren diesbezüglichen Normen sind in der Weise anzupassen, dass sich hieraus eine rechtssichere Regelung für die Wegenutzung und Konzessionsabgabe an die Gemeinden im Bereich des Energieträgers Wasserstoff ergibt.

5. Transparenz und bessere Vergleichbarkeit schaffen

Gerade kleinen Kommunen fehlt das Fachpersonal, um Abrechnungen überprüfen zu können. Eine Plausibilitätsprüfung ist häufig nur durch Wirtschaftsprüfer möglich. Dies verringert die Einnahmen aus der Konzessionsabgabe zusätzlich. Deshalb sollten in der Konzessionsabgabenverordnung Mindestanforderungen für eine transparente Abrechnung gegenüber den Gemeinden definiert werden. **DK**

teilt die BEG bayernweit einheitlich seit 2008 Leistungskriterien, die unmittelbar in der Verantwortung der Eisenbahnverkehrsunternehmen liegen. Berücksichtigt werden die Sauberkeit der Fahrzeuge, die Fahrgastinformation, die Funktionsfähigkeit der Ausstattung, die Serviceorientierung der Zugbegleiter und die Kundenorientierung bei Beschwerden. Die Ergebnisse der Messungen haben unmittelbare finanzielle Auswirkungen auf die Betreiber der jeweiligen Netze. Erreicht ein Unternehmen den Wert Null, sind die Erwartungen der BEG gerade erfüllt. Wer darüber liegt, erhält eine Bonuszahlung, wer Minuspunkte verzeichnet, zahlt Strafe (+100 Punkte = maximaler Bonus, -100 Punkte = maximaler Malus).

Die Pünktlichkeitswerte fließen nicht in die Ergebnisse des Rankings zur Servicequalität ein. Sie werden in einem gesonderten Messsystem ermittelt. Die Gründe für etwaige Verspätungen und Zugausfälle sind vielfältig. Sie liegen unter anderem an Mängeln der Schieneninfrastruktur und fallen damit nicht, wie die Servicequalität, allein in die Verantwortung der Verkehrsunternehmen, die den Zugverkehr auf den Strecken betreiben. **DK**

Bayerischer Versorgungsverband:

Erfolgreiches Geschäftsjahr 2020

Bei der diesjährigen Verwaltungsratssitzung hat der Bayerische Versorgungsverband – BVK Beamtenversorgung – für das Geschäftsjahr 2020 ein durchweg positives Ergebnis vorgelegt. Als besonders erfreulich wurde vom Verwaltungsratsvorsitzenden Bernd Buckenhofer, geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Bayerischen Städtetages, erwähnt, dass sich die Finanzierung des Bayerischen Versorgungsverbands im Corona-Jahr 2020 als „überaus krisenfest“ erwiesen habe. Aufgrund der Umlagefinanzierung durch die Mitglieder haben die Turbulenzen, die es im ersten Halbjahr an den Finanzmärkten gab, keine negativen Auswirkungen bei den laufenden Einnahmen verursacht.

Bei der Kapitalanlage gelang es zudem, die zeitweise stark eingebrochenen Kurse für gewinnbringende Investitionen an den Aktienmärkten zu nutzen. Mit fast 3,3 % Nettoverzinsung der Kapitalanlagen erzielte die BVK Beamtenversorgung im Geschäftsjahr 2020 somit die gleiche Rendite wie in 2019. Zum Ende des Jahres 2020 erreichten die Kapitalanlagen eine Gesamthöhe von 1,35 Mrd. Euro (Vorjahr: 1,24 Mrd. Euro). Der Bayerische Versorgungsverband profitierte damit im Krisenjahr 2020 besonders davon, dass seine Kapitalanlagen unter dem Dach der Bayerischen Versorgungskammer kompetent und sicher gemanagt werden.

Der Verwaltungsrat nahm folglich den Jahresabschluss des Bayerischen Versorgungsverbands zustimmend zur Kenntnis und stimmte dem Lagebericht für das Geschäftsjahr 2020 und dem Wirtschaftsplan für 2022 zu. Der Geschäftsführung wurde Entlastung erteilt.

Auswirkungen der Kommunalwahlen 2020

Neben der Corona-Pandemie hatte vor allem ein weiteres Ereignis vermehrten Einfluss auf die Geschäftstätigkeit: die bayerischen Kommunalwahlen am 15. und 29. März 2020. Da die kommunalen Wahlbeamten eine wichtige Gruppe unter den „angemeldeten Dienstkräften“ darstellen, führen die Kommunalwahlen alle sechs Jahre regelmäßig zu einer starken Veränderung in den Beständen der Angemeldeten und der Versorgungsfälle. Viele der aus dem Amt scheidenden Bürgermeister und Landräte gehen in den Ruhestand und die erstmals gewählten kommunalen Wahlbeamten werden bei der BVK Beamtenversorgung neu angemeldet.

Mit einer Gesamtzahl von 949 traten entsprechend viele Ver-

sorgungsfälle auf. Davon betrafen allein 387 Fälle ausscheidende Bürgermeister und Landräte, die zum 1. Mai in den Ruhestand traten. Im Saldo wuchs die Zahl der Ruhegehaltsempfänger um über 650 und überstieg zum ersten Mal die Marke von 10.000. Die angemeldeten Dienstkräfte stiegen leicht auf 16.378 an. Der Versorgungsquotient erhöhte sich auf 84,3 % (Vorjahr 80,4 %).

Zudem wirkten sich die Kommunalwahlen positiv auf die Mitgliederentwicklung des Bayerischen Versorgungsverbands aus, die für das Jahr 2020 ein Plus von genau 50 Mitgliedern aufweist. Dies resultiert vor allem daraus, dass 2020 viele Gemeinden unter 10.000 Einwohnern, die vorher einen ehrenamtlichen Bürgermeister hatten, erstmals einen hauptamtlichen Bürgermeister bestellten. Wenn sie dadurch ihren ersten kommunalen Beamten angestellt haben, sind diese Gemeinden verpflichtet, Mitglied des Bayerischen Versorgungsverbands zu werden. Insgesamt stieg der Mitgliederbestand im Jahr 2020 von 1.880 auf 1.930 an.

Auch beim Umlageaufkommen konnte ein deutlicher Anstieg verzeichnet werden. Die Einnahmen aus der Umlage wuchsen um rund 30,9 Mio. Euro (+5,5 %) auf insgesamt rund 596,2 Mio. Euro an (Vorjahr: 565,3 Mio. Euro).

Die kontinuierlichen Einnahmesteigerungen der letzten Jahre zusammen mit der sukzessive aufgebauten Kapitalreserve von über 1,3 Mrd. Euro erlauben die Prognose, dass sich der Bayerische Versorgungsverband auch im begonnenen Deckungsabschnitt 2021 bis 2025 stabil weiterentwickeln wird. Die im vergangenen Geschäftsjahr getroffene Entscheidung, den Umlagesatz in Höhe von 39,9 % unverändert beizubehalten, erweist sich als angemessen und richtig. **DK**

BEG-Ranking:

Gute Noten für die Servicequalität in bayerischen Regionalzügen

Die Servicequalität im bayerischen Regionalverkehr ist weiter im Aufwärtstrend. Laut Halbjahresranking der Bayerischen Eisenbahngesellschaft (BEG) steigt der bayernweite Durchschnittswert im Vergleich zum Jahreswert 2020 um gut 10 Punkte an. Er notiert zum Stichtag 30. Juni 2021 auf einer Skala von -100 bis +100 Punkten bei 56,05 Punkten (Jahreswert 2020: 45,65 Punkte). Erstmals seit Einführung des Messsystems im Jahr 2008 liegen damit alle Netze im Bonusbereich. Das bedeutet, alle 31 bewerteten Netze übertreffen die Mindestanforderungen der BEG und profitieren von Bonuszahlungen.

Die BEG, die den Regional- und S-Bahn-Verkehr im Auftrag des Freistaats plant, finanziert und kontrolliert, überprüft regelmäßig die Leistungen der bayerischen Eisenbahnverkehrsunternehmen in Sachen Sauberkeit, Komfort und Kundenorientierung. Die einzelnen Netze werden mit Hilfe von externen Testern und Fahrgastbefragungen bewertet. Bis zur Jahresmitte 2021 liegt eine Teilstichprobe vor; in weiteren Jahresverläufe können die Werte noch schwanken. Die Pünktlichkeitswerte fließen nicht in das Ranking zur Servicequalität ein. Sie werden in einem gesonderten Messsystem ermittelt.

In den ersten sechs Monaten des Jahres 2021 bleibt keines der 31 bewerteten Netze hinter den Mindestanforderungen der BEG zurück. 18 Netze erzielen mehr als 50 von 100 möglichen Punkten.

Den ersten Platz auf dem Podium teilen sich die beiden Bestplatzierten aus dem Vorjahr: Die Netze Kahlgrund (Jahresranking 2020: 97,38 Punkte) und Agilis-Nord (Jahresranking 2020: 96,71 Punkte) erreichen im Halbjahresranking jeweils die Höchstpunktzahl von 100 Punkten. Das Netz Oberpfalzbahn/Waldbahn konnte knapp 16 Punkte gut machen und besetzt mit 94,68 Punkten aktuell den dritten Rang (Jahresranking 2020: 78,71 Punkte). Das vollständige Halbjahresranking sowie alle Jahreswerte seit 2010 sind auf der Website www.beg-ranking-servicequalitaet.de dokumentiert.

Die bayerische Verkehrsminis-

terin Kerstin Schreyer freut sich über die Ergebnisse des Halbjahresrankings: „Saubere Züge und eine starke Kundenorientierung entscheiden mit darüber, wie zufrieden die Fahrgäste mit dem Angebot im Bahnland Bayern sind. Das gilt umso mehr in Corona-Zeiten. Der Aufwärtstrend bei der Servicequalität in bayerischen Regionalzügen hält seit Jahren an. Das ist eine gute Nachricht für die Fahrgäste. Wenn alle Beteiligten kontinuierlich an Qualitätsverbesserungen arbeiten, wird das Bahnfahren umso attraktiver.“

Wirkungsvolle Anreizsysteme

„Erstmals erfüllen alle Netzbetreiber die hohen Anforderungen der BEG zur Servicequalität im bayerischen Regionalverkehr“, ergänzt BEG-Geschäftsführerin Bärbel Fuchs. „Unsere Mess- und Anreizsysteme entfalten demnach eindeutig Wirkung. Die Daten zeigen, dass die Verkehrsunternehmen täglich ihre Servicequalität im Blick haben und viele kleine Verbesserungen in Summe zu einem guten Gesamtergebnis führen.“

Vielfach bessere Beurteilungen

Shootingstar ist das Dieselnetz Ulm. Im Jahresranking 2020 noch mit -14,24 Punkten auf dem letzten Platz geführt, konnte das Netz im ersten Halbjahr 2021 gut 78 Punkte hinzugewinnen und besetzt mit 64,25 Punkten derzeit Platz 11 der Tabelle. Die sprunghafte Verbes-

serung resultiert zum einen aus den Veränderungen in der Fahrzeugflotte: Auf den Strecken zwischen Ulm und Memmingen beziehungsweise Weißenhorn sind seit Ende des letzten Jahres Neufahrzeuge im Einsatz, auf der Mittelschwabenbahn Mindelheim – Günzburg wurden die bisher eingesetzten Fahrzeuge modernisiert. Zum anderen hat der Betreiber DB Regio sein Reinigungs- und Instandhaltungskonzept verändert.

Zugewinne von mehr als 30 Punkten verzeichnen zwei weitere Netze. Das Netz Werdenfels (plus 30,26 Punkte) konnte sich über mehrere Kriterien hinweg verbessern und rückt mit 92,39 Punkten auf Platz vier vor (Jahresranking 2020: 62,13 Punkte). Dem Netz Südhessen-Untermain (plus 33,83 Punkte) gelingt mit 82,88 Punkten der Sprung in die Top Ten (Jahresranking 2020: 49,05 Punkte).

Leichte Punktverluste, meistens im instabilen Bereich, gab es bei insgesamt neun Netzen. Das Netz Ammersee-Alt Mühlthal verliert 11,54 Punkte und reißt sich mit 55,27 Punkten im Mittelfeld der Tabelle ein (Jahresranking 2020: 66,81 Punkte). Das Netz Donau-Isar-Express muss 9,56 Punkte abgeben und fällt mit 29,16 Punkten ins letzte Drittel der Tabelle zurück (Jahresranking 2020: 38,72 Punkte). Das Netz Regio Allgäu-Schwaben landet nach Abgabe von 9,39 Punkten mit 5,60 Punkten auf dem letzten Platz der Tabelle, übertrifft damit aber immer noch die Mindestanforderungen der BEG.

Alle Netze konnten bei der Sauberkeit der Fahrzeuge punkten. Zurückführen lässt sich diese positive Entwicklung auf kontinuierlich optimierte Reinigungskonzepte, aber auch auf die Tatsache, dass während der Corona-Pandemie deutlich weniger Fahrgäste in den Regionalzügen unterwegs sind.

Im Rahmen ihres Messsystems zur Servicequalität beur-



Die anwesenden Vertreter der am Metropoldradweg beteiligten Gebietskörperschaften und Ämter stuften das Projekt als wichtige Lebensader für umweltfreundliche Fortbewegung ein. Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer (Bildmitte) unterstützt das Projekt.

Foto: Metropolregion Nürnberg

Nächster Schritt für Metropoldradweg

Unterstützung von Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer ist zentrales Puzzleteil für Ausbau des Radwegenetzes der Metropolregion Nürnberg

„Das ist der Durchbruch für die Machbarkeitsstudie zum Metropoldradweg Nürnberg-Bamberg und damit auch zu einem künftigen Radwegenetz der Metropolregion Nürnberg!“ Für den Ratsvorsitzenden der Metropolregion Nürnberg und Bamberger Landrat Johann Kalb ist die Inaussichtstellung von Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer, die umfassende Analyse dieser ersten musterhaften Realisierung mit bis zu 120.000 Euro (bzw. bis zu 80 Prozent) zu fördern, das „noch fehlende größte Puzzleteil“, um sich dem angestrebten Radwegenetz für die gesamte Metropolregion zu nähern. Ein weiteres bedeutendes Puzzleteil steuert die Siemens Healthineers AG bei, die die Studie mit 25.000 Euro unterstützen wird.

Bundesminister Scheuer: „So etwas gab es noch nie: über 60 Kilometer, auf denen wir die Wege entlang der Wasserstraße mit einem neuen Radweg verbinden. Ein gigantisches Projekt für Franken. Wir nutzen die vorhandene Infrastruktur entlang des Wassers und stärken damit den Radverkehr. Ich habe mich in dieser Legislatur dafür stark gemacht, dass solche Projekte überhaupt möglich werden können. Schon die dafür notwendige Machbarkeitsstudie wollen wir deshalb mit bis zu 80 Prozent Bundesmit-

teln fördern. Und wir wollen dann auch das Gesamtprojekt kräftig fördern mit Bundesmitteln. Das sind großartige Nachrichten für die gesamte Metropolregion: Der geplante Metropoldradweg von Nürnberg nach Bamberg wird den Radverkehr für die Menschen hier spürbar besser machen – im Alltag, auf dem Weg zur Arbeit und in der Freizeit.“

„Jetzt können wir endlich loslegen“, dankte Johann Kalb bei einem Ortstermin in Baiersdorf dem Minister und Siemens Healthineers AG für die großzü-

gige Unterstützung des Projektes sehr herzlich. Insgesamt sind drei Landkreise (Erlangen-Höchstadt, Forchheim, Bamberg), fünf Städte (Bamberg, Forchheim, Erlangen, Fürth, Nürnberg) und acht Gemeinden (Strullendorf, Hirschaid, Altendorf, Eggolsheim, Hallerndorf, Hausen, Baiersdorf, Möhrendorf) am Metropoldradweg beteiligt. Die anwesenden Vertreter der Gebietskörperschaften stuften das Projekt als wichtige Lebensader für umweltfreundliche Fortbewegung ein.

Nürnberg Oberbürgermeister Marcus König begrüßt die Machbarkeitsstudie und schließt sich dem Dank an den Bund an: „Ein Metropoldradweg zwischen Bamberg und Nürnberg bietet Autopendlern eine reizvolle Alternative. Die Möglichkeit, entlang des Kanals den Weg zur Arbeit auf einer ausgebauten Strecke zurückzulegen, ist ein neuer und wichtiger Anreiz, auf ein umweltfreundliches Verkehrsmittel umzusteigen. Zugleich bietet die attraktive Verbindung auch Freizeitradlern und Reiseralternativen die Möglichkeit, die Städte entlang der Route sehr viel bequemer zu besuchen und hier Station zu machen. Der Ausbau der Radinfrastruktur in der Metropolregion ist ein zentraler Baustein für die Mobilitätswende.“

Kritik aus dem LBO:

Eigenwirtschaftliche Busverkehre erhalten

Die Forderung des VCD, den ÖPNV in Bayern zur kommunalen Pflichtaufgabe für kreisfreie Städte und Landkreise zu machen, stößt beim LBO auf Unverständnis.

Die rund 1.000 privaten Verkehrsunternehmen sind im Flächenstaat Bayern die Garanten für ein funktionierendes Nahverkehrssystem mit Bussen. Eigenwirtschaftlich betriebene – und damit den Steuerzahler entlastende – Verkehre müssen erhalten werden.

Vor dem Hintergrund der Ergebnisse des ÖPNV-Erreichbarkeitsindex der Allianz pro Schiene forderte der Landesvorsitzende des Verkehrsclubs Deutschland e. V. (VCD), Dr. Christian Loos, den öffentlichen Nahverkehr zur Pflichtaufgabe zu machen. Dies stößt beim LBO und den rund 1.000 privaten Verkehrsunternehmen in Bayern auf scharfe Kritik. „Der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) ist in Planung, Organisation und Durchführung eine unternehmerische Aufgabe. Dieses im deutschen Personenbeförderungsgesetz (PBefG) verankert und seit Jahrzehnten bewährte Prinzip muss unbedingt erhalten und geschützt werden“, so der LBO. Es garantiere einen effizienten und bezahlbaren ÖPNV sowie eine in Europa einzigartige funktionierende mittelständische Unternehmensstruktur im ÖPNV.

Gerade das zwingend mit der Eigenwirtschaftlichkeit verbundene Unternehmertum sei es, das leistungsfähige und nutzerorientierte Verkehrsstrukturen sicherstelle, so LBO-Präsidentin Dr. Sandra Schnarrenberger.

Auch Verkehrsministerin Kerstin Schreyer betonte, dass das System in Bayern „gut bewährt“ sei: „Die Kommunen kennen die Bedürfnisse vor Ort und wissen

daher am besten, wie sie die ÖPNV-Angebote gestalten müssen.“

VDV begrüßt wichtige Stellschrauben

Der Verband Deutscher Verkehrsunternehmen VDV begrüßt das neue EU-Klimaschutzpaket „Fit for 55“. Darin macht die Europäische Kommission 13 Vorschläge, um das verschärfte EU-Klimaschutzziel bis 2030 zu erreichen. Auch der Verkehrssektor spielt dabei eine zentrale Rolle. Die Betreiber von Bus und Bahn, denen eine wichtige Funktion bei der Erreichung der Ziele im Verkehrssektor zukommt, könnten von den Vorschlägen profitieren.

Bei den Änderungsvorschlägen zu zwei zentralen Richtlinien im Gesetzespaket der EU-Kommission sehen der VDV und seine Mitgliedsunternehmen positive Ergebnisse für die Branche. Zum einen werden ÖPNV und Schiene im Rahmen der „Energiebesteuerungsrichtlinie“ als wichtige Dienste anerkannt. Damit können die Mitgliedstaaten auch weiterhin reduzierte Steuersätze bei der Energiebesteuerung anwenden. „Das ist mit Blick auf die Wettbewerbsfähigkeit der Schiene und mit Blick auf die künftigen Betriebskosten im ÖPNV ein entscheidender Punkt. Denn unsere Angebote werden nicht nur auf der Schiene, sondern auch beim Bus immer häufiger elektrisch betrieben. Eine reduzierte Besteuerung, etwa auf den Fahrstrom, ist daher unbedingt notwendig, um bei zunehmender Elektrifizierung der Branche weiterhin wirtschaftlich fahren zu können“, betonte VDV-Präsident Ingo Wortmann.

Eine zweite wichtige Entscheidung der Kommission findet sich aus Branchensicht in der „Richtlinie über den Aufbau der Infrastruktur für alternative Kraftstoffe“. Die Mitgliedstaaten sollen künftig den öffentlichen und nicht-öffentlichen Aufbau von ÖPNV-Infrastruktur für alternative Kraftstoffe – also zum Beispiel Ladeinfrastruktur für E-Busse auf den Betriebshöfen – mit in ihre nationalen Strategien aufnehmen.

Rechtssicherheit

Zudem bleibt die Definition von „alternativen Kraftstoffen“ im bisherigen Sinne nahezu erhalten. Dadurch wird Rechtssicherheit bei der Umsetzung der Clean Vehicles Richtlinie gewährleistet, die sich für ihre Definition eines „sauberen Busses“ auf die Liste der Technologien stützt. Bei bereits geplanten und getätigten Investitionen, etwa in entsprechende Fahrzeuge seitens der Verkehrsunternehmen, sind damit keine weiteren Anpassun-

gen nötig. Aus dieser bisherigen Richtlinie soll außerdem künftig eine Verordnung werden, die damit unmittelbar in den EU-Mitgliedsstaaten gilt und nicht erst in nationales Recht umgesetzt werden muss.

Wortmann zufolge „zeigt die EU-Kommission, dass sie mit diesen Vorschlägen und Verbesserungen erkannt hat, dass der Aufbau und die Investitionen in alternative Antriebe und in den Öffentlichen Verkehr insgesamt Schlüssel sind, um die europäischen Klimaschutzziele bis 2030 im Verkehrssektor zu erreichen. Nun müssen die einzelnen Initiativen schnellstmöglich von EU-Parlament und Ministerrat beschlossen werden, damit sie zeitnah umgesetzt werden können.“

Mit für den VDV erfreulichen Nachrichten wartet auch eine vom Deutschen Reiseverband veröffentlichte repräsentative Erhebung aus der „Reiseanalyse 2021“ auf. Danach steigt die Eisenbahn bei den beliebtesten Verkehrsmitteln in der Gunst der Deutschen in einem insgesamt im Jahr 2020 geschrumpften Markt: Im vergangenen Jahr stieg die Nutzung der Bahn als Verkehrsmittel für Urlaubsreisen ab fünf Tagen Dauer von sechs auf sieben Prozent, dem höchsten Wert seit dem Jahr 2000.

Ansteckungsrisiko nicht erhöht

Laut VDV-Vizepräsident Veit Salzmann „haben die Urlauberinnen und Urlauber auch 2020 auf die klimafreundliche Bahn als Verkehrsmittel gesetzt, sogar häufiger als vor Ausbruch der Pandemie. Das überrascht nicht: Nationale und internationale Studien belegten frühzeitig, dass es kein erhöhtes Ansteckungsrisiko in Bus und Bahn gibt. Die Schiene bindet zudem die vielen unterschiedlichen Reiseregionen in unserem Land – vom Allgäu über das Rheinland bis zur Ostsee – sehr gut an.“ Darüber hinaus gebe es starke Argumente dafür,

dass die klimafreundliche Bahn künftig gerade für Urlaubsziele in Deutschland noch häufiger das Verkehrsmittel der Wahl sein wird. „Die Bahnen übernehmen immer mehr innerdeutsche Verkehre, wo früher geflogen wurde, weil die Menschen klimafreundliche und bequeme Reiseoptionen aktiv suchen. Es gibt auch immer mehr Kooperationen zwischen Luftfahrt- und Bahnunternehmen, um die Menschen klimafreundlich per Zug zum Flughafen zu befördern.“ Während sich Reisen mit dem Flugzeug von 2019 zu 2020 Corona-bedingt beinahe fast halbiert haben (von 42 Prozent Anteil bei der Verkehrsmittelwahl 2019 auf 26 Prozent in 2020), ist der Pkw der klare Profiteur der Pandemie (43 auf 61 Prozent). Salzmann sieht hier mit der Rückkehr zur Normalität infolge geringer Inzidenzen und steigender Impfquoten großes Potenzial für den Bahnverkehr. „Die Bahnen – und natürlich auch der ÖPNV vor Ort am Urlaubsziel – sind der Schlüssel für das Erreichen der Klimaschutzziele im Verkehrssektor – und man spart sich die Rekordstaus auf den Straßen in Ferienzeiten.“

DK

Finanzschwache Kommunen:

BMU übernimmt die Gesamtkosten modellhafter Radverkehrs-Projekte

Das Bundesumweltministerium fördert modellhafte, investive Radverkehrsprojekte mit bundesweiter Strahlkraft. Im Zuge des Klimaschutz-Sofortprogrammes 2022 der Bundesregierung werden die verbesserten Förderbedingungen des Corona-Konjunkturpaketes beim „Klimaschutz durch Radverkehr“ bis Ende nächsten Jahres fortgeschrieben. Der neue Förderaufruf, der jetzt veröffentlicht wurde, sieht für Anträge, die bis 31. Dezember 2022 gestellt werden, eine Förderquote von bis zu 80 Prozent der zuzuschüssigen Gesamtausgaben vor. Finanzschwache Kommunen können in diesem Zeitraum eine Vollfinanzierung beantragen.

Weitere Informationen sind unter <https://www.klimaschutz.de/radverkehr> verfügbar.

E-Bike-Ladestationen

LEW bietet drei Varianten, um den Akku wieder aufzutanken:

- E-Bike-Ladestation, die Outdoorlösung als Fahrradständer
- Akku-Ladestation, die kompakte Servicelösung für E-Bike-Akkus, Handys und Tablets
- DC-Akku-Ladestation, die Komfortlösung, auftanken auch ohne Mitnahme des Ladegerätes

Mehr erfahren unter Telefon 0821/328-4777 oder [lew.de/e-bike-ladeloesungen](https://www.lew.de/e-bike-ladeloesungen)

Die LEW-Gruppe – Ihr Partner für intelligente Energie

Sachverständigenfortbildung von GAB und BVS:

Bodenschutz und Altlasten

In Kooperation mit dem Bayerischen Landesamt für Umwelt (LfU) sowie dem Ingenieurtechnischen Verband für Altlastenmanagement und Flächenrecycling e. V. (ITVA), Regionalgruppe Bayern, veranstaltete die GAB gemeinsam mit der Bayerischen Verwaltungsschule (BVS) auch in diesem Jahr eine Fortbildung für Sachverständige. Das Online-Seminar informierte die Teilnehmer über neue Entwicklungen aus den Fachbehörden und half ihnen, durch Fallbeispiele aus der Praxis ihre Kenntnisse auszubauen.

Im Mittelpunkt der Veranstaltung standen unter anderem Themen aus Randbereichen der Altlastenbearbeitung im Sachgebiet „Sanierung“ sowie Themen aus dem Sachgebiet „Historische Erkundung“ und Praxisbeispiele. Zudem wurde über Aktuelles und Neuerungen in Bezug auf die Themen Sachverständigen- und Untersuchungsstellen-Verordnung (VSU) und Mantelverordnung berichtet.

Mit der Bodenkundlichen Baubegleitung befasste sich Friedhelm Vieten vom Landesamt für Umwelt in Hof. Vieten zufolge geht es beim begleitenden Bodenschutz um die Minimierung der Verluste der gesetzlich geschützten Bodenfunktionen im Rahmen von Baumaßnahmen. Bauzeitlich in Anspruch genommene Böden und Bodenmaterialien sollen nach Bauabschluss wieder ihre natürlichen Bodenfunktionen erfüllen, insbesondere für Flächen mit Folgenutzungen wie Forst- und Landwirtschaft sowie Gartenbau.

Nach DIN 19639 erfolge dabei der Schutz des Bodens durch das Bodenschutzkonzept und bodenkundliche Baubegleitung in den Phasen der Planung, Projektierung, Ausschreibung und Ausführung inkl. Zwischenbewirtschaftung. Dabei bestünden die Aufgaben des bodenkundlichen Baubegleiters z. B. in der Ausführungsphase darin, die Fachbauleitung im Bereich Boden zu übernehmen, fachliches Bindeglied zwischen Behörde und Bauherr zu sein, die am Bau Beteiligten über erforderliche Maßnahmen des Bodenschutzes zu informieren, die Umsetzung des Bodenschutz-(management)-Konzepts zu begleiten und die gesamte Dokumentation zu übernehmen.

Über Herausforderungen, Möglichkeiten und Grenzen der Bodenwaschanlage Biburg im Hinblick auf aktuelle bayerische Bodensanierungsvorhaben berichtete Norbert Frischen, Umweltzentrum Kedenburg, Entsorgungszentrum Biburg. Bei der Bodenwäsche in Biburg könnten aus belasteten Böden sowohl Feststoffbelastungen aus Sand und Kies durch Separation des Schlammkorns in den Filterkuchen als

auch lösliche Schadstoffe durch Auswaschen in das Prozesswasser und die anschließende umfangreiche Prozesswasserreinigung deutlich reduziert werden, informierte Frischen.

Böden könnten mit unterschiedlichen organischen und anorganischen Belastungen gereinigt werden. Vor der Wäsche von bisher nicht behandelten Kontaminationen seien zur Identifikation der am besten geeigneten Waschhilfsmittel Laborversuche erforderlich. Derzeit würden u. a. sehr intensiv Waschversuche von Böden mit PFC-Kontaminationen und PCB-Belastungen durchgeführt. Durch die künftig weiter steigenden Preise bei der Deposition werde die Bodenwäsche für immer mehr belastete Böden wirtschaftlich relevant, prognostizierte Frischen.

LfU-Arbeitshilfe

Dr. Jürgen Kisskalt, LGA Institut für Umweltgeologie und Altlasten GmbH, Nürnberg, stellte die Arbeitshilfe des Bayerischen Landesamtes für Umwelt – Rückbau schadstoffbelasteter Bausubstanz vor. Laut Kisskalt hat sich in den vergangenen Jahren ein größeres Problembewusstsein hinsichtlich Entsorgung/Materialtrennung entwickelt, zudem ist ein besserer Arbeitsschutz vorhanden und auch der Rückbau wird immer öfter als Planungsaufgabe verstanden.

Dennoch sehe er erhebliche Verbesserungsmöglichkeiten darin, dass die Bauherrenverantwortung deutlicher werden müsse (z. B. Diskussion „Erkundungspflicht“), die Verbreitung und Kenntnisse der Regelwerke zu stärken sei, die Anwendung von Sanierungs-/Rückbau- und Entsorgungskonzepten als Standard auch als Behördenforderung gelten solle sowie systematisches, vergleichbares, vernünftig bezahltes Vorgehen bei der Schadstofferkennung und einheitlicher Bewertung wichtig sei.

Dr. Klaus Maslowski vom Wasserwirtschaftsamt Aschaffenburg schilderte im Anschluss Erfahrungen mit Historischen Erkundungen (HE). Zunächst hob er die Wichtigkeit einer gut durchge-

föhrten HE hervor. Sie sei die Basis für alle nachfolgenden Überlegungen, Planungen und Schritte, bringe den Bearbeitern der anschließenden Orientierenden Untersuchung (OU) eine erhebliche Zeitersparnis und bedeute für die OU eine große Kostenersparnis. Oft, so Maslowski, würden die HES nach seiner Erfahrung nur vom Schreibtisch aus erstellt werden. Deshalb fehlten dann Recherchen in Archiven, Ortsbegehungen, Befragungen von Zeitzeugen, Standortdaten und Informationen zur Geologie sowie Vorschläge für das weitere Vorgehen. Gerade z. B. für den Arbeitsschutz könnten die HES wichtige Erkenntnisse für die Vorgaben des Arbeits-, Sicherheits- und Gesundheitsschutz-Plans (SiGe-Plan) in der OU liefern.

Geodaten im Blick

Einen ausführlichen Überblick über das Angebot von Geodaten und deren Weiterverarbeitung gaben die Referenten Monika Primus, LfU Hof, und Thomas Struller, LGA Institut für Umweltgeologie und Altlasten GmbH, Nürnberg. Mit Blick auf den Geo-

Nachhaltiges Recycling:

EEW und Grüner Punkt entwickeln innovatives Verfahren

Die EEW Energy from Waste GmbH (EEW) und die DSD – Duales System Holding GmbH & Co. KG haben die Gründung eines Gemeinschaftsunternehmens (Joint Venture) vereinbart. Beide Unternehmen wollen gemeinsam ein Verfahren zur Aufbereitung von Mischkunststoffen und Sortierresten unter anderem aus dem dualen System entwickeln. Ziel ist, in großem Umfang Kunststoffabfälle für chemisches Recycling zu gewinnen, die bislang aus technischen oder wirtschaftlichen Gründen noch nicht wiederverwertet werden können.

Die Partner wollen bis Jahresende 2021 ein technisch und wirtschaftlich tragfähiges Verfahren entwickeln, um in einer gemeinsam zu errichtenden und zu betreibenden Anlage jährlich 200.000 Tonnen Kunststoffabfälle aufbereiten zu können. Die Eingangsmaterialien sollen aus Abfallströmen von DSD und EEW gewonnen werden.

Für das geplante Aufbereitungsverfahren kommen z. B. flächige Mischkunststoffe aus der Wertstofftonne oder dem Gelben Sack bzw. der Gelben Tonne, kunststoffhaltige Sortierreste aus der Sortierung von Leichtverpackungen aus dem dualen System und Aufbereitungsreste der beiden Kunststoffrecyclinganlagen des Grünen Punkts in Frage. EEW wird aus dem Hausmüll vor der energie-

datenbestand des Bayerischen Landesamts für Umwelt wies Monika Primus darauf hin, dass es im LfU Basisdaten u. a. zu Geotopografie, Höhendaten, Luftbilder, Katasterdaten, Verwaltungsgrenzen und Historische Karten gebe. Zum Fachbestand des LfU gehörten Daten im Bereich Wasser, Geowissenschaften, Natur und weiteren Fachbereichen wie Altlasten.

Thomas Struller schilderte die Thematik aus Sicht eines Sachverständigen. Aus seiner Sicht sind die Daten der Kunden oft unzureichend, selten seien digital weiter verarbeitbare Informationen vorhanden und es gebe keine verlässlichen Daten für die Angebotsabgabe oder Projektbeginn. So müssten als Vorleistung zugängliche Informationen (Geodaten) zusammengestellt werden. Für die weitere Bearbeitung seien GIS-Systeme wie z. B. die Open Source Software QGIS sehr hilfreich.

Struller wünscht sich für die Zukunft, dass die Sachverständigen unter anderem weitreichenden Zugriff auf die Geodaten der Wasserwirtschaft (z.B. Bohrprofile, Analyseergebnisse) bekommen und es ein offenes „Datenformat“ oder Datenbankformat gibt, mit dem jede CAD- oder GIS-Software arbeiten kann. **DK**

tischen Verwertung in seinen Anlagen darin enthaltene Kunststoffabfälle aussortieren und diese Mengen damit einem chemischen Recycling erschließen.

In einem weiteren Schritt wird ein Dienstleister die von den Kooperationspartnern EEW und DSD aufbereiteten Kunststoffabfälle chemisch recyceln. Dabei kommt das Verfahren der sog. Verölung beispielsweise mittels Pyrolyse zum Einsatz. Das gewonnene Pyrolyseöl wird das Joint Venture als Grundstoff für die Produktion hochreiner und lebensmitteltauglicher Kunststoffe für die Produktion von Verpackungen etwa an Markenartikelhersteller vermarktet. Die Hersteller könnten damit auf einen Rohstoff zugreifen, der nachweislich aus Post-Consumer-Abfall gewonnen wird. **DK**

EU Green Deal:

Klimaschutz durch Kreislaufwirtschaft

Der Verband der Bayerischen Entsorgungsunternehmen e. V. (VBS) hielt unter Einhaltung der Hygieneregeln seine traditionellen Regionsversammlungen ab. Ein Schwerpunkt war in diesem Jahr der Green Deal der Europäischen Union. Der VBS fordert für die Zeit nach der Bundestagswahl einen neuen Staatsminister im Bundeskanzleramt zur Umsetzung des Green Deal auf nationaler Ebene.

Bei dem „Green Deal“ handelt es sich um das Herzstück der legislativen Agenda der EU-Kommission für die kommenden Jahre. Der Plan hat das Potenzial, eine neue Ära des Wirtschaftens in Europa einzuläuten - innovativer, ressourceneffizienter, kreislaforientierter und wettbewerbsfähiger. Der VBS begrüßt den „Green Deal“ als Basis für eine ökologische Modernisierung Europas. Besonders wichtig ist dabei der Aktionsplan für Kreislaufwirtschaft als zentraler Baustein zur Umsetzung des „Green Deal“.

VBS-Präsident Otto Heinz: „Um Treibhausgas-Emissionen effektiv und nachhaltig einzusparen, bedarf es eines entschlossenen, sektorübergreifenden Ansatzes. Die großen Emissionseinsparungspotenziale können nur durch eine Modernisierung unserer Wirtschaft realisiert werden. Die EU-

Kommission hat dies erfreulicherweise erkannt.“

Wichtig sind aus Sicht des VBS insbesondere produktbezogene Mindesteinsatzquoten für Rezyklate und klare gesetzliche Vorgaben zum „Design for Recycling“ künftiger Produkte. Die Versammlungen befassten sich mit folgenden weiteren Themen: Aktuelles aus dem Systemgeschäft, Öffentlichkeitsarbeit im Wahljahr 2021, AvaL-Schnittstelle, GWB-Novelle und Erfahrungsaustausch der Teilnehmer zur Corona-Pandemie.

In diesem Jahr standen satzungsgemäß Regionssprecherwahlen auf der Tagesordnung. In ihren Ämtern bestätigt wurden die Sprecher der Regionen München/Oberbayern (Andreas Janka), Niederbayern/Oberpfalz (Dieter Pöppel), Schwaben (Peter Weißenhorn) und Franken (Rudi Ernst). **□**

Tagungshinweis:

Klima und Hochwasser

Schlussfolgerungen für die Wasserwirtschaft

Klima und Hochwasser sind die bestimmenden Themen des HochwasserTags der Deutschen Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e. V. (DWA), der am 11. November 2021 in Hildesheim und damit erstmals in Niedersachsen stattfindet. Es ist auch möglich, online an der Veranstaltung teilzunehmen.

Der Klimawandel beeinflusst wasserwirtschaftliche Planungen. Die Tagung geht der Frage nach, welche Schlussfolgerungen für die Wasserwirtschaft aus den Forschungsergebnissen zum Klima zu ziehen sind. Ein weiterer Schwerpunkt der Veranstaltung befasst sich mit der Integration von Hochwasser- und Flussgebietsmanagement. Es werden Beispiele aus der Praxis, wasserwirtschaftliche und wissenschaftliche Arbeiten zum Thema vorgestellt. Die Erfahrungen aus Niedersachsen bei der Umsetzung der Hochwasserrisikomanagementrichtlinie (HWRMRL) bilden einen weiteren Hauptpunkt der Veranstaltung. Teil des HochwasserTags ist zudem eine virtuelle Ausstellung zum Thema Hochwasser: <https://de.dwa.de/de/hochwassertag.html>.

Der HochwasserTag findet im Novotel Hildesheim, Bahnhofsallee 38, 31134 Hildesheim, statt. Kooperationspartner sind der Niedersächsische Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz, das Institut für Hydrologie, Wasserwirtschaft und Gewässerschutz der Technischen Universität Braunschweig und der DWA-Landesverband Nord.

Mit der Veranstaltung sollen Fachleute angesprochen werden, die mit dem Thema Hochwasser betraut sind, aber auch Betroffene, Risikobewerter, Katastrophenschützer und Studierende. Die Teilnahmegebühr beträgt 430 Euro, DWA-Mitglieder zahlen 360 Euro. Programm: HochwasserTag. **□**

Ganz Bayern – bei Ihnen zuhause.

www.tvbayernlive.de

TV BAYERN

LIVE

✱

IHR LOKALER NACHRICHTEN-SENDER

Samstag, 17.45 Uhr auf RTL und per Satellit auf RTL FS

Sonntag, 17.00 Uhr bei Augsburg TV & allen Regionalprogrammen in Bayern

Alle Sendungen in der TV Now Mediathek

SPORT

KULTUR

POLITIK

WETTER

LOKALE NACHRICHTEN

GESELLSCHAFT

WIRTSCHAFT

Umweltminister Glauber:

Maßnahmen für mehr Artenvielfalt

Der Freistaat setzt insgesamt mehr als sechs Millionen Euro aus EU-Fördermitteln für die Umsetzung des Blühpakts Bayern und zur besseren Besucherlenkung in Schutzgebieten ein. Bayerns Umweltminister Thorsten Glauber wertete die Förderzusage der EU als großen Erfolg für die Naturschutzpolitik in Bayern.

„Mit den neuen Maßnahmen unterstützen wir die Kommunen bei der Neugestaltung ökologisch wertvoller Blühflächen. Wir wollen alle passenden Flächen für mehr Artenvielfalt in Bayern nutzen. Außerdem stärken wir unsere wertvollen Schutzgebiete“, so Glauber. Die Natur sei während der Corona-Pandemie ein wahrer Tourismusmagnet geworden. „Wir wollen für die Menschen nachhaltige Naturerlebnisse in Bayern ermöglichen und gleichzeitig in die Besucherlenkung investieren. Dafür setzen wir bis zu 30 zusätzliche Schutzgebietsbetreuerinnen und -betreuer in Naturerlebnis-Hot Spots ein.“

Einsatzgebiete sind in den Nationalparks Bayerischer Wald und Berchtesgaden, im Biosphärenreservat Rhön, in der Biosphärenregion Berchtesgadener Land und dem Nationalen Naturmonument Weltenburger Enge. Die Tätigkeit umfasst Führungen und Informationsveranstaltungen vor Ort bis hin zu digitaler Besucherlenkung. So werden den Besuchern nachhaltige Naturerlebnisse geboten, die gleichzeitig das Natur- und Umweltbewusstsein stärken. Die neuen Mittel verstärken die bereits laufenden Maßnahmen des Umweltministeriums zur Besucherlenkung. „Unser Ziel ist, die Besucherlenkung in den Naturerlebnis-Schwerpunkten in ganz Bayern weiter auszubauen. Dazu entwickeln wir einen Naturerlebnis-Baukasten“, erläuterte der Minister.

Im Rahmen des Blühpakts Bayern werden die EU-Fördermittel für ein neues Projekt zur Gewinnung von mehr Blühflächen für mehr Artenvielfalt in Bayern eingesetzt: Dazu werden an den bayerischen Bezirksregierungen Blühpaketberater eingestellt. Schwerpunkt der Aufgaben ist die Beratung und Begleitung der Kommunen bei der naturnahen Flächengestaltung.

Wertvolle Moorflächen erhalten

Mit Blick auf die Renaturierung und Erhaltung der wertvollen Moorflächen im Königsauer Moos hat Thorsten Glauber dem Landkreis Dingolfing-Landau als Träger des Projekts einen Förderbescheid über 3,1 Millionen Euro für den Kauf von Moorflächen überreicht. Glauber zufolge sind Moore faszinierende Naturräume und einzigartige Ökosysteme. Intakte Moore sind CO₂-Tresore und damit für den Klimaschutz unverzichtbar. Der Grundstückskauf im Königsauer Moos ist ein wichtiger Meilenstein für den Moorschutz in Bayern. In enger Zusammenarbeit sei es dem Landkreis Dingolfing-Landau und den Moor-Projektstellen bei der Regierung von Niederbayern gelungen, eine Fläche von insgesamt 30 Hektar Größe zu erwerben.

Ziele des Projekts sind die Wiedervernässung des Moores, um damit einen wichtigen Bei-

trag zum Klimaschutz zu leisten, sowie die Schaffung und der Erhalt blütenreicher Feuchtwiesen gemeinsam mit den Landwirten. Das Bayerische Umweltministerium fördert den Ankauf der Grundstücke in Höhe von 90 Prozent. Bisher umfasst der Bestand an landkreiseigenen Flächen in dem Gebiet 177 Hektar.

Das Königsauer Moos ist Teil des Niedermoorgürtels im Unteren Isartal, der mit rund 13.000 Hektar zu den größten Niedermoorkomplexen in Bayern zählt. Es handelt sich dabei um einen zentralen Bestandteil des Natura 2000-Gebiets „Wiesenbrückergebiete im Unteren Isartal“. Insbesondere für den Großen Brachvogel ist das Königsauer Moos ein sehr bedeutendes Brutgebiet. Auch für zahlreiche andere seltene Tier- und Pflanzenarten, etwa den Dunklen Wiesenknopf-Ameisenbläuling oder die Mehrlinse, stellt das Königsauer Moos einen wichtigen Lebensraum dar.

Neues Rekordergebnis

Wie das Bayerische Umweltministerium außerdem mitteilte, endete der diesjährige Antragszeitraum im Bayerischen Vertragsnaturschutzprogramm Wald mit einem neuen Rekordergebnis. Erstmals stellten Waldbesitzer Anträge mit einem finanziellen Volumen von mehr als 10 Millionen Euro – eine Steigerung von weiteren zwei Millionen Euro gegenüber dem Vorjahr.

Minister Glauber zufolge ist kooperativer Naturschutz im Wald genauso wie im Offenland ein Erfolgsmodell. Waldbesitzer schafften und erhielten in der Waldbewirtschaftung viel-

Studie des WWF Deutschland:

Die Verpackungswende ist möglich

Eine kreislauffähige und nachhaltigere Verpackungswirtschaft ist in Reichweite, wenn alle Hebel umgesetzt und ein Systemwandel eingeleitet werden. Das ist das Ergebnis der WWF-Studie „Verpackungswende - jetzt!“

Laut WWF wird Deutschland oft als Paradebeispiel für Kreislaufwirtschaft herangezogen. Tatsächlich sei die Erfassungs- und Recyclingquote hoch. Außerdem existiere ein ausgeklügeltes Pfandsystem für Flaschen. Zumindest im internationalen Vergleich gelte Deutschland somit zu Recht als Vorbild. Allerdings zeigt die Analyse, dass viel Potenzial für eine echte Kreislaufwirtschaft im Bereich Verpackungen ungenutzt bleibt.

Vielfältige Ansätze

„Für die Lösung unserer Verpackungswende gibt es kein Patentrezept, jedoch eine Vielfalt von Ansätzen, die parallel umgesetzt werden müssen. Eine enge Zusammenarbeit zwischen Verbrauchern, Industrie und Politik ist dabei der Schlüssel“, betont der WWF Deutschland. Um von der Wegwerfgesellschaft zur Kreislaufwirtschaft zu gelangen, hat die Studie sieben zentrale Maßnahmen formuliert, mit denen die Verpackungswende hin zu einem Kreislaufsystem gelingen kann. Die Analyse zeigt, dass Deutschland bis 2040 das Gesamtabfallvolumen um 40 Prozent, den Verbrauch von Neuplastik um über 60 Prozent und die Verbrennung von Abfällen zur Energiegewinnung um über 70 Prozent reduzieren kann. Dies wäre ein wirksamer Baustein für den Klimaschutz: 68 Millionen Tonnen Treibhausgas könnten so bis 2040 eingespart werden.

Maßnahme 1 – Unnötige Verpa-

ckungen vermeiden und Verpackungen minimieren: Allein durch diese Maßnahmen könnten Kunststoffabfälle bis 2040 um acht Prozent reduziert werden. Einheitliche Standards und Richtlinien für Kunststoffverpackungen sind dabei wichtige Voraussetzungen für die Realisierung dieser Maßnahme.

Maßnahme 2 – Mehr Mehrwegsysteme: Nicht nur in Supermärkten könnte der Anteil an Mehrwegverpackungen noch erheblich ausgeweitet werden, auch für Transportverpackungen gibt es inzwischen gute Mehrwegkonzepte. Zur Umsetzung dieser Maßnahme kann auch ein Rückgaberecht für Pfandflaschen beitragen. Für Obst und Gemüse gibt es bereits pflanzliche und sogar essbare Beschichtungen, die aus organischen Abfällen bestehen. So kann die Lebensdauer von Obst und Gemüse erhöht und Müll vermieden werden. Durch Mehrwegsysteme und Müllvermeidung könnten Kunststoffabfälle bis 2040 um bis zu 23 Prozent reduziert werden.

Maßnahme 3 – Schlecht recycelbare Materialien ersetzen: Plastik ist nicht gleich Plastik. Manche Kunststoffe können besser, andere schlechter wiederverwertet werden. Schätzungsweise neun Prozent der Einwegkunststoffe könnten durch Materialien ersetzt werden, die einen besseren ökologischen Fußabdruck haben und leichter recycelbar sind. Wo Einwegverpackungen unverzichtbar sind, kann Plastik zum Teil durch

Papier oder biobasierte Materialien ersetzt werden.

Maßnahme 4 – Verbundmaterialien abschaffen, Recyclingquote erhöhen: Ob Folien, Chips-tüten oder Mozzarella: Viele Verpackungen bestehen aus mehreren Schichten verschiedener Materialien, die sich nicht oder nur schlecht voneinander trennen lassen. Zum Recycling muss der Kunststoff aber möglichst sortenrein sein. Laut Verpackungsgesetz soll die Recyclingquote im Jahr 2022 bei 68 Prozent liegen. Zurzeit werden aber nur 20 Prozent im besonders nachhaltigen, geschlossenen Kreislaufverfahren (Closed-Loop-Verfahren) recycelt. Zehn Prozent werden im sogenannten Open-Loop-Verfahren recycelt, bei dem der recycelte Kunststoff minderwertiger ist und kaum mehr weiterverwertet werden kann. Er wird „downgecycelt“.

Maßnahme 5 – Bessere Trennung und Sortierung: Gelber Sack oder orange Wertstofftonne? Noch immer gibt es keinen bundesweit einheitlichen Standard für das Sammeln und Sortieren von Verpackungsmüll. Das kann zu Verwirrung führen. Eine nationale Standardisierung mit klaren Anweisungen und einer langfristigen begleitenden Kampagne würde Verbrauchern den kreislauffähigeren Umgang mit ihrem Kunststoffmüll erleichtern und die Recyclingrate erhöhen. Beim Closed-Loop Verfahren könnte die Recycling-Menge so um 22 Prozent und beim Open-Loop-Verfahren um sechs Prozent verbessert werden.

Maßnahme 6 – Neue Vorschriften und Technologien für le-



In Kooperation mit der Sana Kliniken AG
www.gemeindezeitung.de/ABC

ABC des kommunalen Gesundheitswesens:

Auf dem Weg zum „Smart Hospital“

Verbesserung der Patientenversorgung und die Erhöhung der Patientensicherheit dank digitaler Lösungen im Krankenhausalltag

Spätestens seit Inkrafttreten des Krankenhaus-zukunftsgesetzes (KHZG) Oktober 2020 ist klar, dass die Digitalisierung im deutschen Gesundheitswesen im vollen Gange ist. Und das ist gut so, bedenkt man, dass der Nachholbedarf enorm ist und darüber hinaus auch die breitere Gesellschaft Forderungen in diese Richtung stellt.

Aus diesen politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen erwachsen nun Anforderungen an die Betreiber von Krankenhäusern, die einen eklatanten Aufholbedarf in Sachen Digitalisierung aufweisen. Wohl dem, der sich frühzeitig mit dem Themenkomplex befasst und entsprechende Strukturen bereits geschaffen hat. Einige positive Beispiele sind das Universitätsklinikum Essen, das Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf, aber auch die Sana Kliniken, die sich proaktiv mit Fragen wie der Prozesssteuerung durch Echtzeitdaten, App-basierten klinischen Anwendungen, vernetzten Geräten und Biosensoren sowie dem Einsatz von künstlicher Intelligenz und vielen weiteren Technologien befassen.

Effiziente Prozesse und optimierter Ressourceneinsatz

Dass einige dieser Themen längst keine Zukunftsvision, sondern vielmehr gelebter Alltag sind, sollen einige Projektbeispiele der Sana Kliniken AG zeigen.

Exemplarisch ist hier das bei der Sana im Einsatz befindliche Lösungsportfolio des Schweizer Unternehmens imito AG, bei dem es vorrangig um mobile Lösungen zur Wunddokumentation geht. Mit imitoWound erfolgt das Erstellen von Wundbildern mit automatischer Vermessung der Wundfläche und integrierten Formu-

ren zur Dokumentation ganz einfach per Smartphone-App. Das spart Zeit und verbessert zudem die Dokumentations- und Versorgungsqualität.

Für ebenso effiziente Prozesse und einen optimierten Ressourceneinsatz im Klinikalltag sorgt in sämtlichen Sana Kliniken in Nordrhein-Westfalen die modular aufgebaute offene IoT-Plattform von simplinic. Dort werden Medizingüter wie Krankenhausbetten, mobile Medizingeräte oder auch Hilfsmittel mittels Bluetooth-Low-Energy in Echtzeit raumgenau lokalisiert, ausgelesen und über die digitale Plattform in einem Dashboard aggregiert angezeigt – um in der Folge Prozesse faktenbasiert in Echtzeit zu steuern.

Ein weiteres Beispiel ist die Patienten-App „MeineSana“, die bereits in mehreren Sana Kliniken angeboten wird. Sie begleitet Patientinnen und Patienten vor, während und nach ihrer Behandlung zielgerichtet mit den richtigen Informationen zum richtigen Zeitpunkt. Über die App erhalten Patienten unter anderem Tipps zur Vorbereitung für den Krankenhausaufenthalt, werden während der Behandlungszeit an Termine erinnert oder erhalten Informationen über Ihre Erkrankung.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass wenngleich viele digitale Bausteine in deutschen Krankenhäusern bestehen, es trotzdem bereits heute möglich ist, durch disruptive digitale Lösungen Verbesserungen für das Personal, die Patienten und den Betrieb zu erzielen. Klar ist aber auch, dass dies nicht auf einen Schlag geschehen kann, sondern trägerunabhängig ein langfristiger Prozess ist, der neben technischen auch viele kulturelle, organisatorische, und finanzielle Herausforderungen bereithält. Der Weg ist noch weit, aber die Richtung stimmt – und das KHZG kann als Stütze dienen. □

fältige Biotopbaum-, Totholz- und Lichtwaldstrukturen. Damit leisteten sie einen unverzichtbaren Beitrag für die Artenvielfalt und die Nachhaltigkeit von Wäldern. „Unser gemeinsames Ziel ist es, den Vertragsnaturschutz im Privat- und Kommunalwald auf sechs Prozent der Fläche auszuweiten. Dann wären rund 100.000 Hektar vom kooperativen Naturschutz umfasst. Das diesjährige Rekordergebnis bringt uns diesem Ziel ein großes Stück näher.“ Aktuell werden bayernweit bereits rund

drei Prozent der Flächen im Privat- und Körperschaftswald entsprechend bewirtschaftet.

Höhere Fördersätze

Nachdem die Förderrichtlinie wesentlich erweitert und viele Prämien neu kalkuliert wurden, profitieren die Waldbesitzer seit diesem Jahr von höheren Fördersätzen sowie beispielsweise neu eingeführten Maßnahmen für Altholzinseln. Profiteure der Maßnahmen sind insbesondere Tierarten wie Spechte oder Fle-

dermäuse, die wie rund ein Drittel aller im Wald lebenden Pflanzen-, Pilz- und Tierarten Totholz zum Überleben braucht.

Das Vertragsnaturschutzprogramm Wald honoriert freiwillige Leistungen von privaten oder körperschaftlichen Waldbesitzern, die Naturschutzziele, wie beispielsweise die Erhaltung von strukturreichen Biotopbäumen, vielfältigem Totholz und Altholzinseln oder die Fortführung der Nieder- oder Mittelwaldnutzung in die Bewirtschaftung ihrer Flächen integrieren. **DK**

bensmitteltaugliche Kunststoff: Nicht alle recycelten Kunststoffe – sogenannte Rezyklate – sind für die Verpackung von Lebensmitteln geeignet. Rezyklate mit Lebensmittelkontakt müssen besondere Gesundheits- und Sicherheitsanforderungen erfüllen. Würden Kunststoffarten außerdem separat gesammelt, könnten sie deutlich hochwertiger recycelt werden. Auch chemisches Recycling, bei dem ein Produkt in seine chemischen Grundbausteine zersetzt wird, kann als ergänzende Lösung hier sinnvoll sein.

Maßnahme 7 – Recyclingmärkte fördern: Damit mehr Verpackungen aus Rezyklaten hergestellt werden können, muss es dafür ökonomische Anreize geben. Hier können einheitliche Standards helfen, die zum Beispiel die Qualität von Rezyklaten festlegen. Auch können wirtschaftliche Anreize geschaffen werden, um die Nachfrage nach Rezyklaten zu fördern.

VKU sieht sich bestätigt

Die Studie des WWF Deutschland bestätigt nach Auffassung von VKU-Vizepräsident Patrick Hasenkamp wieder einmal die Positionierung seines Verbandes. Hasenkamp zufolge ist ein Systemwandel hin zu einer wirksamen Abfallvermeidung, zu einer Ausschöpfung von Wieder-

verwendungsmöglichkeiten zum Beispiel über Mehrwegsysteme und zu einer ressourceneffizienten Verwertung, so wie sie die Konsumenten verstehen, gerade auch für Kunststoffe und Kunststoffverpackungen dringend erforderlich.

Für kreislauffähige Mehrwegsysteme

„Denn trotz der vielen Forderungen auch von Seiten unseres Verbandes hat sich an den viel zu geringen Verwertungsquoten zu Kunststoffverpackungen und am hohen Anteil der Verbrennung von Plastikmüll bislang nicht viel verändert. Es wird nach wie vor viel zu wenig wiederverwendet und verwertet: Ein Anteil von 48 Prozent Recycling - wie in der Studie ermittelt - ist für den Ressourcenschutz und im Hinblick auf die Vermittelbarkeit gegenüber den Konsumenten natürlich nicht verantwortbar. Kreislauffähige Mehrwegsysteme müssen endlich in allen Verpackungsbereichen für den Konsum realisiert werden“, machte der Vizepräsident deutlich.

Die Qualität des verwendeten Kunststoffs sei zudem immer minderwertiger geworden – ein echtes Ärgernis, werde es doch in der Praxis zunehmend schwieriger, diese Materialien zu recyceln. Wiederholt habe der Verband kommunaler Unternehmen auf die zunehmen-

de Komplexität zu Kunststoffverpackungen und die daraus resultierenden Probleme bei der Verwertung hingewiesen, so Hasenkamp. Es sei zwingend erforderlich, „sinnhafte Monostoffverpackungen zu entwickeln, Mehrschichtverpackungen vom Markt zu nehmen und selbst die Farbwahl der verwendeten Kunststoffe im Sinne der Erkennbarkeit bei unseren technischen Sortier- und Verwertungsmöglichkeiten zu berücksichtigen“. Ergänzend seien sinnvolle Mindesteinsatzquoten für Rezyklate für Verpackungen zwingend vorzugeben.

Klare politische Vorgaben sind unumgänglich

„Wir können es uns schlicht nicht länger leisten, wertvolle Ressourcen im Umgang mit Kunststoffverpackungen zu verschwenden. Vermeidung, Wiederverwendung und Recycling aller Materialien – dies sind die Kernforderungen unseres Verbandes seit langem“, unterstrich der Vizechef. „Dafür brauchen wir klare Vorgaben von Seiten der Politik und können uns nicht mehr nur auf die Selbstverpflichtung einzelner Unternehmen verlassen. Gern unterstützt der VKU daher die Forderungen des WWF hin zu einem grundlegenden Systemwechsel für unsere Verpackungen aus Kunststoffen.“ **DK**

Umweltminister und BN-Landesvorstand besuchen Grünes Band Bayern-Tschechien:

Grünes Band als einzigartiges Natur- und Kulturerbe erhalten

Erfreuliche Nachricht für das Grüne Band: Der länderübergreifende Biotopverbund soll durch den Ankauf einer vier Hektar großen Fläche nahe des Nationalparks Bayerischer Wald gestärkt werden. Bei einem Besuch von Umweltminister Glauber wirbt der Bund Naturschutz dafür, das Grüne Band als UNESCO-Welterbestätte vorzuschlagen.

Seit knapp zwei Jahren läuft das Projekt „Quervernetzung Grünes Band“ im Vernetzungsgebiet Innerer Bayerischer Wald unter Federführung des BUND Bayern mit seinem international tätigen Fachbereich Grünes Band. Umweltminister Thorsten Glauber besuchte eine der Projektflächen: „Mit der Vernetzung des Grünen Bandes mit dem ‚Lichtwald Finsterauer Reuten‘ stärken wir die biologische Vielfalt in der gesamten Region. Damit wird ein wichtiger Beitrag zum Biotopverbund geleistet. Der Bayerische Naturschutzfonds unterstützt das Gesamtprojekt mit rund 415.000 Euro.“

Für Natur und Region

Zusammen mit der Erweiterung des Nationalparks zum größten Wald-Nationalpark Deutschlands entsteht hier ein großer Mehrwert für die Natur und die Region. Naturnahe, ökologisch gesunde Wälder sind heute nötiger denn je: für die Artenvielfalt, als Kohlenstoffspeicher im Klimawandel und als wertvolle Wasserspeicher angesichts zunehmender Dürren und Sturzfluten. „Mit dem Ankauf der vier Hektar großen Fläche ‚Licht-

wald Finsterauer Reuten‘ gelingt es, in unmittelbarer Nähe zum Erweiterungsgebiet des Nationalparks Bayerischer Wald eine für den grenzübergreifenden Offenland-Lebensraumverbund zentrale Fläche zu sichern. Diese stellt als Teil einer einstigen Gemeindefläche zudem ein wertvolles Relikt kulturhistorischer Nutzungsformen und als Standort einer früheren Zollhütte zugleich ein historisches Zeugnis an die Überwindung des Eisernen Vorhangs dar“, erklärt der BN-Landesvorsitzende Richard Mergner und führt fort: „Als herausragendes Natur- und Kulturerbe wollen wir das Grüne Band Europa als UNESCO-Welterbestätte nominieren und hoffen dabei auf Unterstützung durch die bayerische Staatsregierung.“

Vom Todesstreifen zum Lebensraum

Die beiden stellvertretenden BN-Vorsitzenden Doris Tropper und Beate Rutkowski unterstreichen diese Forderung: „Das Grüne Band hat sich vom Todesstreifen zum Lebensraum für seltene Arten entwickelt. Was gibt es schöneres für eine Weltkulturstätte?“ Bereits auf rund 30 Hek-

tar Fläche in zehn Gemeinden im Landkreis Freyung-Grafenau werden konkrete Maßnahmen für den Arten- und Lebensraumschutz umgesetzt – erste vielversprechende Erfolge zeigen die Wirksamkeit.

Tobias Windmaißer, BN-Projektmanager für das Vernetzungsgebiet Innerer Bayerischer Wald, erläuterte: „Von unseren Maßnahmen profitieren die für den Bayerischen Wald typischen und gefährdeten Arten wie Arnika, Fiebertee, Breitblättriges Knabenkraut, Waldbirkenmaus, Haselhuhn, Kreuzotter oder Violetter Feuerfalter. Historische Nutzungsformen, wie die sogenannten Wässerwiesen, die die Vielfalt an Lebensräumen und Arten gefördert haben, werden in Teilbereichen wieder reaktiviert.“ Die Maßnahmenumsetzung erfolgt in Kooperation mit lokalen Landwirtinnen und Landwirten.

Blümmischungen statt Mais

Aber auch modellhafte Kooperationen werden erprobt, bei denen beispielsweise Blümmischungen statt Mais für Biogasanlagen gesät werden.

Der „Innere Bayerische Wald“ ist eines von bundesweit fünf Vernetzungsgebieten am Grünen Band entlang des ehemaligen Eisernen Vorhangs. Das Gebiet erstreckt sich im Landkreis Freyung-Grafenau über die Kommunen Neuschönau, Hohenau, Mauth-Finsterau, Philipps-

reut, Hinterschmiding, Haidmühle, Grainet, Neureichenau, Ringelai und Freyung. Im Austausch mit dem Nationalpark Šumava auf tschechischer Seite werden gezielt grenzübergreifende Biotopverbundachsen gefördert.

Das Projekt „Quervernetzung Grünes Band“ wird von Oktober 2019 bis September 2025 im Bundesprogramm Biologische Vielfalt vom Bundesamt für Naturschutz (BfN) mit Mitteln des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU) sowie durch den Bayerischen Naturschutzfonds gefördert.

Weiterführende Informationen: <https://www.bund.net/gruenes-band/quervernetzung/> □

Gemeinde Gröbenzell:

Flott und nachhaltig unterwegs – schon heute für morgen sorgen

Um diesem Motto gerecht zu werden, setzt die Gemeindeverwaltung seit Langem auf umweltfreundliche Mobilität. Neben insgesamt 15 Dienstfahrrädern, die von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Rathauses und aller Außenstellen gern für Dienstgänge und Außentermine genutzt werden, besitzt die Gemeinde auch eine vielfältige Stromfahrzeug-Flotte. Deren Anfänge reichen bis ins Jahr 2012 zurück: Damals leaste die Gemeinde ein erstes E-Auto, um Erfahrungen mit der Elektromobilität zu sammeln. Danach fiel die Entscheidung, eine eigene E-Flotte aufzubauen: „Wir wollten damals ein Zeichen setzen: Der Elektromobilität gehört die Zukunft. Gerade als Gemeindeverwaltung wollen wir Gröbenzell auch für die kommenden Generationen lebenswert zu erhalten. Daher stellen wir unseren Fuhrpark Stück für Stück von Diesel und Benzin auf Ökostrom um“, so Erster Bürgermeister Martin Schäfer.

Es fing 2017 mit zwei E-Bikes für die Rathausmitarbeiter*innen an, 2018 kam ein elektrisch betriebenes Auto für die Hausmeister hinzu. 2019 folgten neben zwei E-Lastenrädern für Hausmeister-Pool und Betriebs-hof auch ein E-Auto für die Finanzverwaltung sowie ein elektrisch betriebener Streetscooter-PKW mit Ladefläche für den Betriebshof. 2020 wurde die E-Flotte um einen zweiten Streetscooter-PKW ergänzt, zusätzlich kamen ein strombetriebener Werkstattwagen sowie ein E-Kastenwagen für Baustellen-transporte dazu. Der bisher letzte Neuzugang ist 2021 ein drittes E-Bike, weitere Anschaffungen sind bereits avisiert. Alle gemeindlichen E-Fahrzeuge – egal, ob mit zwei oder vier Rädern ausgestattet – werden selbstverständlich mit 100% Ökostrom angetrieben. Die Gemeinde lässt sich ihr Engagement für eine lebenswerte Zukunft etwas kos-



V.l.: Ernst Kandlbinder (Bürgermeister Gemeinde Mauth), Doris Tropper, Prof. Dr. Hubert Weiger, Beate Rutkowski, Richard Mergner (alle BN-Landesvorstand), Sebastian Gruber (Landrat Freyung-Grafenau), Staatsminister Thorsten Glauber). Bild: BN

Markenzeichen E-Lastenrad

Als nachhaltig orientierte Gemeinde tut Gröbenzell übrigens auch viel für die umweltfreundliche Mobilität seiner Bürgerinnen und Bürgern: Neben der aktiven Förderung des Radverkehrs unterstützt die Gemeinde auch individuelle E-Mobilität, u.a. mit zwei Ladesäulen im Gemeindegebiet. Privat setzt Martin Schäfer übrigens schon lange auf Elektroantrieb. Sein weißes E-Lastenrad



Derzeit fahren sechs Autos und zwei Lastenräder der Gemeinde mit Ökostrom, drei E-Bikes ergänzen die kommunale Stromer-Flotte. Vorn in der Mitte zudem das Markenzeichen des Ersten Bürgermeisters - sein weißes, privates E-Lastenrad. Bild: Gemeinde Gröbenzell

linie Elektromobilität des BMVI mit insgesamt 43.071,76 Euro durch das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infra-

ist mittlerweile zu seinem Markenzeichen geworden: Wo es geparkt ist, da ist der Erste Bürgermeister nicht weit. □



BayWa

Leistungsstarke Kommunal- und Gewerbetchnik. Für grüne, graue und weiße Flächen.

Bei Ihrer täglichen Arbeit im Frühling, Sommer, Herbst oder Winter unterstützen wir Sie durch individuelle Beratung, Vertrieb und nachgelagerten Service von:

- Traktoren
- Kommunalfahrzeugen
- Lastkraftwagen
- Transportern
- Anbaugeräten
- Anhängern



bema Saug-Kehrsystem

Die bema Saug-Kehrdüse kombiniert bewährte Kehrsystemkomponenten mit innovativer Saug-Technologie. Dadurch wird ein optimales Reinigungsergebnis ermöglicht.

BayWa AG
Technik

Arabellastraße 4
81925 München

Fragen Sie nach Ihrem persönlichen
Ansprechpartner unter 0800 99 99 150.

baywa.de/kommunaltechnik



Bayerns größter Kreisverband für Gartenkultur und Landespflege feiert „125-Jähriges“. „Wir sind immer am Puls der Zeit“, betonte Landrätin Tanja Schweiger, Landkreis Regensburg, bei der Vorstellung des Programms zum 125-jährigen Jubiläum des Kreisverbands Regensburg für Gartenkultur und Landespflege im Albert-Plagemann-Kreislehrgarten in Regenstau. Als Vorsitzende steht sie dem 22.500 Mitglieder starken Verein vor, und damit dem größten Kreisverband in Bayern. Von hochwertiger Gartenberatung bis hin zu qualifizierter Ausbildung zum/zur Gartenpflieger/-in bietet der von Geschäftsführerin Stephanie Fleiner geleitete Verband zahlreiche Möglichkeiten zum aktiven Engagement und zur Nutzung des gebündelten Fachwissens sowie attraktive Veranstaltungen. In diesem Jahr feiert auch der Kreislehrgarten in Regenstau Jubiläum: Vor 35 Jahren legte ihn der damalige Kreisverbandsvorsitzende Albert Plagemann an.

Das Bild zeigt v.l.: Die Vorstandschaft des Kreisverbandes Regensburg für Gartenkultur und Landespflege: Stephanie Fleiner, Geschäftsführerin des OGV Kreisverbandes; Günter Spörl, 1. Vorsitzender OGV Obertraubling; Karl Pröpstl, Ehrenvorsitzender; Landrätin Tanja Schweiger, Kreisverbandsvorsitzende; Stefanie Grünauer, Kreisfachberaterin; Horst Rothert, Kassenprüfer; Rolf Steigerwald, 1. Vorsitzender OGV Viehhausen; Torsten Mierswa, Kreisfachberater; Gerhard Listl, Kassenverwalter; vorne der stellvertretende Landrat Willi Hogger, stellvertretender Kreisverbandsvorsitzender.

Bild: H.C. Wagner

Bucher Yeti L:

Streuautomaten bringen Sole zwölf Meter breit aus

Die Winterdienst-Experten von Bucher Municipal gehen immer neue Wege, beim Streuen auf Verkehrswegen die verwendeten Streustoffe in möglichst geringer Menge sowie möglichst zielgenau und effizient einzusetzen. Dabei reichen die Art und die Beschaffenheit der verwendeten Materialien von reinem Trockenstreustoff bis zu reiner Sole. Mit den Sole-Streuautomaten der Baureihe Bucher Yeti L beweist der Hersteller erneut sein Engagement rund um die wirtschaftliche und umweltgerechte präventive Glättebekämpfung.

Die Streuautomaten der Baureihe Bucher Yeti L eignen sich durch ihre innovative Behälterbauweise bestens für den Auf-

baus auf Straßenfahrzeuge von MercedesBenz Unimog und mittelgroße Lkws und wurden speziell für den Einsatz auf Land-, Bundesstraßen sowie auf Autobahnen entwickelt. Die Behälter der Streuautomaten sind aus hoch-

resistentem HDPE (High Density Polyethylen) gefertigt und können in ihren Abmessungen individuell auf das jeweilige Träger-

Flächendeckendes Streubild

Zudem lässt sich mit dieser einzigartigen Technologie ein flächendeckendes Streubild erzielen mit weniger Verwirbelungen als bei der Verwendung von herkömmlichen Düsensystemen oder Sprühbalken.

Sowohl der Streuteller als auch der BrineStar® erfüllen die strengen Anforderungen der europäischen Streubildnorm DIN EN 15597-1/2.

Über die Wintersaison hinaus eignet sich der Streuautomat Bucher Yeti L auch als Wasserträger für Anwendungen im kommunalen Sommerdienst wie das Gießen, Schwemmen oder Reinigen. Anspruchsvolle Reinigungsaufgaben können auch per Hochdruck über einen hydraulisch angetriebenen Hochdruckreiniger gelöst werden.



Sole-Streuautomat

Bild: Bucher Municipal

resistentem HDPE (High Density Polyethylen) gefertigt und können in ihren Abmessungen individuell auf das jeweilige Träger-

fahrzeug angepasst werden. Sie sind in Behältergrößen von 2.300 bis 5.500 Liter erhältlich.

Bei den Sole-Streuautomaten der Baureihe Bucher Yeti L wird die Sole über den Streuteller präzise und mit bis zu acht Metern

Über Bucher Municipal

Bucher Municipal (www.buchermunicipal.com) gehört zu einer von fünf Divisionen der Bucher Industries AG mit Sitz in Nie-

Vereinsnadel in Gold und Ehrenvorsitzender:

Ehrung für Hans Joas

Fast 25 Jahre stand der Gundremminger Hans Joas an der Spitze des Kreisverbandes für Gartenbau und Landespflege Günzburg e.V. Um dies zu würdigen war Bürgermeister Ulrich Pfanner als Bezirksvorsitzender und Vertreter des Präsidenten des Landesverbandes aus Scheidegg zur Überraschung von Joas zur Mitgliederversammlung in die Gemeinde Bibertal angereist. In seinem Grußwort bezeichnete Ulrich Pfanner Hans Joas als eine Idealbesetzung als Kreisvorsitzender. Er sei ein mit Ideen gefüllter Förderer der Gartenkultur, geerdet, geprägt von Verlässlichkeit! Maßgeblich habe er sich insbesondere für den Erhalt alter regionaltypischer Kernobstsorten eingesetzt.

Seit 2009 konnten in ganz Schwaben regionale Kernobstsorten kartiert und wenn möglich nach den Sorten bestimmt werden. Die Zukunft liegt darin, diese Sorten zu erhalten, Edelreiser zu gewinnen und sie neu auszupflanzen. Ein sehr wichtiger Gen-Pool kann somit erhalten werden. Er könnte zukünftig für die Kernobstforschung maßgeblich sein. In Schlachters entstand ein einzigartiger Schwäbischer Erhaltungsgarten mit über 200 Apfel- und Birnensorten. Heuer konnten bereits 1.000 Bäume veredelt werden. Zum Dank wurde vom Landesverband Hans Joas eine Urkunde

mit Ehrennadel in Gold verliehen. Der neue Kreisvorsitzende Roman Gepperth schloss sich dem Dank an und verkündete den einstimmigen Beschluss der neuen Vorstandschaft: Aufgrund seiner Verdienste für den Kreisverband wird Hans Joas zum Ehrenkreisvorsitzenden ernannt. Landrat Hans Reichhart bestätigte in einem Glückwunschsreiben: „Du hast diesen Verband über Jahre geprägt und damit zu einem Zeitpunkt Themen angepackt, die von großer Bedeutung sind. Hier hast du viel von einem der wichtigsten Güter gegeben, die wir haben: Deine Zeit!“



Bürgermeister Ulrich Pfanner (Scheidegg) ehrte als Vorsitzender des Bezirksverbandes und Vertreter des Präsidenten des Landesverbandes für Gartenbau und Landespflege den scheidenden Kreisvorsitzenden Hans Joas. Joas bleibt Pfanners Stellvertreter im Bezirksverband Schwaben.

Bild: Katharina Mairle

Keine Förderung für Kunststoffe im Wald

In Bayerns Wäldern wird es künftig keine staatliche Förderung für kunststoffbasierte Produkte mehr geben. Das hat Staatsministerin Michaela Kaniber in München verkündet: „Bayerns Wälder sind unsere grüne Lunge und das naturbelassenste Drittel Bayerns.“

Damit dort künftig weniger Plastik landet, stellen wir die Förderung von Kunststoffprodukten konsequent ein“. Die Förderrichtlinie für den Privat- und Körperschaftswald wurde der Ministerin zufolge bereits entsprechend ergänzt. „Dieser Schritt ist auch möglich, denn für Wuchshüllen und andere im Wald eingesetzte Produkte gibt es mittlerweile ausreichend Alternativen aus Holz und anderen nachwachsenden Rohstoffen“, so die Ministerin.

Wuchshilfen und andere Forstprodukte unterstützen die jungen Bäumchen in der sensiblen Anwuchs-Phase und verbessern so den Erfolg der Aufforstungen.

Diese sind zunehmend notwendig, weil die bayerischen Wälder aufgrund des Klimawandels zum Teil stark geschädigt sind. Für die bekannten Kunststoff-Wuchshüllen wird es einen stufenweisen Ausstieg geben. Im Jahr 2022 sind je Förderantrag nur noch maximal 200 Stück förderfähig, ab dem 1. Januar 2023 endet die Förderung ganz. „Damit haben alle Beteiligten noch etwas Zeit, sich in der Produktentwicklung und Bevorratung alternativer Produkte auf dieses nachhaltige Vorgehen einzustellen“, sagte Ministerin Kaniber. Bei staatlich geförderten Projekten zur Walderschließung – etwa Forst-

wegen oder Lagerplätzen – ist bereits seit Anfang des Jahres der Einsatz von mineralischen Baustoffen ausgeschlossen, die Reste an Kunststoffen und anderen Fremdstoffen enthalten können.

Richtiger Impuls

„Ich bin überzeugt, dass wir mit dem klaren Förderausschluss von Kunststoffen den richtigen Impuls setzen. Davon werden nicht nur unsere Wälder profitieren, sondern alle Bürgerinnen und Bürgern“, so Kaniber. Von den Neuerungen nicht berührt ist die rechtlich zulässige Verwendung von kunststoffbasierten Produkten ohne staatliche Förderung.

Mehr Informationen zur forstlichen Förderung in Bayern gibt es unter www.waldbesitzer-portal.bayern.de/foerderung

In Kooperation mit Henne Nutzfahrzeuge GmbH
www.gemeindezeitung.de/ABC

ABC der Kommunaltechnik: Bankettpflege

Wenn im Straßenbau von Bankett gesprochen wird, dann ist damit ein schmaler, verdichteter aber wasserdurchlässiger Streifen seitlich der Fahrbahn gemeint, der zur Wasserableitung sowie als Aufbaureaum für Straßenbegrenzungsanlagen und Verkehrsschilder dient. Das Bankett besteht meist aus einer Mischung von grob- und feinkörnigem Schotter-Kies, der vor Ort ausgebracht und anschließend verdichtet wird, um die nötige Tragfähigkeit zu erreichen.

Durch Schmutz von der Fahrbahn, Staub und Pflanzenreste aus der Grünstreifenpflege sammelt sich auf dem Bankett im Laufe der Zeit eine zentimeterdicke Schmutzschicht. Dadurch wird die Entwässerung der Straße gestört und Regenwasser kann nicht mehr abfließen. Dies kann zu Aquaplaning und gefährlichen Fahrbahnvereisungen führen. Bei häufiger Befahrung des Banketts kann dieses auch unter Straßenniveau absinken und dadurch Gefahrensituationen provozieren.

Regelmäßige Bankettsanierung

Um diese negativen Auswirkungen zu vermeiden, wird regelmäßig eine Bankettsanierung durchgeführt. Je nach Zustand sind dabei unter-

schiedliche Arbeitsgänge und Geräte notwendig. Bei einem abgesenkten Bankett gilt es, abgefahrenes und nach Außen verlagertes Material zu ersetzen bzw. mittels Erdhobel und Förderschnecke zurück zu befördern und anschließend zu verdichten. Bei erhöhten Banketten wird überschüssiges Material abgehobelt oder mit einer Fräse gelockert und anschließend abtransportiert. Ziel ist in beiden Fällen die Wiederherstellung des Banketts auf Straßenniveau.

Zur Bankettaufbereitung können sowohl selbstfahrende Maschinen als auch Aufbaulösungen für multifunktionale Geräteträger wie den Unimog verwendet werden. Der Vorteil von Aufbaulösungen liegt in den kurzen Umsetzzeiten, der Möglichkeit des Ein-Mann-Betriebes sowie in der Vielseitigkeit. So fallen Bankettarbeiten an einem Streckenabschnitt in der Regel nur in größeren Zeitabständen an. In der Zwischenzeit kann das Trägerfahrzeug anderweitig eingesetzt werden. Alle für die Bankettsanierung notwendigen Geräte wie Bankettfräse, Verdichter, Förderschnecken und Kehrbesen können an einem Unimog gleichzeitig in der erforderlichen Reihenfolge angebaut und eingesetzt werden. So lässt sich die komplette Aufbereitung in einem einzigen Arbeitsgang durch eine Person erledigen.

derweningen bei Zürich. Bucher Municipal ist ein weltweit führender Hersteller von Kommunalfahrzeugen zur effizienten, umweltgerechten Reinigung und Schneerräumung von öffentlichen und privaten Verkehrsflächen. Das Produktangebot umfasst

Kompakt- und Großkehrfahrzeuge sowie Fahrzeuge und Maschinen für die Kanalreinigung, Winterdienst und Müllentsorgung.

Ergänzt wird das Produktangebot durch digitale Dienstleistungen. Mit einem weltweiten Netzwerk von eigenen Vertriebs-

organisationen und Distributoren stellt Bucher Municipal eine optimale Kundenbetreuung und Kundennähe sicher. Alle Produkte von Bucher Municipal werden nach den strengen Qualitäts- und Umweltstandards ISO 9001 und ISO 14001 gefertigt.



Erntehelfer. Facharbeiter. Straßenmeister. Oder kurz: Unimog.

Der Unimog überzeugt Agrar- und Lohnunternehmer mit seiner enormen Wirtschaftlichkeit.

Dafür sorgen der geringe Kraftstoffverbrauch bei gleichzeitig hoher Leistung von bis zu 220 kW (299 PS), Front- und Heckzapfwelle sowie Hydraulik ab Werk,

schneller Gerätewechsel und dadurch eine hervorragende Auslastung an 365 Tagen im Jahr. Auf dem Acker und im Grünland Einsatz bewegt sich der Allrounder zudem genauso souverän wie auf Straßen.



Mehr dazu bei Ihrem Unimog Partner oder unter mbs.mercedes-benz.com/de/unimog/lohnunternehmer-und-dienstleister

Mercedes-Benz
Trucks you can trust



Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG, Regensburger Straße 23, 93095 Hagelstadt, Tel.: 09453 991-0, Fax: 09453 991-106, E-Mail: verkauf.unimog@beuthauser.de, Internet: www.beuthauser.de

Carl Beuthauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG, Albert-Ruckdeschel-Straße 19, 95326 Kulmbach, Tel.: 09453 991-0, Fax: 09453 991-106, E-Mail: verkauf.unimog@beuthauser.de, Internet: www.beuthauser.de

Henne Nutzfahrzeuge GmbH, Hürderstraße 6, 85551 Heimstetten, Tel.: 089 99 2490-0, Fax: 089 99 2490-109, E-Mail: heimstetten@henne-unimog.de, Internet: www.henne-unimog.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG, Werner-von-Siemens-Straße 10, 97076 Würzburg, Tel.: 0931 250 360, Fax: 0931 250 36 60, E-Mail: info@kurt-herold.de, Internet: www.kurt-herold.de

KLMV GmbH, Robert-Bosch-Straße 1, 95145 Oberkotzau, Tel.: 09286 95 11-0, Fax: 09286 95 11-10, E-Mail: verkauf@klmv.de, Internet: www.klmv.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge, Industriestraße 29-33, 89231 Neu-Ulm, Tel.: 0731 97 56-214, Fax: 0731 97 56-410, E-Mail: nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com, Internet: www.wilhelm-mayer.com

Landkreis Fürth:

Aktiv gegen innerörtlichen Leerstand

Start des Ladens „ZeitRaum – der RegionalStore“

Der Landkreis tut viel gegen den Leerstand von Läden und zur Belebung der Innenorte. So ist kürzlich in Langenzenn der regionale Laden „ZeitRaum“ eröffnet worden, wo zeitlich begrenzt innovative Produkte aus dem Landkreis Fürth verkauft werden. Umgesetzt wurde das Projekt in Zusammenarbeit mit der Kommunalen Allianz Zenngrund und der Stadt Langenzenn.

„Das Ladengeschäft stand leer, es wird jetzt genutzt, um Produkte von etwa 25 Jungunternehmerinnen und -unternehmern sowie Direktvermarktern zu präsentieren“, sagte Landrat Matthias Dießl. Der „ZeitRaum“ sei nicht nur ein Experiment für neue Handelsformate und Nutzungsmodelle. Neben der zeitweisen Belebung eines Leerstands werde auch innovativen Unternehmerinnen und Unternehmern eine Plattform zur Präsentation geboten, so Matthias Dießl. Nach seinen Worten soll unter anderem auch die regionale Wertschöpfung gestärkt werden. Insbesondere Gründerinnen und Gründer aus dem Landkreis Fürth bekämen hier die Möglichkeit, ihre Marktchancen für kurze Zeit zu testen – und das kostenlos. Darüber hinaus ziele das Projekt zusammen mit einer Werbekampagne darauf ab, die Chancen von lebendigen Ortskernen zu verdeutlichen.

Der Landrat: „Städte und Gemeinden und besonders deren Innenorte stehen in einem ständigen Strukturwandel. Sie müssen sich laufend anpassen, um den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger gerecht zu werden. Menschen möchten heute beim Einkaufen etwas erleben und Individuelles entdecken“. Lebendige Innenorte seien schließlich Standortmarketing im besten Sinne, wovon alle profitieren könnten. Und so soll der „ZeitRaum“ seinen Kundinnen und Kunden durch seine Individualität und Regionalität ein besonderes Einkaufserlebnis bieten.

Wie Matthias Dießl erläuterte, werde das Ladengeschäft für diesen Zweck nur temporär genutzt – gerade „aufgeploppt“ werde der Laden bis zum 18. Dezember 2021 geöffnet sein. Zu sehen seien dort Wohnaccessoires, nachhaltige Produkte sowie Mode und regionalen Leckereien. „Alle Produkte im Laden haben

eine Gemeinsamkeit: Sie sind in der Region entworfen oder produziert worden“, betonte der Landrat. Der Laden sei aus dem Flächenmanagement als eine eigenständige Maßnahme des Regionalmanagements heraus entwickelt worden.

Beispiele für gelungenes Flächenmanagement

Bereits 2019 wurde vom Regionalmanagement des Landkreises eine Ausstellung mit Best Practice Beispielen konzipiert, die es jetzt in einer digitalen Version gibt. Sie soll auf den bewussten Umgang mit Fläche aufmerksam machen und Anregungen für die Innenentwicklung in Kommunen geben. Die Neu- und Umnutzung von Gebäuden und Grundstücken im Ortskern böte vielfältige Vorteile, auch im Vergleich zum Bauen im Neubaugebiet. Die Ausstellung gebe zudem Eigentümern solcher Gebäude wertvolle Anregungen zur Umgestaltung, Tipps zum Kosten sparen und Informationen zu Förderprogrammen.

Nach Angaben von Landrat Dießl befindet sich ein weiteres gelungenes Beispiel in Obermichelbach, wo eine vom Abriss bedrohte, die Ortsmitte prägende Scheune unter weitgehendem Erhalt der historischen Bausubstanz restauriert und zum Kinderhort umgebaut wurde. Und in Zirndorf sei der „Pinderturm“ neben dem heutigen Landratsamt in ein lichtdurchflutetes Bürogebäude umgewandelt worden. Das einstige Kasernen-Areal „Pinderturm“ ist heute nicht nur Sitz der Kreisbehörde, sondern auch Wohngebiet und Standort für die Realschule, einen Kindergarten, ein Seniorenheim sowie für Arztpraxen und Geschäfte. www.landkreis-fuerth.de pmw



Jürgen Habel, 1. Bürgermeister der Stadt Langenzenn, Dr. Maike Müller-Klier, Leiterin der IHK-Geschäftsstelle Fürth und Landrat Matthias Dießl informieren sich vor Ort über das Sortiment. Bild: Landkreis Fürth

Mittelfranken:

CSU-Bezirksparteitag bestätigt Herrmann als Vorsitzenden

Söder beschreibt den „Kompass der CSU für die nächste Generation“

Joachim Herrmann bleibt für weitere zwei Jahre Bezirksvorsitzender der CSU-Mittelfranken. Mit 118 von 120 gültigen Stimmen, also mehr als 98 Prozent, bestätigten ihn die Delegierten im Bad Windsheimer KKC in Amt, welches er seit zwanzig Jahren ausübt. Dieses Jubiläum würdigte dann auch Landtagsabgeordneter Andreas Schalk als einer seiner Stellvertreter. Der Bayerische Ministerpräsident und CSU-Vorsitzende Dr. Markus Söder nannte ihn „den besten Innenminister in Deutschland“ und „ein innenpolitisches Wikipedia“.

Mit Blick auf die Pandemie rief Söder in seiner Grundsatzrede dazu auf, beim Impfen nicht nachzulassen. Er verwies darauf, dass es nirgendwo so viel finanziellen Ausgleich gegeben habe, wie in Deutschland. Als völlig daneben bezeichnete er Bestrebungen mancher politischer Konkurrenten, die nach höheren Steuern und mehr Bürokratie riefen: „Wer gegen die Wirtschaft und den Mittelstand handelt, schädigt das ganze Land“. Dagegen habe die CSU einen „Kompass für die nächste Generation“. Seine Partei sei fest entschlossen, „mit

Stabilität bei Bewährtem und Erneuerung wo notwendig“ die Zukunft zu organisieren.

Stabilität bei Bewährtem und Erneuerung wo nötig

Mit deutlichen Worten sprach sich Söder gegen eine Zersplitterung des bürgerlichen Lagers aus. Aufgabe sei, das Land in schwierigen Zeiten zusammenzuhalten. „Auch wir sind nicht perfekt, auch wir machen Fehler, aber wenn es ernst wird, stehen wir zusammen“, so der CSU-Landesvorsitzende.

Zuvor war schon Joachim Herrmann bei seinem Rechenschaftsbericht auf die bevorstehende Bundestagswahl eingegangen und hatte seine Parteifreunde darauf eingeschworen, „jede Gelegenheit, ob digital oder im persönlichen Gespräch, zu nutzen, um die Menschen von den Zielen der CSU „mit Leidenschaft und Begeisterung“ zu überzeugen: „Wir sind nicht unfehlbar, aber wir sind besser für Bayerns und Deutschlands Zukunft“.

Für Erhalt flächendeckender Krankenhausversorgung

Durch Corona seien viele Opfer zu beklagen, auch aus den Reihen der CSU. „Insgesamt sind wir besser durch die Krise gekommen, als viele andere Länder dieser Erde“, konstatierte der Bayerische Staatsminister des Innern, für Sport und Integration. So sei das Gesundheits- und Krankenhauswesen zu keiner Zeit kollabiert, „auch dank des unglaublichen Einsatzes aller Pflege- und Rettungskräfte“. Die Pandemie habe zudem den Beweis dafür geliefert, „wie wichtig es ist, die flächendeckende Krankenhausversorgung entgegen anderweitiger Bestrebungen aufrechtzuhalten“.

Der Bezirksvorsitzende nannte es „nicht selbstverständlich, dass nach einer gigantischen Pandemiekrise die Arbeitslosenquote bei uns wieder die niedrigste aller Länder ist“. Arbeitsplätze sei-

en existenziell für Wohlstand und zur Erhaltung und Schaffung derselben komme es auf die richtigen Weichenstellungen und Rahmenbedingungen an. Joachim Herrmann: „Die Soziale Marktwirtschaft hat sich erneut bewährt und wir lassen uns diese durch niemanden in Frage stellen“.

Die kräftigen Investitionen des Freistaats in Hochschulen und die Forschungslandschaft insgesamt würden nach Ansicht von Herrmann die mittelfränkische Region ebenso stärken, wie die Verlagerung von Teilen des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs nach Ansbach. Der Bayerische Innenminister zeigte sich davon überzeugt, dass die tatkräftige und vielfältige Unterstützung der Kommunen durch den Bund und das Land zur Bewältigung der notwendigen Investitionen in Städten wie im ländlichen Raum Früchte tragen werde.

„Wir investieren in die Zukunft unserer fränkischen Heimat“, so Herrmann, „auch beim Ausbau des Schienenpersonennahverkehrs und dem Klimaschutz, ohne – wie andere – dabei das Auto zu verteuern“. Folgerichtig wurde eine Resolution zum Ausbau der Bundesautobahn 6 mit deutlichen Forderungen an den Bund ohne Gegenstimmen angenommen.

Die Bundestagswahl im September bezeichnete Herrmann als „fundamental für ein wirtschaftlich und sozial starkes Deutschland“. Die CSU werde in den nächsten Wochen und Monaten um Mehrheiten kämpfen, damit Deutschland weiter vorgebracht werden könne: „Wir wollen unsere Heimat bewahren, die Umwelt schützen, neue Chancen schaffen und die Zukunft gewinnen“. pmw

GZ PINOS WELT



Ich muss freimütig zugeben, dass ich in den vergangenen Wochen doch etwas in meiner Überzeugung schwankend geworden bin, die Menschen wirklich verstehen zu können. Vor allem fasziniert mich die Frage der Rollenvorbilder.

Nachdenklich bin ich geworden, als ich den Wahlwerbespot einer Partei gesehen habe. Zu den gemessenen Schritten des Kandidaten werden die Worte des Amtseides des Bundeskanzlers eingespielt, gesprochen von Helmut Schmidt. Danach die sinnvolle Aussage, als Schmidt Deutschland aus der Krise geführt habe, hätte sich der damals als junger Mann noch fröhlich dreinblickende Kandidat für die Politik engagiert. What? Helmut Schmidt als Vorbild?

Zunächst: Der korrekte Text wäre gewesen „Als Helmut Schmidt versucht hat, das Land aus der Krise zu führen, in die Willy Brandt es

Herausforderungen wie die deutsche Wiedervereinigung.

Aber neben meiner Verwunderung über die Berufung auf solche Vorbilder wundere ich mich auch, dass ernsthaft darüber diskutiert wird, die Partei an einer künftigen Bundesregierung zu beteiligen, die von den 50er bis in die 80er Jahre – wengleich unter anderem Namen – die DDR regiert hat. Die

Parteinamen haben schon mehrfach gewechselt, aber der Markenkern ist doch irgendwie stabil.

Wie in der DDR sollen Wohnungen in Volks..., pardon, Staatseigentum übergeführt und die Mieten reguliert werden. Die Bilder maroder und heruntergekommenen Mietshäuser mit spartanischer Ausstattung von Rostock über Leipzig bis Erfurt sind wohl weitgehend in Vergessenheit geraten. Die Einheitsrente ist ebenso wie die Einheitskrankenversicherung auch wieder auf dem Wunschzettel, gepaart mit staatlicher Lohnfindung, wahlweise als Mindestlohn oder Grundeinkommen verpackt. Hauptsache keine wirtschaftliche Differenzierung nach Leistungskriterien. Eine Viertageweche bei vollem Lohnausgleich soll wohl dafür sorgen, dass die unvermeidbaren wirtschaftlichen Einbrüche durch Aktivitäten der Selbstversorgung ausgeglichen werden können. Russland wird wieder unser bester Freund und aus unserer Mittellage auf dem europäischen Kontinent zieht man die Folgerung, dass man kein Geld fürs Militär ausgeben sollte, wenn man sich ohnehin nicht verteidigen kann.

Ich bitte mich nicht falsch zu verstehen: Das kann man sicherlich alles in einer Demokratie vertreten und fordern. Keine Frage. Aber ist man damit ein ernsthafter potentieller Koalitionspartner?

Nun gibt es jetzt sicherlich einige, die diese Zeilen als Zumutung eines schwadronierenden Katers empfinden. Nun, auch als Katze reklamiere ich das Recht auf das freie Wort für mich und auf eine Meinungsbildung, statt Umfragetrends hinterherzulaufen. Im Übrigen gibt mir ein Wort der Schriftstellerin Ingeborg Bachmann zu denken: „Die Geschichte lehrt dauernd, aber sie findet keine Schüler.“

Ihr Pino



Freude über die Ehrenbürgerwürde für Staatssekretär und MdL a.D., Altlandrat Franz Meyer (2.v.l.), dessen Nachfolger Landrat Raimund Kneidinger (l.) sowie (v.r.) Laudator Dr. Wilfried Hartleb und Neuburgs Bürgermeister Wolfgang Lindmeier. Bild: Brunner

Gemeinde Neuburg a.Inn:

Altlandrat Franz Meyer ist Ehrenbürger

Vom ehemaligen Schlossherren der Neuburg zum Ehrenbürger der Gemeinde Neuburg a.Inn aufzusteigen, das hätte sich selbst ein kommunal- und landespolitisches Urgestein wie Franz Meyer nicht träumen lassen. „Ich habe es nicht geglaubt“, beschrieb der Altlandrat seine erste Reaktion auf die entsprechende Information durch Bürgermeister Wolfgang Lindmeier am Rande einer Veranstaltung im Wahrzeichen Schloss Neuburgs.

Im Mittelpunkt des Ehrenabends stand Altlandrat Franz Meyer, der nach den Worten von Bürgermeister Wolfgang Lindmeier in seinen zahlreichen Funktionen während der überaus langen politischen Arbeit als Landtagsabgeordneter, als Finanzstaatssekretär und zuletzt als Landrat die Gemeinde Neuburg a.Inn und damit die Bürgerinnen und Bürger äußerst positiv und mit nachhaltigem Einsatz begleitet hat.

Die Laudatio auf den neuen Ehrenbürger Franz Meyer hielt der langjährige Landkreiskulturreferent und Kreisheimatpfleger und Heimatgeschichtsforscher Dr. Wilfried Hartleb. Er würdigte das

Bemühen Meyers sowie seiner Amtsvorgänger Hanns Dorfner und Baptist Kitzlinger um die Bestandssicherung der Neuburg im Einklang mit Denkmal- und Naturpflege, einhergehend mit öffentlicher Nutzung der Anlage.

Weitere Ehrungen

Im Rahmen des Festabends wurden auch der langjährige Bürgermeister der Gemeinde Neuburg a.Inn Josef Stöcker wie auch langjährige 2. Bürgermeister Franz Hörner zu Ehrenbürgern ernannt. Die Bürgermedaille händigte Bürgermeister Wolfgang Lindmeier auch dem langjährigen Gemeinderat Herbert Sperl aus. □



Der Vorsitzende und seine Stellvertreter: v.l. Andreas Schalk, Cornelia Trinkl, Joachim Herrmann, Sophia Schenkel, Cornelia Griesbeck und Herbert Lindörfer. Bild: pmw

Ernennung zum Altlandrat:

Landrat Richard Reisinger zeichnet Dr. Hans Wagner mit Ehrentitel aus

„Mit der Ära Dr. Hans Wagner, der von 1978 bis 2002 erfolgreich als Landrat wirkte, verbinden wir die wirtschaftliche Blüte unseres Landkreises. Dafür gilt dir, lieber Hans, unsere Anerkennung und unser großer Dank.“ Mit diesen Worten überreichte Landrat Richard Reisinger die Ernennungsurkunde an Landrat a.D. Dr. Hans Wagner zum Altlandrat des Landkreises Amberg-Weilburg. „Altus bedeutet im Lateinischen hoch und erhaben. Der Ehrentitel Altlandrat steht dir für deine Lebensleistung zugunsten der Landkreisbewohner vollumfänglich zu“, so Reisinger.

Trotz massiver Einschnitte wie der Schließung der Maxhütte in Sulzbach-Rosenberg, die erhebliche strukturpolitische Veränderungen mit sich brachte, sei es Dr. Hans Wagner in den 24 Jahren als

Landrat gelungen, die politischen Weichen für eine stete Aufwärtsentwicklung im Landkreis zu legen, so Reisinger. Als Beispiele nannte der Amtsinhaber die Ansiedlung der Bereitschaftspoli-

zei in Sulzbach-Rosenberg sowie der Unternehmen Kurz und Stahlgruber im Industriegebiet Unterschwaig oder auch die Ausweitung von Industriegebieten, zum Beispiel in Schafhof. Sein Vor-Vorgänger habe früh gewusst, dass „die Zukunft der Region nicht allein in der Montanindustrie liegen werde, sondern im Branchenmix zukunftsreicher Technologien“, sagte der Landkreis-Chef.

Leuchtturmprojekte

Als weitere Leuchtturmprojekte des Schaffens erinnerte Landrat Richard Reisinger an den Erwerb des Zeughauses und die folgende Sanierung des Landratsamtes zu „einem der schönsten Landratsämter Bayerns“, das Ostbayerische Pferdesport- und Turnierzentrum in Kreuth, die Einführung von Wertstoffhöfen im

Landkreis, die Kommunalisierung der Volkshochschule, den Neubau des St. Anna Krankenhauses mit damals 225 Betten und auch den Ausbau des Bergbau- und Industriemuseums Ostbayern in Theuern, ein Herzensanliegen des damaligen Landrats. „Auch auf kultureller und sportlicher Ebene warst du unermüdlich tätig und hast mit dem Landkreislauf und dem Adventsmarkt im Kultur-Schloss Theuern zwei überaus beliebte Veranstaltungen gegründet, die – sobald es Corona wieder zulässt – wieder zu den Höhepunkten im Jahreskalender vieler Landkreisbürger zählen werden.“ Seine persönliche Anerkennung zollte Reisinger seinem Vorvorgänger für die Gründung einer Stiftung, die den Hinterbliebenen des Seilbahnunglücks von Kaprun zugutekommt, bei dem 20 Skifahrer aus dem Landkreis ihr Leben lassen mussten.

Das Fazit des Landkreis-Chefs: „Ich bescheinige dir schlichtweg summarisch, dass du ein äußerst tatkräftiger, erfolgreicher und durchsetzungsstarker Landrat warst, der mit dem ihm syste-

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe liegen eine Beilage des C. H. Beck Verlags und eine Einladung zur virtuellen Energie- und Trinkwasser-tagung der ViWa GmbH bei. Wir bitten um Beachtung. □

matisch aufgebauten politischen Netzwerken und dem ihm anvertrauten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter jeweils das Beste für die Region und deren Menschen angestrebt und verwirklicht hat.“ Altlandrat Dr. Hans Wagner bedankte sich in seiner Ansprache beim amtierenden Landrat. Er wisse den Landkreis Amberg-Weilburg bei Richard Reisinger in den besten Händen. Sein Dank richtete sich auch an die Mitglieder des Kreistags, die der Ernennung zum Altlandrat einstimmig zugestimmt hätten. □



Landrat Richard Reisinger (r.), würdigte seinen Vor-Vorgänger Dr. Hans Wagner. Der kam zum Festakt mit seiner Frau Irene, seinen Kindern und 10 Enkeln. Bild: Christine Hollederer

Vorschau auf GZ 18

In unserer Ausgabe Nr. 18, die am 23. September 2021 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Kommunale Energiethemen
- IT · E-Government · Breitband · Mobilfunk
- Dienstleistungen für die Kommunalverwaltung
- Kommunale Museen und Bibliotheken

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG
 www.fahnen-koch.de info@fahnen-koch.de
Fahnen Koch
 Thüringer Fahnenfabrik GmbH
 Querstrasse 8
 96450 Coburg
 Tel.: 09561-5527-0
 Fax: 09561-5527-23

Bau

ERLUS AG
 Hauptstraße 106
 D-84088 Neufahrn/NB
 T 08773 18-0
 F 08773 18-113
 www.erlus.com
ERLUS
 Qualität aus Deutschland

Brunnensanierung / Brunnenregenerierung

ETSCHEL BRUNNENSERVICE
 www.etbs.de
 Etschel Brunnenservice GmbH - Rudolfstr. 112 - 82152 Planegg
 Tel.: +49 (0) 89 420 496-51 - Fax: +49 (0) 89 420 496-55 - info@etbs.de

Energiebeschaffung

Kostenfreie Ausschreibungsvorlagen!
 Für hochwertige Pellets und Hackschnitzel.
 enplus-pellets.de/ausschreibungsvorlage

Energiedienstleistung

erdgas schwaben
 sicher, günstig, nah
 erdgas-schwaben.de

Erneuerbare Energien

LASSEN SIE UNS DER FORSTWIRTSCHAFT EINE ZUKUNFT GEBEN
 Windenergieprojekte generieren verlässliche Einnahmen für den anstehenden Waldumbau. Sie möchten uns Ihre Forstfläche für Windenergieprojekte verpachten? Melden Sie sich.
juwi AG · Simone Brunswig · 06732/9657-2328 · energieprojekte@juwi.de · www.juwi.de

Fahnenmasten / Fahnen

FAHNEN KOCH COBURG
 www.fahnen-koch.de info@fahnen-koch.de
Fahnen Koch
 Thüringer Fahnenfabrik GmbH
 Querstrasse 8
 96450 Coburg
 Tel.: 09561-5527-0
 Fax: 09561-5527-23

FAHNEN KÖSSINGER
 Am Gewerberg 23 · D-84069 Schierling
 Tel.: 09451 9313-0 · www.fahnen-kossinger.de
 Fahnen
 Masten
 Roll-Ups
 Bekleidung
 uvm.

Informationssicherheit / Datenschutz

Daten schützen.
 www.Mein-Datenschutzberater.de
 DSGVO
 BayDSG
 ext. ISB
 ext. ISB
 ext. ISB
 ext. ISB
 Schulungen
 eLearning

Kommunale Fachmedien

Wegweisend bei Wissen.
 Öffentliche Verwaltungen erhalten komplette Lösungen zum Beschaffen, Verwalten und Nutzen von digitalen und gedruckten Medien.
 www.schweitzer-online.de
schweitzer
 Fachinformationen

Kommunale Immobilienentwicklung

Ihr starker Partner rund um die kommunale Immobilienentwicklung
 www.bayerngrund.de
Bayern Grund

Kommunale IT

www.akdb.de
 GemeindeZeitung auf folgenden Social Media Kanälen:

Kommunalfinanzierung

Ihre Kommunalkredit- und Förderbank
 www.bayernlabo.de
Bayern Labo

Kommunalfahrzeuge

Eine komplette **Produktpalette** für effektive Räumarbeiten
BUCHER municipal
 Driven by better



Für jeden der richtige Unimog.

Bei Ihren Profis in der Region.

- Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de
- Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beuthauser.de
- Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com
- Carl Beuthauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beuthauser.de
- Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de
- KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Multifunktionale Wärmerückgewinnung

SEW
HYGIENISCH EINWANDFREIE WÄRMERÜCKGEWINNUNG

 ✓ 100% Außenluft
 ✓ umluftfrei
 ✓ betriebssicher
 ✓ energieeffizient

Vorteile für Ihre Lüftungsanlage:

- + keim- und schadstoffübertragungsfreie Wärmerückgewinnung durch getrennte Luftströme
- + Ersatzleistung für Heizkessel, Kältemaschine und Rückkühlwerk
- + kurze Amortisation, sicherer Betrieb
- + Neubau oder Sanierung im Bestand
- + Wegfall von Rückkühlwerken möglich

Vorbildprojekte in Bayern (Auswahl):

Kliniken in Augsburg, Bamberg, Bayreuth, Murnau, Schweinfurt • Universitäten in Regensburg und Würzburg • FH Aschaffenburg • Saturn Arena Ingolstadt • München: Baureferat, Dt. Flugsicherung, Klinikum Großhadern, Muffathalle, O2-Tower, The Charles Hotel, TUM, Villa Stuck • div. Polizeistationen etc.

SEW® GmbH | 47906 Kempen | Tel. 02152 91560
 www.sew-kempen.de

Abonnieren Sie unseren **KOSTENFREIEN NEWSLETTER:**
 www.gemeindezeitung.de/newsletter

Recyclingbaustoffe

BAUSTOFF RECYCLING BAYERN
 www.baustoffrecycling-bayern.de

GZ Akademie

Termine unter:
 www.gemeindezeitung.de/akademie



Sitzmöbelhersteller

KRENZER
 Wir gestalten Räume.
 Walter Krenzer GmbH & Co KG
 Sitz- und Polstermöbelfabrik
 Industriestraße 26
 D-35684 Dillenburg (Frohnhausen)
 Telefon: 02771/3208-0
 Telefax: 02771/3208-13
 E-Mail: info@krenzer-sitzmoebel.de
 www.krenzer-sitzmoebel.de

Wartung und Reinigung von Lüftungs- und Klimaanlage

LRS
 Lüftungs-Reinigungs-Service
„Wenn wir gehen ist die Luft rein!“
 Wartung und Reinigung von:
 • Lüftungsanlagen nach DIN 18017 Teil 1 u. 3
 • Prozesslufttechnische Anlagen
 • Kontrollierte Wohnraumlüftung
DELW
 Franz Sedlmeier GmbH
 Wolfrahtsauer Straße 9a
 82049 Pullach im Isartal
 Telefon: (089) 74 44 24 98
 Fax: (089) 74 44 24 99
 eMail: info@l-r-service.de
 Internet: www.l-r-service.de

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:

MONIKA STEER
 Telefon 08171.9307-12
 steer.monika@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:

THERESA VON HASSEL
 Telefon 08171.9307-10
 hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Weihnachtsbeleuchtung

deko-jochum
 weihnachtsbeleuchtung
 beratung · planung · vertrieb
 grünware · lichtschlauch · led
 bahnhofstraße 8
 91233 neunkirchen a. sand
 telefon: 09123/99 812 99
 telefax: 09123/99 812 98
 deko-jochum@t-online.de
 www.deko-jochum.de
 Vertragshandel für **Light & Color**
Wir liefern in 8-14 Tagen - und das bis kurz vor Weihnachten!



BayBO · Bayerische Bauordnung

Textausgabe mit Verweisungen und Sachverzeichnis.
44. Auflage. 2021. Stand Februar 2021.
X, 658 Seiten. Kartonierte € 17,90
ISBN 978-3-406-76234-5
☰ beck-shop.de/31640136

Die handliche Textausgabe

enthält die Bayerische Bauordnung, die Vollzugsvorschriften sowie **weitere relevante Normen aus benachbarten Rechtsgebieten**: Straßen- und Wege-recht, Luft- und Wasserrecht, Kostenrecht, behördliche Organisation des Bauwesens. **Die Neuauflage** berücksichtigt u.a. die Änderungen durch das »Gesamtgesellschaftliche Artenschutzgesetz – Versöhnungsgesetz«. Im Anhang wurde die bisherige Liste der als Technische Baubestimmungen eingeführten technischen Regeln durch die Bayerischen Technischen Baubestimmungen – BayTB abgelöst. Eingearbeitet ist auch das Gesetz zur Vereinfachung baurechtlicher Regelungen und zur Beschleunigung sowie Förderung des Wohnungsbaus.



Schwarzer/König Bayerische Bauordnung

5. Auflage. 2022.
Rund 550 Seiten. In Leinen ca. € 75,-
ISBN 978-3-406-74970-4
Neu im November 2021
☰ beck-shop.de/30151326

Schnelle Orientierung

Der »Schwarzer/König« vermittelt die Grundzüge der **BayBO in ihrer neuesten Fassung** und beantwortet die für die Praxis bedeutsamen Einzelfragen. Das Werk gibt Hinweise auf die obergerichtliche und **höchstrichterliche Rechtsprechung** sowie auf weiterführende Literatur und behandelt die Themen, die in der **täglichen Praxis der Gerichte und Baubehörden** immer wieder auftauchen. Eingearbeitet sind 10 Änderungsgesetze mit **über hundert Einzeländerungen** seit der Voraufgabe, u.a. das Gesetz zur Vereinfachung baurechtlicher Regelungen und zur Beschleunigung sowie Förderung des Wohnungsbaus (**Bauordnungsnovelle 2020**) und das Gesamtgesellschaftliche Artenschutzgesetz – Versöhnungsgesetz.



Decker/Konrad Bayerisches Baurecht

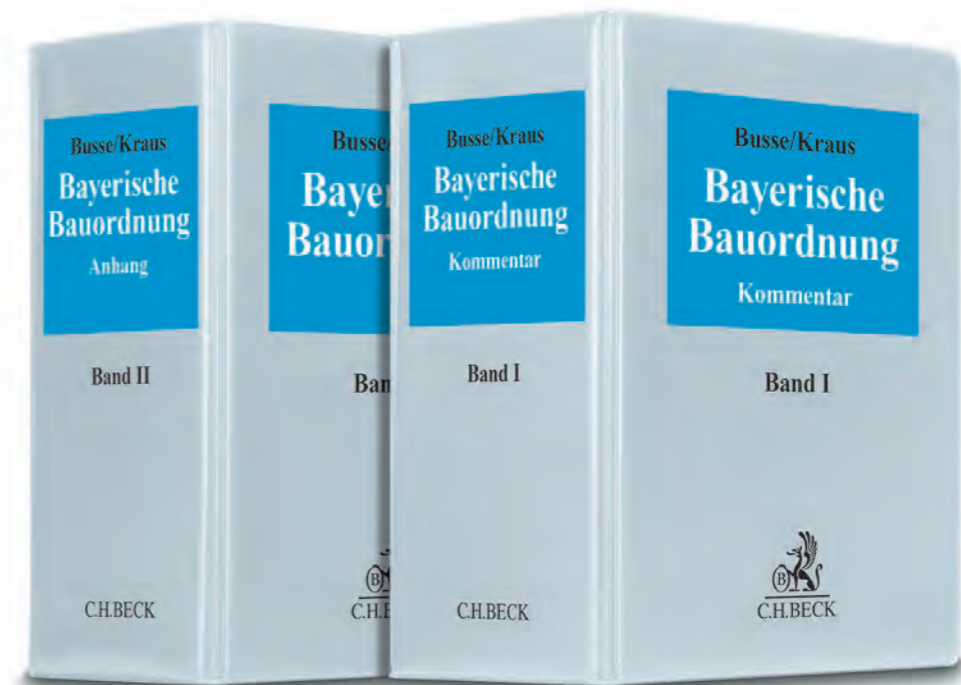
4. Auflage. 2019.
XXV, 348 Seiten.
Kartonierte € 35,90
ISBN 978-3-406-73265-2
☰ beck-shop.de/25713972

Für den schnellen Einstieg

Das Lehrbuch vermittelt präzise und gut verständlich den bauordnungs- und bauplanungsrechtlicher Pflichtstoff im Examen. Es

- zeigt das Zusammenspiel von Bauordnungs- und Bauplanungsrecht
- berücksichtigt die Verbindungen zum Raumordnungs- und Landesplanungsrecht, Kommunal- und Abgrabungsrecht sowie zum Verfassungsrecht
- veranschaulicht die Materie durch Beispiele und Fälle
- liefert Aufbauschemata für viele Klausursituationen
- enthält einen Original-Bebauungsplan.

Souverän im Bayerischen Baurecht.



Alle Preise inkl. MwSt. | Angebotsstand: 28. Juli 2021 | 173416
Verlag C.H.Beck oHG, Wilhelmstraße 9, 80801 München · Amtsgericht München HRB 48045



Neukomentierungen zur BayBO-Novelle 2020:

Z.B. mit den neuen Regelungen der Abstandsflächen und den neuen Artikeln zur Typengenehmigung und Digitalen Baugenehmigung.



JETZT
in Ihrer Buchhandlung

oder einfach bestellen bei beck-shop.de > Portofreie und schnelle Lieferung!

Einfaches Bestellen durch Link-Eingabe im Browser: <http://www.beck-shop.de/webcode>.
Den Webcode zum Werk finden Sie jeweils unter der Bibliografie.

Vorteile auf einen Blick

- Umfassend und laufend aktualisiert
- BayBO-Novelle 2020 im Wesentlichen eingearbeitet
- Mit zahlreichen Übersichten und graphischen Darstellungen



Bringt Ordnung ins bayerische Baurecht.

Der Großkommentar

beantwortet praktisch alle Fragen zum bayerischen Baurecht. Kernstück ist die Kommentierung der BayBO mit **Übersichten und graphischen Darstellungen**. Alle sonstigen wichtigen Vorschriften sind ebenfalls abgedruckt: deren Durchführungsbestimmungen und Vollzugsvorschriften sowie **die Bestimmungen zu wichtigen Themenbereichen** wie Bauprodukte, Brandschutz und Technische Baubestimmungen. Im Bauplanungsrecht sind außer dem BauGB die Bestimmungen zu Energieeinsparung und Wärmeschutz, Immissionsschutzrecht und Abfallbeseitigung enthalten.

Bauordnungsnovelle umfassend eingearbeitet

Das Werk enthält zahlreiche **Neukommentierungen** zur BayBO-Novelle 2020, z.B. zu den neuen Regelungen der Abstandsflächen und den neuen Artikeln zur **Typengenehmigung** und **Digitalen Baugenehmigung**.



Neu mit Stand Mai 2021

Die neueste Aktualisierung steht erneut im Zeichen der **Bauordnungsnovelle 2020** vom 22.12.2020. Neu enthalten sind Neukommentierungen von:

- **Art. 46** (Wohnungen)
- **Art. 57** (Verfahrensfreie Bauvorhaben, Beseitigung von Anlagen)
- **Art. 68** (Baugenehmigung, Genehmigungsfiktion und Baubeginn).

In den **Band II** (Anhang) eingefügt wurden die Schreiben des Bayerischen Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr mit **Hinweisen zur baurechtlichen Beurteilung von Mobilfunkanlagen** vom 22.1.2021 sowie zur **Verlängerung des Planungssicherstellungsgesetzes (PlanSiG) COVID-19-Pandemie** vom 31.3.2021.

Busse/Kraus
Bayerische Bauordnung

142. Auflage. Stand Mai 2021.
Rund 9650 Seiten. In 2 Ordnern.
€ 129,- Vorteilspreis
mit Aktualisierungsservice*)
ISBN 978-3-406-44019-9
€ 240,- ohne Aktualisierungsservice
ISBN 978-3-406-50080-0
Neu im Juli 2021
☰ beck-shop.de/1691

*) **Der Aktualisierungsservice von C.H.BECK:**
Sie erhalten alle Ergänzungslieferungen automatisch zum jeweiligen Preis. Nach Erhalt von 3 Ergänzungslieferungen können Sie den Service jederzeit kündigen.

HERZLICH WILLKOMMEN
zu den **virtuellen überregionalen
Wasserwerksnachbarschaftstagen**
und zur **Energie- und Trinkwassertagung**
am **22. und 23.09.2021**



Erleben Sie als Besucher der virtuellen Tagung / Messe alles live. Bereiten Sie sich auf die Zukunft des digitalen Zeitalters mit uns vor. Besuchen Sie unsere Messe unter der Adresse:

www.etwt-online.de

Sie haben Fragen und Anregungen,
einfach Telefon 09971-809018-0 anrufen.

Ihr

Günther Betz

Thomas Junger

ANGEMELDETE VIRTUELLE FACHAUSSTELLER

- ▶ ViWa GmbH
- ▶ BÜSCH Technology GmbH
- ▶ Carela
- ▶ Etschel
- ▶ NIVUS GmbH
- ▶ Herrmann Sewerin GmbH
- ▶ Kettler GmbH
- ▶ KROHNE Messtechnik GmbH
- ▶ Lorenz GmbH & Co. KG
- ▶ ORELL TEC AG
- ▶ Romold
- ▶ Scharpf GmbH
- ▶ Sigmund Lindner GmbH
- ▶ Triwanet
- ▶ W. E. T. Schaper GmbH

Wir haben noch freie Plätze –
Informationen zur Aussteller-
Anmeldung siehe Rückseite.



Alle Messeinfos unter:

www.etwt-online.de

ORGANISATOR



UNTERSTÜTZER



UNTERSTÜTZER



Die etablierte ETWT geht neue Wege und ist im digitalen Zeitalter angekommen! Melden Sie sich heute noch als Aussteller an.



Für Sie als Aussteller ändert sich nur so viel, als dass Sie Ihren Stand auf der für die ETWT entwickelten Software virtuell aufbauen, indem Sie einen Zugang zur Software erhalten.

- ▶ Sie können Ihren Messestand wie gehabt gestalten (nur virtuell).
- ▶ Der Kunde macht einen virtuellen Messerundgang und will mit Ihnen in Kontakt treten. Kein Problem, das kann (wenn die technischen Voraussetzungen auf beiden Seiten gegeben sind) face to face stattfinden oder Sie können auch mit Text in den Dialog treten.
- ▶ Gerne können Sie auch Videos bereitstellen.



Aussteller-Anmeldung unter:

www.mytrinkwassertagung.de

UNSERE MEDIENPARTNER:



Die ViWa GmbH organisiert zum 9. Mal die Süddeutschen Energie- und Trinkwassertagung. In diesem Jahr (pandemiebedingt) haben wir dazu eine Messesoftware geschrieben auf der die virtuelle ETWT abgehalten wird.



Gerne können sie uns als Aussteller auf www.etwt-online.de als Fachaussteller besuchen.

WIR STELLEN AUS:

- ▶ Aufbau von Wasserverlust-Frühwarnsystemen inkl.
 - ▶ Zählermesstechnik
 - ▶ Druckmesstechnik
- ▶ Datenaufzeichnung & Fernübertragung als über FTP 2G, 4G, 5G
- ▶ ViSo-Softwarelösungen
- ▶ PMS-Dokumentationssoftware
- ▶ Hauswasserzähler mit Übertragungseinheit (NarrowBand Internet of Things)



Bayerische Staatszeitung
und Bayerischer Staatsanzeiger